

DIPLOMARBEIT

Titel der wissenschaftlichen Arbeit

„Sowjetrussische Lexik in der politischen Sprache der
ehemaligen DDR“

Verfasserin

Ulrike Scharinger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 243 361

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium SLAWISTIK / Russisch

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Johannes Reinhart

Dankesworte

Mein Dank gilt ...

... zuallererst Herrn Univ.-Prof. Dr. Johannes Reinhart vom Institut für Slawistik und Herrn Univ.-Prof. Dr. Peter Ernst vom Institut für Germanistik für ihre fächerübergreifende Betreuung, durch welche die Realisierung der vorliegenden Diplomarbeit erst ermöglicht wurde.

... Frau Regina Erdpresser für die Durchsicht der russischen Zusammenfassung.

... meinen Eltern, Freunden und all jenen Menschen, die mich während der Entstehung dieser Diplomarbeit durch ihren Rat und Zuspruch so unermüdlich unterstützt haben.

Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitung	5
1	Geschichtlicher Überblick	6
1.1	Russland	7
1.1.1	Das Revolutionsjahr 1917 und seine Folgen	7
1.1.2	Sowjetkommunismus	9
1.2	Deutschland	14
1.2.1	Die Entstehung der DDR	14
1.2.2	Der Sozialismus in der DDR	18
2	Sprache in der Politik	23
2.1	Was ist politische Sprache?	23
2.2	Politischer Wortschatz und Wortgebrauch	25
2.2.1	Einteilungsschemata des politischen Wortschatzes	25
2.2.2	Ideologische Polysemie und ideologische Bezeichnungskonkurrenz	28
2.2.3	Wortkampf in der Politik	30
2.2.4	Metaphorischer und euphemistischer Wortgebrauch in der Politik	32
2.3	Herrschaftsform, Ideologie und Sprache	33
2.3.1	Der Zusammenhang von Ideologie und Sprache	33
2.3.2	Ideologische Massensteuerung	35
2.3.3	Ideologische Techniken	36
3	Der offizielle Wortschatz in der DDR und der Sowjetunion	37
3.1	Der offizielle Wortschatz in der DDR	37
3.1.1	Definition des DDR-typischen Wortschatzes	37
3.1.2	Neuheiten im Wortschatz der DDR	38
3.1.3	Wortbildung im DDR-Wortschatz	39
3.1.4	Gliederung des offiziellen Wortschatzes der DDR	42
3.1.5	Sprachlenkung in der DDR	43
3.2	Der offizielle Wortschatz in der Sowjetunion	45
3.2.1	Definition der offiziellen Sprache in der Sowjetunion	45
3.2.2	Neuheiten im sowjetrussischen Wortschatz	45
3.2.3	Wortbildung im sowjetrussischen Wortschatz	47

3.2.4	Gliederung des offiziellen Wortschatzes der Sowjetunion.....	49
3.2.5	Veränderungen in der verbalen Propaganda der Sowjetunion.....	51
4	Sowjetrussisches Lehngut im offiziellen Wortschatz der DDR	52
4.1	Vorüberlegungen zur Terminologie der Lehnbeziehungen.....	52
4.2	Beschreibung der Analyse des Wortschatzes	53
4.3	Glossar	55
4.4	Resultate der Analyse	118
5	Schlussbemerkungen.....	121
6	Anhang	122
6.1	Zusammenfassung	122
6.1.1	Краткое изложение дипломной работы на русском языке	122
6.1.2	Deutsches Abstract	128
6.2	Quellenverzeichnis	129
6.2.1	Wörterbücher	129
6.2.2	Parteitagsreden und –referate.....	130
6.3	Literaturverzeichnis	132
6.4	Lebenslauf	136

0 Einleitung

Politik und Ideologie sind untrennbar mit Sprache verbunden, da diese das häufigste Kommunikationsmittel zur Verbreitung der eigenen Ansichten und Ziele darstellt. Sprache in verschiedenen Herrschaftsformen ist deshalb ein beliebter Untersuchungsgegenstand in der Soziolinguistik, insofern durch ideologische Zugehörigkeit im Grunde neutrale Gegenstände neu bewertet, emotionalisiert und als Schlagwörter verwendet werden können. Mitunter kann ein und derselbe Sachverhalt von konträr zueinander stehenden Ideologien unterschiedlich gedeutet werden, was zur Folge hat, dass in marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaftsformen ein Begriff wie Kapital beispielsweise etwas Positives und Erstrebenswertes umfasst, wohingegen in sozialistisch oder kommunistisch regierten Ländern das Kapital als Feindbild gilt. Die Herrschaftsform eines Landes bestimmt demzufolge die Verwendung von Sprache in politischen Diskursen maßgeblich mit. Diese allgemeine Feststellung liegt der vorliegenden Arbeit, die sich mit dem durch das Sowjetrussische beeinflussten Wortgebrauch in der politischen Sprache der DDR auseinandersetzt, zu Grunde.

Ohne Zweifel bildete sich der politische Sprachgebrauch in der DDR anders heraus als in der BRD. Dies ist auf die ideologische Teilung der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990, die auf die Entwicklung des politischen Vokabulars in Ost- und Westdeutschland entscheidenden Einfluss nahm, zurückzuführen. Die Sowjetunion und die KPdSU als politische Vorbilder der DDR und ihrer Staatspartei der SED beeinflussten den politischen Sprachgebrauch in der DDR nachhaltig. Unter anderem wurden in der DDR Begriffe und Begriffsbedeutungen aus der Parteisprache der KPdSU entlehnt, die den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Diplomarbeit markieren. Der russische Spracheinfluss auf verschiedene Bereiche in der DDR wurde beispielsweise schon auf dem Gebiet der Landwirtschaft (vgl. Nyvelius 1970) oder der Wirtschaft (vgl. Lehmann 1972) analysiert. Aufgrund dessen wird für diese Arbeit das Feld der internationalen Beziehungen und außenpolitischen Tätigkeiten der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik durchleuchtet.

Hierzu werden Parteitagereden und –referate der KPdSU und der SED miteinander verglichen, um gleiches oder auf ähnliche Weise verwendetes Wortmaterial herauszufiltern. Dieses wird hernach mithilfe einschlägiger einsprachiger Wörterbücher aus der Sowjetunion, der DDR und der BRD sowie einer Kontextanalyse, die Analogien in Anwendung und Bedeutung der einzelnen Wörter aufzeigen soll, zu ergründen versucht. Ziel ist es, dadurch

die Lehnbeziehungen zwischen der politischen Sprache der Sowjetunion und der DDR auszuarbeiten und zu gliedern.

Die Wörterbuchanalyse soll helfen, den Ursprung und die Grunddefinition eines Lexems festzustellen, wobei Abweichungen zwischen den Wörterbüchern der verschiedenen Staaten besonderes Interesse hervorrufen, da sie auf Veränderungen in Wortbedeutung oder Relevanz der analysierten Wörter hinweisen können. Da der Wortgebrauch zu Zeiten der DDR und der Sowjetunion untersucht wird, werden nur Wörterbücher, die während des Bestehens dieser beiden Staaten erschienen sind, herangezogen. Durch die Dudenausgabe von 1942 soll die Gebräuchlichkeit der zu analysierenden Begriffe vor 1949, also vor der Gründung der DDR, erkundet werden. Mittels des Kontextes, in dem die Lexeme eingebettet sind, können Ähnlichkeiten in der realen Anwendung und Bedeutung des Wortmaterials ermittelt werden. Somit soll sichergestellt werden, dass der Gesamtumfang eines Lexems in seiner Bedeutung und Verwendung bearbeitet wird.

Um die Hintergründe der Analyse verständlich zu machen, werden zunächst geschichtliche Informationen für beide Staaten aufbereitet, um das historische Gefüge, das den Rahmen eines jeden politisch und ideologisch beeinflussten Wortschatzes bildet, anschaulich zu machen (vgl. Kapitel 1). Auf den Zusammenhang zwischen Politik, Ideologie sowie Herrschaftsform und Sprache und die unterschiedlichen Erscheinungen des politischen Wortschatzes wird in Kapitel 2 näher eingegangen. Die grundsätzlichen Veränderungen in der Sprache der Sowjetunion und der DDR aufgrund der sozialistischen und kommunistischen Neuordnung beider Gesellschaften werden in Kapitel 3 erläutert. Diese theoretischen Überlegungen schaffen die Grundlage für den nachfolgenden praktischen Teil der Diplomarbeit (vgl. Kapitel 4) und sollen helfen die Verbindung von Ideologie, Sprache und Politik besser zu verstehen.

1 Geschichtlicher Überblick

Das folgende Kapitel beinhaltet eine Kurzdarstellung historischer Entwicklungen in der Sowjetunion und der DDR. Da die nachfolgenden Ausführungen lediglich einen geschichtlichen Überblick geben sollen, entbehren sie folglich jedweder Vollständigkeit. Eine vollständige Analyse des historischen Kontextes der Sowjetunion und der DDR wird in diesem Fall auch nicht angestrebt. Durch den geschichtlichen Einblick soll vielmehr eine Verbindung zwischen den politischen Erscheinungen in einem Staat und deren Einflüsse auf die verwendete politische Lexik hergestellt werden.

1.1 Russland

1.1.1 Das Revolutionsjahr 1917 und seine Folgen

Die Februarrevolution 1917 war kein von langer Hand geplanter Aufstand gegen die bestehenden Machtverhältnisse, sondern vielmehr eine aufgrund von Hungerunruhen und Demonstrationen entstandene Massenbewegung, der sich schlussendlich auch die militärischen Truppen anschlossen, wodurch der Zar zur Abdankung gezwungen wurde. Daraufhin wurde übergangsweise eine Provisorische Regierung eingesetzt, die sogleich eine Reihe von Reformen in Angriff nahm:

Die bürgerlichen Grundrechte, die Rede-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wurden verkündet; alle Standesprivilegien sollten fallen, und die Nationalitäten und Religionen einander künftig gleichgestellt sein; in Stadt und Land waren die lokalen Selbstverwaltungsorgane auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts neu zu bestellen; die verhaßte zaristische Polizei sollte durch eine Volksmiliz mit gewählter Leitung ersetzt werden und eine Justizreform folgen; das Streikrecht wurde gewährt und eine politische Amnestie beschlossen; vor allem aber sollte möglichst rasch eine „Konstituierende [verfassungsgebende] Versammlung“ gewählt werden. (Altrichter 2001, S. 24)

Die Bolschewisten lehnten die Provisorische Regierung ab und forderten den sofortigen Übergang zu einer sozialistischen. Was sich Lenin unter einer sozialistischen Regierung vorstellte, formulierte er in seinen Aprilthesen, die verkürzt, folgende Inhalte zusammenfassen: die sofortige Beendigung des Krieges, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern, die Einführung der Arbeiterkontrolle in den Fabriken, Sturz der Provisorischen Regierung und alle Macht den Sowjets (vgl. Altrichter 2001, S. 24-25).

Die Provisorische Regierung war von Beginn ihrer Amtszeit an zum Scheitern verurteilt. Sie hatte zu wenig Macht, um Ruhe und Ordnung im Land zu schaffen und als erschwerender Faktor kam hinzu, dass der noch immer andauernde Erste Weltkrieg den Volkszorn weckte, da sich die Menschen in Russland vor allem nach Frieden sehnten (vgl. Stökl 1997, S. 640-646).

Lenin machte sich den Unmut der Bevölkerung zu Nutzen, um seine eigenen Parteiländer von einem Putschversuch gegen die Provisorische Regierung zu überzeugen. Im Oktober 1917 war es dann endlich soweit. Zunächst wurde die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes innerhalb des bolschewistischen Zentralkomitees beschlossen, woraufhin in der Nacht vom 6. zum 7. November, nach dem russischen Kalender vom 24. zum 25. Oktober, bewaffnete Arbeiterbrigaden die wichtigsten Punkte der Hauptstadt besetzten, die Provisorische Regierung absetzten und eine eigene bolschewistische Regierung bildeten (vgl. Altrichter 2001, S. 28).

Bereits einen Tag später stimmte die neue Regierung drei von Lenin selbst verfassten Dekreten zu: „dem Dekret über den Frieden, dem Dekret über das Land und dem Dekret über die Bildung einer provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung“ (Stökl 1997, S. 651). Mit diesen Beschlüssen versuchte Lenin sich und seiner Partei die Macht zu sichern, indem er auf die wesentlichen Forderungen des Großteils der Bevölkerung einging, nämlich auf den Wunsch nach dem sofortigen Frieden und das Verlangen der Bauern nach eigenem Grund und Boden.

Kurz darauf im Dezember sollten die ersten freien Wahlen in Russland stattfinden. Die Bolschewisten erhielten bei diesen Wahlen lediglich ein Viertel der Stimmen, weshalb sie zu wenig Sitze in der „Konstituierenden Versammlung“ erhielten, um ihre Pläne umsetzen zu können. Dieses Scheitern veranlasste Lenin und seine Parteimitglieder bereits das erste Zusammentreffen der Verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1918 aufzulösen (vgl. Stökl 1997, S. 653-654).

Da der Krieg noch immer im Gange war, hatte eine schnellstmögliche Friedenssicherung oberste Priorität für die Bolschewisten, um ihre noch instabile Führungsposition behalten zu können. Die Friedensverhandlungen stellten sich als äußerst schwierig dar, denn die deutschen Friedensbedingungen waren sehr hart. Schließlich wurde am 3. März 1918 der Friede von Brest-Litovsk unterzeichnet, wodurch Russland gezwungen wurde weitreichende Gebiete abzutreten. So musste es zum Beispiel auf das Baltikum und die polnischen Gebiete verzichten und Finnland und die Ukraine als selbstständige Staaten anerkennen (vgl. Stökl 1997, S. 658).

Infolgedessen erklärten sich auch der Nordkaukasus und Georgien, Armenien sowie Aserbaidschan für unabhängig. Außerdem stellten sich in den Randgebieten konterrevolutionäre Kräfte gegen die Bolschewisten, weshalb ein zweijähriger Bürgerkrieg um die Macht in Russland entbrannte. Die Bolschewisten konnten schlussendlich mithilfe der Roten Armee und einer eigens für die Ausmerzungen gegenrevolutionärer Aktivitäten eingesetzten Geheimpolizei, der Tscheka, diesen Bürgerkrieg für sich entscheiden (vgl. Kappeler 2002, S. 35). Die Niederlage der „Weißen“, also der Konterrevolutionäre, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass sich in ihren Reihen Anhänger zahlreicher unterschiedlicher politischer Gruppierungen befanden, deren einzige Gemeinsamkeit der Hass auf die Bolschewisten war. Dementsprechend konnten sie sich auch nie auf eine gemeinsame politische Richtlinie für die Zeit nach dem Bürgerkrieg einigen (vgl. Altrichter 2001, S. 41).

Während des Bürgerkriegs kam es zu zahlreichen Veränderungen im Land. Die Bolschewistische Regierung überwachte die Produktion und Verteilung aller

Wirtschaftsgüter. Die großen Industriebetriebe stellten ihre Produktion auf die Bedürfnisse des Krieges um und wurden fortan nicht mehr von den Arbeitern selbst kontrolliert, sondern wieder von Direktoren geleitet, die von der Zentrale selbst eingestellt worden waren. Die Bauern wurden gezwungen, ihre Lebensmittel abzugeben, weshalb sie die Produktion landwirtschaftlicher Güter auf ein Mindestmaß reduzierten (vgl. Kappeler 2002, S. 36 und Stökl 1997, S. 678-679).

Nach dem Ende des Bürgerkriegs wurde das durch den Kriegskommunismus entstandene zentralistische System zunächst beibehalten, was jedoch zu Unruhen unter den Arbeitern und Bauern führte. Die Versorgungslage konnte aufgrund der beibehaltenen Zwangsrequisierungen von Lebensmitteln nicht verbessert werden und in den Städten herrschte Hunger. Nach der Niederschlagung der Erhebung der Kronstädter Matrosen, die den Höhepunkt der Krise darstellte, lenkte Lenin ein und führte das System der Neuen Ökonomischen Politik (Novaja Ėkonomičeskaja Politika, kurz NEP) ein (vgl. Kappeler 2002, S. 36). Im Zuge der NEP wurden die Lebensmittelrequisierungen wieder abgeschafft und an ihre Stelle trat eine gesetzlich festgeschriebene Naturalsteuer, die eine deutliche Lastenverringerung für die Bauern darstellte. Die gewonnenen Überschüsse konnten die Bauern verkaufen. Ähnliche Bestimmungen galten für Handwerker und Kleinbetriebe. Somit konnte nach einiger Zeit wieder das Vorkriegsniveau der Wirtschaft erreicht werden. Über Groß- und Mittelbetriebe sowie das Bankwesen, die Währung, das Verkehrswesen und den Außenhandel behielt der Staat, also die Bolschewistische Regierung, die Kontrolle (vgl. Altrichter 2001, S. 51-54).

1.1.2 Sowjetkommunismus

Nach dem Bürgerkrieg konnten die alten Grenzen des russischen Zarenreichs weitgehend wieder hergestellt werden. Die noch sehr jungen Regierungen in Weißrussland, in der Ukraine, im Kaukasus und in Mittelasien wurden gestürzt und durch bolschewistisch beeinflusste Regierungen ersetzt. Infolgedessen schlossen sich 1922 Sowjetrussland, Weißrussland, die Ukraine, Armenien, Georgien und Aserbaidshan zur „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (deutsch UdSSR, russische Abkürzung SSSR) zusammen. Die neu entstandene Union sollte nach den Prinzipien der Gleichberechtigung und Freiwilligkeit aufgebaut sein und einen föderativen Charakter besitzen. Gleichzeitig wurde das politische System Sowjetrusslands auf die anderen Mitgliederstaaten der UdSSR übertragen (vgl. Altrichter 2001, S. 60).

Als Lenin am 21. Januar 1924 starb, war seine Nachfolge als Parteichef keineswegs geregelt, weshalb es zu unerbittlichen Machtkämpfen um sein Erbe innerhalb der KPdSU kam. Stalin erwies sich als Sieger im Rennen um die Führung in der Partei und setzte sich somit an die Spitze des Staates. In den Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in der Partei zeigte sich Trockij als Stalins gefährlichster Gegner. Nachdem Stalin Trockij's Ausschluss aus dem Politbüro, dem Zentralkomitee und später aus der Partei erreicht hatte, folgte für Trockij 1929 schlussendlich die Ausweisung aus der Sowjetunion (vgl. Altrichter 2001, S. 65 und Stökl 1997, S. 704-711).

Stalin erklärte zunächst den Kampf gegen die Rückständigkeit in der Sowjetunion als sein wichtigstes Ziel. Vor allem mithilfe einer forcierten Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft sollte die Sowjetunion modernisiert werden und dadurch zu einer Weltwirtschaftsmacht aufsteigen. Die Umsetzung dieses Plans konnte allerdings nur auf Kosten der Bevölkerung erreicht werden.

Auf dem 15. Parteikongress im Dezember 1927 wurde die Erstellung des ersten Fünfjahrplanes beschlossen, wodurch auch das Ende der Neuen Ökonomischen Politik besiegelt war. Explizite Ziele waren die Steigerung der Produktivität und die Verwandlung Russlands von einem Agrar- in einen Industriestaat. Investiert wurde vor allem in die Schwer- und Rüstungsindustrie. Auf den Konsumgüterbedarf der Bevölkerung wurde keine Rücksicht genommen (vgl. Altrichter 2001, S. 68-69).

Ab 1929 setzte die staatlich angeordnete Zwangskollektivierung der Landwirtschaft ein, indem bäuerliche Kleinbetriebe zu größeren Einheiten zusammengefasst wurden. Im Zuge der Kollektivierung kam es zu unzähligen Widerstandsaktionen in der bäuerlichen Bevölkerung. Die Bauern vernichteten Getreide- und Viehbestände, um sie nicht den neuen Kollektivwirtschaften überlassen zu müssen. Familien wurden enteignet und zum Teil zwangsdeportiert. Die Kollektivierung der Landwirtschaft konnte nur durch die Androhung massiver Gewalt durchgeführt werden und führte auf keinen Fall zum erhofften Erfolg (vgl. Altrichter 2001, S. 72). Die Einbußen im landwirtschaftlichen Sektor waren enorm. Aufgrund von Fehlplanungen und Misswirtschaft war das Produktionsniveau äußerst gering. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln wurde zum Großteil von der individuellen Landwirtschaft, die von den Bauern auf ihren sehr kleinen Hofgrundstücken betrieben wurde, getragen (vgl. Altrichter 2001, S. 86-88).

Die dreißiger Jahre wurden in erster Linie von den Großen Säuberungswellen geprägt, in denen sich Stalin ehemaliger politischer Opponenten entledigte. Als Anstoß für eine in der Sowjetgeschichte beispiellose Welle von Hinrichtungen vermeintlicher politischer Gegner

Stalins diente der Mord an dem Vorsitzenden der Leningrader Parteiorganisation Kirov. In groß inszenierten Schauprozessen wurden zahlreiche ehemals hochrangige Parteifunktionäre wegen antisowjetischer und trotzkistischer Tätigkeiten verurteilt. Der Terror zog sich durch die gesamte sowjetische Gesellschaft, denn auch Mitglieder der unteren Parteihierarchie und Angehörige der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Elite waren den Verfolgungen ausgesetzt. Immer noch unbestimmt ist die Zahl derer, die aufgrund der Großen Säuberungen jahrelang in Gefängnisse und Arbeitslager gesperrt wurden. Ob der Stalinistische Terror ebenfalls ein Ende gefunden hätte, wenn nicht der Zweite Weltkrieg über die Sowjetunion hereingebrochen wäre, kann nicht festgestellt werden. Unbestreitbar ist allerdings die Tatsache, dass der Große Vaterländische Krieg, wie der Zweite Weltkrieg in Russland genannt wird, auch in der Entwicklung der Sowjetunion einen wichtigen Einschnitt darstellte (vgl. Altrichter 2001, S. 90-93 und Stökl 1997, S. 710-711).

Am 22. Juni 1941 überfielen deutsche Truppen die UdSSR, wodurch auch die Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde. Sowohl das sowjetische Militär als auch die Bevölkerung waren durch den deutschen Angriff vollkommen überrascht worden, insbesondere da seit 1939 ein deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt bestand. Diese Allianz war insbesondere aufgrund eines geheimen Zusatzprotokolls brisant, das die Grenzen der Interessensphäre beider Länder absteckte. Sowjetrussland sicherte sich dadurch den Einfluss auf Finnland, Estland, Lettland und Polen östlich der Narew-Weichsel-San Linie (vgl. Stökl 1997, S. 748).

Zunächst schienen die deutschen Angreifer im Vorteil zu sein und die Rote Armee war gezwungen schwere Verluste einzustecken. Die Wende des Krieges stellte die Schlacht um Stalingrad dar. Hitler und seine Ratgeber waren nicht auf den Widerstand der sowjetrussischen Bevölkerung vorbereitet. Stalin besinnte sich während des Krieges auf den russischen Patriotismus und schwor die Bevölkerung auf den Kampf für die russische Heimat ein. Um die patriotischen Gefühle der Menschen zu stärken, schlug der Staat einen liberaleren politischen Kurs ein und suchte eine teilweise Aussöhnung mit der orthodoxen Kirche. Ab 1943 wurde die Rote Armee stärker und konnte als Handlungsträger agieren. Bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 konnte die Sowjetunion ihre Machtinteressen bis zur Elbe und zur Enns ausdehnen. Das weitere Schicksal der von den Alliierten besetzten Gebiete wurde während der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 vertraglich festgelegt (vgl. Altrichter 2001, S. 102-114).

Die Sowjetunion konnte ihr Einflussgebiet deutlich in Richtung Westen ausdehnen und versuchte sich in ihrer Besatzungszone durch die Einsetzung kommunistischer Parteien

und die Bildung von Volksdemokratien ihre Vormachtposition zu sichern (vgl. Stökl 1997, S. 756). Die forcierte sowjetische Einflussnahme auf Osteuropa, die zum Teil mit rigorosen Mitteln umgesetzt wurde, rief bei den Westmächten, insbesondere bei den USA, Skepsis hervor. Mithilfe des Marshall-Plans, eines Wiederaufbauprogramms für Europa, sollte der sowjet-kommunistische Einfluss auf Europa geschwächt werden. Die UdSSR sah darin eine Provokation und schaffte mit der Gründung des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW oder COMECON) ein eigenes Pendant zum amerikanischen Marshall-Plan. Die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West hatten begonnen. Der Kalte Krieg sollte fortan für Jahrzehnte die Geschehnisse der Welt bestimmen (vgl. Altrichter 2001, S. 127-130).

Als Stalin 1953 starb, war seine Nachfolge noch nicht geklärt. Die Streitereien über die Machtübernahme wurden innerhalb der Partei ausgefochten und als Sieger sollte sich schlussendlich Nikita Chruschtschow durchsetzen. Chruschtschow prangerte auf dem 20. Parteitag 1956 offen den Personenkult um Stalin an und läutete somit den Beginn der Entstalinisierung ein. Die Macht wurde wieder an die Partei zurückgegeben und der Terror des Stalinismus fand sein Ende. Außenpolitisch setzte Chruschtschow auf „friedliche Koexistenz“ und wich auch in dieser Linie von Stalins eingeschlagenem Kurs der Konfrontation ab. Dies war auch zwingend notwendig geworden, da sowohl die USA als auch die UdSSR über nukleare Waffen verfügten und ein neuer mit Atomwaffen geführter Krieg untragbar gewesen wäre (vgl. Altrichter 2001, S. 131-132).

Aufgrund illusionärer Versprechungen, abrupter Richtungsänderungen in Politik und Wirtschaft und außenpolitischer Fehlschläge konnte sich Chruschtschow nur bis 1964 an der Spitze der Sowjetunion halten und wurde gezwungen „freiwillig“ von der Parteiführung zurückzutreten (vgl. Altrichter 2001, S. 151). Chruschtschow hatte zu viele Versprechungen gegeben, die er nicht halten konnte. Er versprach die Lösung des Versorgungsproblems durch die Extensivierung der Landwirtschaft, ein unwahrscheinlich hohes Wachstum der Industrieproduktion und dass schlussendlich die sowjetische die amerikanische Wirtschaft überholen würde. Chruschtschow sprach von einer „Überflusgesellschaft“, obwohl die Zuwachsraten in der Wirtschaft abnahmen und die Landwirtschaft bei weitem nicht die Leistungen erbringen konnte, die von ihr erwartet wurden. Seine Vorstellungen blieben unerfüllbare Utopien, die ihm schließlich und endlich auch die Parteiführung kosteten (vgl. Altrichter 2001, S. 142-146).

Chruschtschows Nachfolge trat Leonid Brežnev an, der das genaue Gegenteil seines Vorgängers zu sein schien. Brežnev suchte stets den Konsens innerhalb der Partei und traf Entscheidungen erst nach langen Verhandlungen unter der Einbeziehung möglichst aller

betroffenen Gruppen. Sein Ziel war die Stabilisation der UdSSR. Altbewährtes sollte beibehalten werden, weshalb Reformen fast unmöglich wurden und die Stabilisation des Systems in eine Stagnation der Politik und Wirtschaft überging (vgl. Altrichter 2001, S. 151-154).

Die sowjetische Politik hatte sich festgefahren und war zum Stillstand gekommen. Diese Tatsache wurde optisch durch das zumeist hohe Alter der Parteifunktionäre unterstrichen. Als Brežnev 1982 in seinem 76. Lebensjahr starb, folgte ihm der um nur acht Jahre jüngere Jurij Andropov als Generalsekretär der KPdSU nach. Dieser sollte die Geschicke des Landes nur zwei Jahre lenken, denn 1984 schied auch Andropov aus dem Leben. Wiederum wurde ein alter, kranker Nachfolger für das höchste Amt im Staat gewählt, Konstantin Černenko. Als Černenko 1985 starb, war allen klar, dass die Zeit für einen Generationenwechsel in der Partei längst überfällig geworden war. Der neue Mann an der Spitze der Sowjetunion hieß Michail Gorbačev. Als er im März 1985 zum Nachfolger Černenkos bestimmt wurde, ahnte noch niemand und am wenigsten wohl er selbst, dass er der letzte Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und somit der letzte Staatschef der Sowjetunion sein sollte (vgl. Stökl 1997, S. 832-838).

Gorbačevs erste Maßnahme war die personelle Erneuerung im Zentralkomitee und auf der Regierungsebene. Zahlreiche hohe Mitglieder des Parteiapparats, die noch aus der Brežnev-Ära stammten, wurden in Rente geschickt und durch junge aus den unteren Kadern der Partei nachrückende Aufsteiger ersetzt. Die Verjüngung der politischen Führung des Staates sollte den Wechsel innerhalb der sowjetischen Politik vorbereiten und die folgenden Reformen durchführbar machen (vgl. Altrichter 2001, S. 175-176).

Dass Reformen in dem seit den 70er Jahren politisch wie wirtschaftlich erstarrten System dringend notwendig waren, bezweifelte kaum jemand. Darüber, wie weit die Erneuerungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gehen sollten, wurde jedoch heftig debattiert. Im Zuge der 19. Parteitagskonferenz 1988 stellte Gorbačev in Form eines Grundsatzreferates sein Reformprogramm für das politische System vor. Er prangerte die Einflussnahme des Staates in Angelegenheiten der Wirtschaft, der Verwaltung und der Gesellschaft an und forderte die Stärkung der Räte (russisch Sowjets) als Organe der lokalen Selbstverwaltung. Demokratie, Offenheit und Selbstverwaltung traten als die wichtigsten Schlagwörter des Reformprozesses in Erscheinung. Gorbačevs Pläne wurden von der Parteitagskonferenz gebilligt und es folgten noch im Dezember 1988 entsprechende Verfassungsänderungen (vgl. Altrichter 2001, S. 180-182).

Gorbačev hatte trotz seiner Reformen nicht die Absicht an den Grundfesten des Sowjetkommunismus zu rütteln, dennoch sollten sie der Anstoß für ein Umdenken in der Mehrheit der Bevölkerung werden, der das Ende der Sowjetunion zur Folge hatte. Infolge der Liberalisierung der Medien und der damit verbundenen gewonnen Meinungs- und Pressefreiheit wurde überdies eine heftige Geschichtsdebatte entfacht, die sich zunächst mit den Verbrechen des Stalinismus und in weiterer Folge auch mit der Oktoberrevolution und sogar Lenin auseinander setzte. Diese Diskussion bewirkte ein Abbröckeln der Staatsideologie, wodurch der Führungsanspruch der KPdSU in Frage gestellt und somit ihre Legitimität in Zweifel gezogen wurde (vgl. Altrichter 2001, S. 186-191 und Kappeler 2002, S. 43).

Durch diese Entwicklungen in der Bevölkerung wurde die Zulassung eines Mehrparteiensystems in der Sowjetunion erzwungen und folglich der Fortbestand der Alleinherrschaft der KPdSU beendet (vgl. Altrichter 2001, S. 185-186). Zusätzlich wurde der Zerfallsprozess der Sowjetunion durch das Unabhängigkeitsstreben ihrer Randgebiete beschleunigt.

Konservative Kräfte im Staat versuchten das Auseinanderbrechen mithilfe eines Putschversuches im August 1991 zu stoppen. Ein Notstandskomitee, das sich aus wichtigen Funktionsträgern der UdSSR zusammensetzte, entmachtete Gorbačev und setzte ihn in seiner Datscha auf der Krim unter Hausarrest. Um die alte Ordnung wieder herzustellen, wurde der Ausnahmezustand über das gesamte Land verhängt, die Medien wieder unter staatliche Kontrolle gestellt und Demonstrationen verboten. Der Putsch misslang jedoch und noch am 24. August trat Gorbačev von seinem Amt als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU zurück. Die Union war ihrem Ende geweiht und die Machtverhältnisse hatten sich verlagert. Am 8. Dezember 1991 wurde die Sowjetunion für aufgelöst erklärt, nachdem sich Russland, Weißrussland und die Ukraine zur „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) zusammengeschlossen hatten. Ihrem Beispiel folgten bis auf Georgien alle übrigen elf Teilrepubliken (vgl. Altrichter 2001, S. 195-198 und Stökl 1997, S. 864-866).

1.2 Deutschland

1.2.1 Die Entstehung der DDR

Die Entstehungsgeschichte der DDR ist durchaus sehr komplex und wurde durch diverse Umstände begünstigt. Es bleibt fraglich, ob das Interesse der Sowjetunion seit jeher auf ein geteiltes Deutschland abzielte oder ob die weiteren Ereignisse im Zuge des

aufkeimenden Kalten Krieges zu einer Separation der DDR vom restlichen Deutschland führten. Fest steht allerdings, dass nach der Aufteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen die jeweiligen Befehlshaber in ihren Zonen durch ihre Entscheidungen und Befehle die Interessen ihres Staates durchsetzten, was, aufgrund der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der Sowjetunion und der Westmächte, voneinander abweichende Entwicklungen in der sowjetischen und in den westlichen Besatzungszonen zur Folge hatte (vgl. Weber 2006, S. 5).

Bereits die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 abgehaltene Potsdamer Konferenz ließ Differenzen zwischen den Besatzungsmächten, im Speziellen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich, erkennen. Man konnte sich zwar über wichtige Entscheidungen die nähere Zukunft Deutschlands betreffend einigen, wie zum Beispiel über die vollständige Abrüstung, Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands sowie das Verbot der NSDAP, dennoch wurde deutlich, dass sehr gegensätzliche Auffassungen über die Form der Demokratisierung Deutschlands vorherrschten (vgl. Weber 2006, S. 10). Das gegenseitige Misstrauen vor allem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, das vereinte Deutschland in das jeweils andere politische, ideologische sowie gesellschaftliche System einzugliedern, wurde geweckt und in den folgenden Jahren noch mehr verstärkt, was schlussendlich die Gründung zweier deutscher Staaten nach sich zog.

Um die Wahrung der eigenen Interessen im Nachkriegsdeutschland zu sichern, ließ die Sowjetmacht noch vor der endgültigen Kapitulation Deutschlands deutsche Kommunisten aus dem Moskauer Exil in die von ihr besetzten Gebiete einfliegen. Diese standen unter der Führung von Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobotka und waren beauftragt worden, die Sowjetarmee beim Wiederaufbau und in der Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone zu unterstützen. Deutschland stand nach Ende des Krieges bekanntlich unter der Befehlsgewalt der alliierten Truppen, die sich das Land in vier Zonen aufgeteilt hatten, in denen sie weitgehend uneingeschränkt ihre Vorstellungen umsetzen konnten. Für die Machtausübung in der sowjetischen Zone wurde eine eigene Verwaltung geschaffen, die sogenannte „Sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD). Die SMAD sollte in den folgenden Jahren einen wesentlichen Einfluss auf die sowjetische Besatzungszone ausüben und wichtige Weichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen, die eine Einbindung der späteren DDR in den Ostblock erst möglich machten (vgl. Weber 2006, S. 5).

Bereits im Juni 1945 erlaubte die SMAD die Gründung von Parteien. Zunächst wurde ein pluralistisches Parteiensystem angestrebt, das in der späteren DDR formell auch

weiterbestand. Als erste Partei wurde die KPD gegründet. Kurz darauf konstituierten sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Christlich-Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei (LDP). Diese vier Parteien schlossen sich noch im Juli 1945 zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ – kurz Antifa-Block – zusammen. Die Aufgabe dieses Parteienblocks bestand darin, sich auf eine gemeinsame Politik für die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, den Wiederaufbau von Wirtschaft und demokratischer Rechtsstaatlichkeit sowie die Wiedergutmachung zu einigen. In weiterer Folge wurden auch die Gründung von sogenannten Massenorganisationen wie zum Beispiel des Kulturbundes, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) sowie einer Einheitsgewerkschaft, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB), erlaubt (vgl. Weber 2006, S. 5-8).

Die politischen Ämter in den Verwaltungen wurden zwar an Vertreter mehrerer Parteien verteilt, allerdings setzte man in den Schlüsselpositionen Mitglieder der KPD ein (vgl. Weber 2006, S. 10). Der Wiederaufbau der Wirtschaft erfolgte in der Sowjetischen Besatzungszone nach sowjetischem Modell. Bereits ab 1946 wurde ein staatlicher Sektor der Industrie errichtet und zwei Jahre später wurde begonnen das sowjetische Plansystem auf die Wirtschaft zu übertragen. Mit der Umgestaltung der Privatwirtschaft in ein verstaatlichtes Wirtschaftssystem gingen auch die Boden- und Industriereform einher. Zunächst fand schon 1945 die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes durch die SMAD statt. Der Boden wurde zum Teil verstaatlicht und zum Teil auf Landarbeiter und Kleinbauern aufgeteilt. Im Zuge der Industriereform wurde sowohl Eigentum des deutschen Staates als auch der Besitz von mutmaßlichen Kriegsverbrechern beschlagnahmt. Ein Teil der vor allem schwerindustriellen Betriebe wurde in Sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt, der andere Teil wiederum wurde unter deutsche Verwaltung gestellt. Ein weiterer Schritt hin zur Zentralisierung der Wirtschaft wurde mit der Verstaatlichung der Banken und Sparkassen getätigt (vgl. Weber 2006, S. 13-14). Durch diese Maßnahmen wurde ein wichtiges Fundament für die spätere Eingliederung der DDR in den Ostblock und in das damit verbundene sozialistische Wirtschaftssystem gelegt.

Mit der Gründung der SED im April 1946 wurde eine zusätzliche wichtige Entscheidung getroffen, welche die Teilung Deutschlands in zwei ideologisch und gesellschaftspolitisch gegensätzliche Staaten mitunter beschleunigte. Die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist als ein von den Kommunisten und der SMAD erzwungener Entschluss zu beurteilen. Die Kommunisten mussten fürchten, dass sie bei den anstehenden Wahlen viele Ämter und Positionen an SPD-Vertreter abgeben hätten müssen.

Die Mitglieder der SPD wurden nach längeren Verhandlungen überredet diesem Vorschlag der KPD zuzustimmen. Sie forderten jedoch die paritätische Besetzung der Positionen in der Partei und die Distanzierung vom sowjetischen Modell. Die SPD formulierte einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ als Ziel. Diese Forderungen wurden zu Beginn noch von den Kommunisten gebilligt. Doch schon kurze Zeit nach der Gründung der SED war klar, dass sich die Partei, um den Führungsanspruch innerhalb ihrer Zone durchsetzen zu können, in eine Partei „neuen Typus“, also eine Partei stalinistischer Prägung, umwandeln musste. Fortan sprach sich die Parteiführung für eine „Fortentwicklung“ des Marxismus aus, womit der Leninismus stalinscher Prägung gemeint war (vgl. Weber 2006, S. 15-17).

Aufgrund der Verschärfung des Kalten Krieges lag der Sowjetunion viel daran, sich die Macht in ihren Einflussgebieten zu sichern. Dies hatte auch für ihre Besatzungszone in Deutschland zu gelten und die SED musste in weiterer Folge die Sowjetunion als alleiniges Vorbild anerkennen. Diese Entwicklungen zogen Parteisäuberungen nach sich, um oppositionelle Kräfte in der Partei auszuschalten. Die SED wurde zentralisiert und hierarchisiert. Ohne Zweifel festigten diese Anordnungen die Macht der SED sowie den Einfluss der Sowjetunion auf ihr Interessensgebiet (vgl. Weber 2006, S. 20-21).

Währenddessen stellten die Westmächte Weichen für den Aufbau eines deutschen Weststaates. Im Juli 1948 wurden Vorbereitungen an einer Verfassung für einen deutschen Weststaat getroffen. Auch der SED lag viel an einem Ausbau der Eigenstaatlichkeit (vgl. Staritz 1996, S. 24). Doch bei regulären, allgemeinen Wahlen hätte die SED geringe Chancen auf einen Sieg gehabt. Aufgrund der schlechten Versorgungslage und geringer Folgebereitschaft sogar in der eigenen Partei suchte man nach einer Ersatzlösung für dieses Problem, um sich den Führungsanspruch auch weiterhin sichern zu können. Zunächst wurden eigentlich noch für 1948 angesetzte Wahlen auf 1949 verschoben. Man hoffte dadurch die nötige Zeit zu gewinnen, um die Bevölkerung von den Zielen der SED zu überzeugen. Daraufhin sah man sich gezwungen die Blockparteien von dem Nutzen einer Einheitsliste für den Volkskongress zu überzeugen. Überzeugungsarbeit wurde sowohl mit Werbung für diese „Übergangslösung“ als auch mit Drohungen von Seiten der SMAD geleistet. Schließlich stimmten die Blockparteien zu und es wurde eine Einheitsliste erstellt (vgl. Staritz 1996, S. 28-30).

Nach der Wahl zum Volkskongress im Mai 1949 machte man sich an die Arbeit, einen „Entwurf einer Verfassung für eine einheitliche deutsche demokratische Republik zu verabschieden“ (Staritz 1996, S. 31). Am 7. Oktober 1949 nahm der sich soeben konstituierte

„Deutsche Volksrat“ diese Verfassung an. Folglich war die Deutsche Demokratische Republik entstanden (vgl. Weber 2006, S. 28). Die Bundesrepublik Deutschland war bereits einen Monat zuvor, nämlich am 7. September, trotz heftiger Proteste auf Seiten der Sowjetunion gegründet worden (vgl. Staritz 1996, S. 34). Somit war die Teilung Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte besiegelt.

1.2.2 Der Sozialismus in der DDR

Jetzt konnte die SED ihre Pläne, in der DDR den „Aufbau des Sozialismus“ zu verwirklichen, ungehindert vorantreiben. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch richtete man sich nach dem Vorbild der Sowjetunion. Obwohl sich die SED-Führung mit all ihren Kräften bemühte, den Lebensstandard in der DDR dem in der Bundesrepublik anzugleichen, ja wenn nicht sogar zu überbieten, blieb das Wirtschaftswachstum des Oststaates immer weit hinter dem des Weststaates zurück (vgl. Weber 2006, S. 36-38).

Die SED sicherte sich ihren Führungsanspruch im Staat, wenn man Webers Ansichten folgt, mithilfe dreier Methoden: erstens wurden Gegner und Opposition mit Gewalt eingeschüchtert und mundtot gemacht; zweitens ließ man politisch unmotivierte Bürger in Frieden und versuchte sie durch steigenden Wohlstand und dem Zugeständnis an persönlicher Freiheit von oppositionellen politischen Aktivitäten abzuhalten; drittens bediente man sich der Ideologie und Indoktrination, um vor allem junge Anhänger zu begeistern (vgl. Weber 2006, S. 41).

Der Aufbau des Staatswesens, der Verwaltung, der Armee und großzügige Investitionen in die Schwerindustrie verursachten der DDR erhebliche Kosten, für die sie kaum aufkommen konnte. Aufgrund dessen entschied sich die SED-Führung einen rigorosen Sparkurs zu führen, um die Geldmittel für die Neuerungen in Politik und Wirtschaft aufbringen zu können. Es wurden Kürzungen bei den Sozialleistungen und Preissteigerungen vorgenommen, ohne jedoch die Löhne anzuheben. Zusätzlich ließ man die Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent erhöhen (vgl. Staritz 1996, S. 100-102). Außerdem wurde hart gegen Bevölkerungsschichten vorgegangen, die sich dem System des Sozialismus noch nicht gebeugt hatten, wie zum Beispiel Selbstständige, Bauern, die sich gegen die Kollektivierung sträubten sowie Anhänger und Vertreter von Kirchen (vgl. Weber 2006, S. 41).

Diese harten Maßnahmen riefen in der Bevölkerung Unmut hervor und zogen Streikhandlungen in manchen Betrieben nach sich. Der Unmut unter den DDR-Bürgern blieb auch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht verborgen. Das hatte zur Folge, dass

die Sowjetführung harsche Kritik am Führungsstil der SED übte. Es wurde eine Kurskorrektur gefordert, die eine Verbesserung der Lebensqualität der DDR-Bevölkerung gewährleisten sollte. Die SED lenkte ein und gestand Fehler in der Umsetzung des „Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR ein. Repressalien gegen Teile der Bevölkerung wurden gemildert und Preissenkungen vorgenommen.

Die erhöhten Arbeitsnormen wurden aber trotzdem nicht zurückgenommen, was den Groll in der Arbeiterschaft weiter anfachte. Es brach eine Streikwelle über das Land herein, die von Ostberlin ausgehend das ganze Land erfasste und vor allem in den Industriegebieten breite Anhängerschaften fand. Aus den Streiks und den folgenden Demonstrationen entwickelte sich ein politischer Aufstand, der am 17. Juni 1953 seinen Höhepunkt fand. Die DDR-Führung war nicht mehr Herr der Lage, weshalb der Ausnahmezustand ausgerufen wurde und sowjetische Panzer die Ausschreitungen niederschlugen (vgl. Weber 2006, S. 41-42).

Die niedergeworfene Arbeiterrebellion zog einen Lernprozess innerhalb der SED nach sich. Der Umwandlungsprozess der DDR in ein sozialistisches Land wurde verlangsamt. Man machte der Bevölkerung Zugeständnisse, indem die Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie gemindert und die Preise gesenkt wurden (vgl. Weber 2006, S. 43).

Die Lockerungen des Neuen Kurses sollten nur für kurze Dauer Bestand haben, denn bereits 1954 wurden die Zügel in der DDR wieder straffer gezogen (vgl. Weber 2006, S. 43). Während in der Sowjetunion die Tauwetterperiode anbrach, wählte die SED-Spitze eine strengere Linie und trieb die Kollektivierung der Landwirtschaft und des Handwerks voran. Der Eintritt der Bauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sollte auf freiwilliger Basis der Bauern durchgeführt werden, konnte allerdings vielfach nur durch Nötigungen und Drohungen erreicht werden. Auch die Handwerker wurden mehr oder weniger gezwungen, in Produktionsgenossenschaften des Handwerks einzutreten. Aufgrund dieser Maßnahmen verschlechterte sich die Versorgungslage mit Lebensmitteln erheblich, da die neu gegründeten LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) der Planerfüllung nicht im vollen Umfang nachgekommen waren.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die damit verbundenen Engpässe von Nahrungsmitteln führte in den Jahren 1960/61 zu einer nicht mehr kontrollierbaren Flüchtlingswelle. Die Berlinkrise, die bereits seit Jahren zwischen den USA und der UdSSR beziehungsweise zwischen West- und Ostdeutschland herrschte, spitzte sich immer weiter zu. Die Anwesenheit westlicher Truppen in Westberlin war der Sowjetführung schon seit langem ein Dorn im Auge. Als die Flüchtlingsbewegungen in Richtung Westen weiter zunahmen,

stimmten die UdSSR und die Warschauer-Pakt-Staaten einem Mauerbau um Westberlin zu, um die DDR hermetisch vom Westen abzuriegeln. In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 wurde mit dem Bau eines Stacheldrahtwalls um Westberlin begonnen. In den folgenden Monaten wurde der Bau einer Mauer vorangetrieben, um den Zugang für Ostdeutsche nach Westberlin faktisch unmöglich zu machen (vgl. Weber 2006, S. 56-59).

In den 60er Jahren setzte der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, auf eine neue Wirtschaftspolitik, die unter der Bezeichnung Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung, kurz NÖSPL, bekannt wurde (vgl. Weber 2006, S. 64). Zukünftig sollten in den Wirtschaftsplänen die Bedürfnisse der Abnehmer miteinbezogen werden. Den Betrieben wurde fortan mehr Eigenverantwortung überlassen. Sie konnten nun selbstständig über die Beschaffung von Materialien, Preisregelungen und Absatzstrategien verfügen. In der Tat zog das neue Wirtschaftssystem eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der DDR nach sich. Um die zentralistische Führung des Landes jedoch nicht zu gefährden, wurde das Neue Ökonomische System, wie es fortan hieß, noch einmal überarbeitet und wieder stärker zentralisiert (vgl. Staritz 1996, S. 214-216 und Weber 2006, S. 64).

Ulbricht löste sich fortan vom sowjetischen Idealbild und schrieb in weiterer Folge der DDR Modellcharakter zu. Er stellte die bis dahin herrschende Ideologie, dass der Sozialismus bloß als eine Übergangsform zum Kommunismus zu betrachten sei, in Frage und bewertete den Sozialismus neben dem Kommunismus und dem Kapitalismus als ein eigenständiges sozioökonomisches System. Daraus zog Ulbricht den Schluss, dass die DDR und die SED auf der gleichen Entwicklungsstufe wie die Sowjetunion und die KPdSU stehen würden. Der Anspruch der sowjetischen Führungsrolle fand nämlich seine Begründung darin, dass sich die Sowjetunion bereits seit geraumer Zeit auf dem Weg zum Kommunismus befände, wohingegen die restlichen sozialistisch orientierten Staaten noch im „Aufbau des Sozialismus“ stecken würden, der ja lediglich eine Vorstufe des Kommunismus sei (vgl. Weber 2006, S. 77).

Dieses Streben nach politischer Selbstständigkeit führte natürlich unweigerlich zu Konfrontationen zwischen der DDR und der Sowjetunion. Nachdem sich Ulbricht in seiner Wirtschaftspolitik selbst überschätzt hatte und Ende der 60er Jahre die Planerfüllung nicht erreicht werden konnte, war es nur mehr eine Frage der Zeit, wann Ulbricht als Generalsekretär der SED abgelöst werden würde. Am 3. Mai 1971 war es schließlich soweit. Ulbricht gab seinen Rücktritt als Generalsekretär der SED bekannt und Erich Honecker wurde zu seinem Nachfolger bestimmt. Honecker sollte beinahe für die nächsten zwei Jahrzehnte die Geschicke der DDR lenken (vgl. Weber 2006, S. 79).

Nach Honeckers Machtübernahme wurden die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR wieder vertieft. Die SED-Führung distanzierte sich von Ulbrichts Ansichten, die DDR als nachahmenswertes Modell für andere sozialistische Staaten präsentieren. Die wiederbelebte Freundschaft beider Staaten sollte mithilfe eines Freundschafts- und Beistandsvertrages untermauert werden, der im Oktober 1974 unterzeichnet wurde. Darin wurde vor allem eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion festgeschrieben (vgl. Weber 2006, S. 86).

Wirtschaftspolitisch grenzte sich Honecker von den übereifrigen Plänen Ulbrichts, mithilfe der NÖS den Lebensstandard der Bundesrepublik zu überholen, ab. Fortan wurde die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik proklamiert, mit der Verbesserungen im sozialen Bereich mittels realistischer Prognosen für das Wirtschaftswachstum erreicht werden sollten. Vor allem das Lebensniveau der unteren Einkommenschichten sollte angehoben werden (vgl. Weber 2006, S. 80). Zu den sozialen Leistungen der Ära Honecker zählten Preissenkungen, Anhebung der Mindestlöhne und Mindestrenten sowie die Verkürzung der Arbeitszeit für Mütter (vgl. Staritz 1996, S. 282).

In den deutsch-deutschen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR suchte man nun einen Weg der friedlichen Koexistenz, indem man in der DDR von den ehemaligen Einheitsbestrebungen Abstand nahm (vgl. Weber 2006, S. 91). Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags 1972 bestätigte die Bundesrepublik die Respektierung der DDR, ohne sie jedoch völkerrechtlich anzuerkennen (vgl. Staritz 1996, S. 287).

Die Weltwirtschaftskrise und der Ölschock 1973 ließen auch die DDR nicht unberührt. War es der SED-Führung unter Honecker bis Mitte der 70er Jahre noch gelungen ein Wirtschaftswachstum zu erzielen und somit die Sozialleistungen des Staates anzuheben, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage Ende der 70er Jahre zunehmend. Die Preise der Rohstoffimporte waren im Vergleich zu den Exportgewinnen unverhältnismäßig hoch angestiegen. Die Partei schlug infolgedessen einen Sparkurs ein, der auch die Versorgungspolitik nicht unberührt ließ (vgl. Staritz 1996, S. 304-305). Die wirtschaftliche Lage rief Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung hervor, wodurch die Opposition und der Widerstand angestachelt wurden (vgl. Weber 2006, S. 94-95).

Opposition gegen die Staatsgewalt gab es in der DDR seit jeher, doch was sich vormals auf kleine Gruppen Intellektueller beschränkte, gewann in den 70er und speziell in den 80er Jahren immer mehr an breiter Basis. Vor allem die Jugend wendete sich zunächst noch in unorganisierter Form gegen die herrschenden Machtverhältnisse und Strukturen im Land. Unter der Leitung der evangelischen Kirche entstanden Friedensbewegungen, die regen

Zustrom in erster Linie junger Regimekritiker fanden (vgl. Weber 2006, S. 94 und Staritz 1996, S. 337). Die evangelische Kirche hatte sich in der DDR eine Sonderstellung erkämpft. Um sich gewisse Freiräume in der Gesellschaft bewahren zu können, war sie einen Pakt mit der SED eingegangen und befürwortete offiziell den Sozialismus. Außerdem wurde sie gezwungen, sich von der bundesdeutschen evangelischen Kirche loszusagen und sich in der DDR eigenständig zu organisieren (vgl. Maslo 1996, S. 97 zit. n. Dähn 1985, S. 354-355).

Ende der 80er Jahre weiteten sich die Proteste einzelner Widerstandsgruppen schließlich zu ausgewachsenen Kundgebungen gegen die SED und die politische sowie wirtschaftliche Stagnation in der DDR aus. Den Auftakt einer ganzen Welle von Demonstrationen bildete die Rosa-Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988. Eigentlich handelte es sich hierbei um eine von der SED inszenierte Demonstration zum Gedenken an die Ermordung der Vorreiter des deutschen Kommunismus, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Oppositionelle Aktivisten versuchten die offizielle Veranstaltung für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie eigene Transparente mittrugen, auf denen unter anderem das Luxemburg-Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ zu lesen war. Daraufhin wurden zahlreiche Demonstranten verhaftet (vgl. Weber 2006, S. 106).

Infolgedessen war sowohl eine Zunahme der Massenkundgebungen gegen das SED-Regime als auch eine steigende Zahl der Ausreisewilligen festzustellen. Eine wahre Auswanderungsflut erfasste die DDR im Sommer 1989, da die österreichisch-ungarische Grenze wegen der Reformbewegungen in Ungarn immer durchlässiger geworden war. Die ungarische Regierung ging sogar soweit ihre Grenze zu Österreich ab dem 11. September völlig zu öffnen, weshalb die DDR mit einem drohenden Exodus zu kämpfen hatte (vgl. Staritz 1996, S. 354 und Weber 2006, S. 108).

Diejenigen DDR-Bürger, die noch im Land geblieben waren, verließen ihrem Ärger mittels Transparenten, die sie bei Protestaufmärschen mit sich trugen, Ausdruck. So erfreuten sich die seit dem 25. September wöchentlich abgehaltenen Leipziger Montagsdemonstrationen immer regeren Zulaufs (vgl. Staritz 1996, S. 360) und der Druck auf die SED-Spitze wurde immer größer. Die Parteiführung handelte, indem sie Schritte zur Absetzung Erich Honeckers als Generalsekretär der SED einleitete. Am 18. Oktober 1989 trat Honecker mehr oder weniger freiwillig von seinen Parteiämtern zurück. Die Parteiführung wurde Egon Krenz übertragen, der im Großen und Ganzen an der veralteten Führungslinie Honeckers festhielt (vgl. Weber 2006, S. 110).

Der Zerfall der DDR war nicht mehr aufzuhalten. Am 4. November fand die bis dahin größte Demonstration in Ostberlin statt. Etwa eine Million DDR-Bürger forderten Presse-,

Meinungs-, Reise- und Versammlungsfreiheit. Außerdem wurde der Ruf nach freien Wahlen immer lauter (vgl. Weber 2006, S. 111). Die SED-Spitze wollte sich durch eine zeitweilige Grenzöffnung zur BRD eine kleine Atempause verschaffen, ohne jedoch zu ahnen, dass sie damit das Ende der DDR endgültig besiegeln würde. Die Öffnung der Grenzübergänge zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland am Abend des 9. Novembers 1989 zog den Fall der Berliner Mauer nach sich und läutete das Ende der DDR ein (vgl. Staritz 1996, S. 380-383).

Bereits im Dezember wurde der Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen (vgl. Weber 2006, S. 111) und in weiterer Folge die Vereinigung beider deutscher Staaten vorbereitet. Nachdem am 31. August 1990 der Einigungsvertrag von Vertretern der Bundesrepublik und der DDR unterzeichnet worden war, fand das offizielle Bestehen der DDR am 3. Oktober desselben Jahres, dem Tag der Vereinigung Deutschlands, sein Ende (vgl. Weber 2006, S. 118-119).

2 Sprache in der Politik

2.1 Was ist politische Sprache?

Politische Sprache ist kein klar definierbarer Gegenstand der Sprachwissenschaft, da es sich hierbei nicht um einen gesonderten Teilbereich einer Sprache handelt, der eindeutig von anderen Sprachvarietäten abgrenzbar ist. Dennoch umfasst politische Sprache einen eigenen Forschungsgegenstand, der nicht nur in der Sprachwissenschaft aufgegriffen wird, sondern unter anderem auch in der Soziologie oder in den Politikwissenschaften behandelt wird. Das deutliche Interesse, das für den allgemeinen wie für den speziellen Sprachgebrauch in der Politik gezeigt wird, hängt mit dem großen Einfluss der Politik auf die Gesellschaft und das öffentliche Leben zusammen.

Untersucht man politische Zustände in einem bestimmten Staat, in einer bestimmten Herrschaftsform oder zwischen zwei unterschiedlichen Staaten oder Herrschaftsformen, erstreckt sich der Bereich der Analyse zumeist nicht nur auf die Handlungen politischer Amtsträger, sondern auch auf ihre Rede. Wichtig ist es herauszufinden, was wie gesagt wird: Welche Art der Kommunikation wird gewählt? Handelt es sich um Verhandlungen, Debatten, Diskussionen, Reden oder dergleichen? Findet das Gespräch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt oder richtet sich der Sprecher an die Bürger? Soll das Gesagte zu etwas auffordern, etwas rechtfertigen oder vielleicht etwas befehlen? Die Fragestellungen, welche auf dem Feld der politischen Sprache aufgegriffen werden können, sind zahlreich. Zusätzlich

muss bedacht werden, dass Politik einen jeden einzelnen von uns betrifft, auch wenn man sich selbst als politisch uninteressiert einstufen würde, da sich politische Handlungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auswirken. Politik hat Einfluss auf die Wirtschaft, die Infrastruktur, das Bildungswesen, das Bauwesen und auf vieles mehr.

Aufgrund dieser breiten Fächerung sowohl der politischen Rede als auch der politischen Einfluss- und Aufgabengebiete im Allgemeinen, erweist sich die Sprache in der Politik als ausgesprochen vielschichtig. Diese Komplexität muss bei der Beschreibung der politischen Sprache berücksichtigt werden. Politische Sprache ist also keine einheitliche Fachsprache, sondern schöpft aus mehreren Fachsprachen und zu einem großen Teil aus der Alltagsbeziehungswise Standardsprache. Es handelt sich nicht um eine ‚Sondersprache‘, sondern um den „Gebrauch einer Sprache [...] zu bestimmten Zwecken“ (Kilian 1994, S. 4). Das heißt Sprache in der Politik ist als ein Teilbereich der Gesamtsprache zu definieren, der sich auf alle Sprachebenen erstreckt. Demzufolge wäre es wohl auch sinnvoller vom Sprachgebrauch in der Politik und nicht von der politischen Sprache zu sprechen (vgl. Dieckmann 2005, S. 11; Kilian 1994, S. 4 und Klein 1989, S. 5-6).

Der Forschungsgegenstand „Sprachgebrauch in der Politik“ beziehungsweise „Sprache in der Politik“ kann vielfach aufgegliedert und in mehrfacher Hinsicht untersucht werden. Die in der sprachwissenschaftlichen Erforschung der Sprache in der Politik am häufigsten analysierten Bereiche sind wohl der politische Wortschatz und sein Gebrauch, der politische Diskurs über aktuelle aber auch historische Themen und der Zusammenhang zwischen Ideologie oder Herrschaftsform und Sprache. Beliebte Themen in der politischen Lexikologie sind die Betrachtung von Schlag-, Fahnen-, Stigma- und Schlüsselwörtern sowie der metaphorische und euphemistische Wortgebrauch in der Politik. Wiederholt untersucht wurde ebenfalls der ideologische Wort- und Sprachgebrauch. Im deutschen Sprachraum stechen hier vor allem Arbeiten zur Sprache des Nationalsozialismus sowie zur DDR hervor. Die Diskursanalyse bietet sich auf dem Gebiet des politischen Sprachgebrauchs in vielfacher Hinsicht an, da mit ihrer Hilfe sowohl der Bedeutungswandel verschiedener in der Politik gebrauchter Wörter, wie zum Beispiel Demokratie, Freiheit, Friede und viele mehr, erfasst, als auch die sprachliche Analyse eines gewissen Themas durchgeführt werden kann.

2.2 Politischer Wortschatz und Wortgebrauch

2.2.1 Einteilungsschemata des politischen Wortschatzes

Wie bereits erwähnt wurde, handelt es sich bei der Sprache in der Politik nicht um eine gesonderte Fachsprache, sondern um eine Mischung verschiedener Fachsprachen und der Alltags- beziehungsweise Standardsprache. Diese Feststellung gilt natürlich und insbesondere auch für den politischen Wortschatz, der sich vor allem an der Standardsprache bereichert. Es muss an dieser Stelle jedoch eingeräumt werden, dass sich der politische Wortschatz mitunter auch aus zahlreichen Fachsprachen speist, die von der Politik behandelte Sachgebiete, wie Wirtschaft, Kultur, Bildung und andere, umfassen (vgl. Dieckmann 2005, S. 17).

Grundsätzlich schließt der politische Wortschatz all jene Begriffe ein, die in der Politik verwendet oder als zur Politik gehörig eingestuft werden, wie zum Beispiel *Demokratie*, *Parlament*, *Partei*, *Abgeordneter* und so fort. Im Grunde kann jedes Wort kurz- aber auch längerfristig zum Politikum werden. Beispiele hierfür wären *Ausbildung* oder *Eignungstest* in der Bildungspolitik sowie *Milchpreis* oder *Bioprodukte* in der Agrarpolitik, die je nach ihrer tagespolitischen Aktualität politisch oder allgemein gebraucht werden. Der politische Wortschatz kann also nicht klar eingegrenzt werden, da ständig neue Wörter hinzukommen und andere wieder wegfallen (vgl. Kilian 1994, S. 4 und Dieckmann 2005, S. 17). Aufgrund dieser Unbestimmtheit scheint es relativ schwierig, ein passendes Schema für die Einteilung des politischen Wortschatzes in geeignete Untergruppen zu finden. Ein gängiges Modell zur Untergliederung des in der Politik gebrauchten Wortschatzes wurde 1969 von Dieckmann vorgestellt und 1989 von Klein erweitert. Ich möchte dieses Modell im Anschluss näher erläutern.

Das von Dieckmann 1969 entworfene Schema für die Einteilung des politischen Wortschatzes umfasste zunächst drei Untergruppen, nämlich die Ideologiesprache, die Institutionssprache und die Fachsprache des verwalteten Sachgebietes. Klein erweiterte dieses Modell 1989 und fügte die Wortgruppe des allgemeinen Interaktionsvokabulars hinzu. Diese Erweiterung wurde später von Dieckmann übernommen (vgl. Dieckmann 2005) und wird im Allgemeinen als gültig anerkannt (vgl. Kilian 1994, S. 5). Um in weiterer Folge dieses Kapitels nicht Verwirrung zu stiften, soll angemerkt werden, dass der Begriff „Fachsprache des verwalteten Sachgebietes“ gleichzusetzen ist mit dem Terminus „Ressortvokabular“, wie er von Klein, Kilian und später auch von Dieckmann verwendet wurde (vgl. Klein 1989, S. 4-7; Kilian 1994, S. 5 und Dieckmann 2005, S. 18-19).

Die meiste Aufmerksamkeit in der sprachwissenschaftlichen Forschung wird wohl der Ideologiesprache zuteil oder, besser gesagt, dem Ideologievokabular, welches vor allem in der politischen Außenkommunikation angewendet wird. Grob gesagt, versuchen einzelne politische Gruppierungen mit ideologischem Sprachgebrauch potenzielle Sympathisanten von ihren Ideen zu überzeugen beziehungsweise den politischen Gegner durch Negativwerbung bei den Adressaten in Misskredit zu ziehen. Mithilfe der Verwendung ideologischen Vokabulars werden politische Werthaltungen, Prinzipien und Prioritäten gedeutet und gleichfalls einer Wertung unterzogen. Das Ideologievokabular bezeichnet einen politischen Sachverhalt nicht nur, sondern es bewertet ihn auch und fordert seine Rezipienten gleichzeitig zum Handeln auf.

Diese Wertung politischer Gegenstände, wobei der eigene Standpunkt als richtig oder gut und der des politischen Kontrahenten als falsch beziehungsweise schlecht eingestuft wird, unterteilt das Ideologievokabular in Wörter mit positivem und negativem Bewertungspotenzial. Positive Assoziationen sollen durch sogenannte Hochwertwörter, Fahnenwörter oder Miranda geweckt werden, einen tendenziell negativen Beigeschmack beinhalten Stigmawörter, Feindwörter oder Anti-Miranda (vgl. Dieckmann 2005, S. 19). Im ideologischen Gefüge der ehemaligen Ostblockstaaten, zu denen sowohl die DDR als auch die Sowjetunion zu zählen sind, gehören *Sozialismus* oder *Marxismus-Leninismus* zu den Miranda und *Kapitalismus* oder *Kapital* zu den Anti-Miranda.

Weitere Erscheinungen der Ideologiesprache sind die ideologische Polysemie und die ideologische Bezeichnungskonkurrenz. Diese beiden Phänomene werden in weiterer Folge noch näher erläutert, weshalb an dieser Stelle nur darauf hingewiesen wird, dass der Begriff ideologische Polysemie verwendet wird, wenn ein und derselbe sprachliche Ausdruck je nach ideologischer Anschauung unterschiedlich bedeutet und bewertet wird, wohingegen durch die ideologische Bedeutungskonkurrenz ein und derselbe Sachverhalt mit mehreren ideologisch konkurrierenden Lexemen benannt werden kann (vgl. Dieckmann 2005, S. 20).

Klein unterteilt die ideologisch relevanten Lexeme zusätzlich noch in drei Untergruppen, nämlich in solche,

- welche soziale Beziehungen und Formationen darstellen, wie *Gemeinschaft, Familie* oder *Staat*;
- welche die Organisation des politischen Lebens bezeichnen, wie *parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung* oder *Rechtsstaatlichkeit*;
- welche die grundlegenden Werte und Handlungsorientierungen ausdrücken, wie *Freiheit, Friede* oder *Revolution* (vgl. Klein 1989, S. 8).

Das Institutionsvokabular bezeichnet sowohl die politischen Institutionen, ihre formale Untergliederung und ihre Akteure an sich (*Republik, Parlament, Bundesregierung, Bundesland, Bundespräsident, Bundeskanzler, Minister, Abgeordneter*) als auch ihre politischen Handlungen, Prozesse und Zustände (*freie, gleiche und geheime Wahlen, Volksbegehren, Abstimmung, Wahlkampf, Parteitag*) sowie kodifizierte Normierungen politisch-institutionellen Handelns (*Gesetz, Verfassung, Verordnung*). Der Wortschatz der Institutionen ist politisch fachsprachlich und weitgehend neutral, das heißt er suggeriert keine wertenden oder handlungsauffordernden Nuancen (vgl. Dieckmann 1975, S. 51 und Klein 1989, S. 5-6).

Das Ressortvokabular, von Dieckmann anfangs auch Fachsprache des verwalteten Sachgebietes genannt (vgl. Dieckmann 1975, S. 50-52), setzt sich aus dem speziellen Wortschatz der jeweiligen Fachbereiche beziehungsweise Ressorts zusammen, wie zum Beispiel des Ressorts für auswärtige Beziehungen, Wirtschaft, Umwelt und dergleichen. Folglich wird das Ressortvokabular vor allem innerhalb der zuständigen Behörden verwendet und kann deshalb auch als Expertenwortschatz bezeichnet werden. Dennoch spielt ressortspezifisches Vokabular auch in der öffentlich-politischen Kommunikation eine Rolle, da die Öffentlichkeit über politische Programme und Vorhaben in der Regel in Kenntnis gesetzt wird. Um den Laien fachspezifische Gegenstände verständlich zu machen, wird darauf geachtet, Wörter zu gebrauchen, die entweder wegen ihrer Kompositionselemente, wie zum Beispiel *Höchstwerte* oder *Ladenschlussgesetz*, oder wegen ihrer Semi-Fachsprachlichkeit, also Ausdrücke, die zwar fachsprachlich, aber im Allgemeinen bekannt sind, wie zum Beispiel *Giftmüll* oder *Fristenlösung*, verstanden werden (vgl. Klein 1989, S. 6-7).

Als vierte Gruppe wurde von Klein das allgemeine Interaktionsvokabular eingeführt, das sich auf Allgemeinsprachliches im politischen Sprachgebrauch bezieht. Das allgemeine Interaktionsvokabular benennt politische Handlungen ohne jedoch fachsprachlich oder ideologiesprachlich zu sein. Beispiele hierfür sind *Zitterpartie, Kompromiss* und viele mehr. Außerdem finden sich in dieser Gruppe auch Lexeme, die sprachliches Handeln oder sprachliche Interaktionen bezeichnen, wie zum Beispiel *fordern, begründen, fragen, drohen, debattieren, erörtern* oder *diskutieren* (vgl. Klein 1989, S. 7).

Dieckmann übernimmt diese Vierteilung des politischen Wortschatzes von Klein und räumt ein, dass sich die politische Sprache in hohem Maße des Allgemeinwortschatzes bedient, weshalb es schwierig sei eine eindeutige Grenze zwischen dem politischen und dem allgemeinen Wortschatz zu ziehen. In weiterer Folge führt er den Begriff Bildungssprache ein, der das allgemeine Interaktionsvokabular als Schicht zwischen Allgemein- und

Fachsprache kennzeichnet (vgl. Dieckmann 2005, S. 20-21). Dieckmann ergänzt zwar das von ihm entworfene Modell der Gliederung des politischen Wortschatzes, scheint jedoch von der Definition des allgemeinen Interaktionsvokabulars nicht ganz überzeugt zu sein, da es sich hierbei um einen nicht eingrenzbaeren Vokabelbereich zwischen allgemeiner und politischer Sprache handelt.

2.2.2 Ideologische Polysemie und ideologische Bezeichnungskonkurrenz

In der Forschung wird seit jeher ein besonderes Augenmerk auf die Untersuchung der Ideologiesprache und ihres Vokabulars gelegt. Unzählige Berichte und Aufsätze befassen sich mit dem Thema, was an einer Sprache ideologisch ist und warum. Besonders die Sprache in der Politik wurde für derlei Analysen herangezogen und dementsprechend untergliedert. Zwei Phänomene, die in derartigen Untersuchungen immer wieder beschrieben werden, sind die ideologische Polysemie und die ideologische Bezeichnungskonkurrenz. Kurz gesagt, bedeutet der Begriff ideologische Polysemie, dass der gleiche sprachliche Ausdruck von verschiedenen ideologischen Gruppierungen unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen bekommt, wie zum Beispiel *Demokratie* oder *Sozialismus*. Die ideologische Bezeichnungskonkurrenz, als ihr Gegenstück, betitelt hingegen ein und denselben sachlichen Gegenstand mit unterschiedlichen sprachlichen Ausdrücken, die je nach ideologischer Anschauung verschiedene Aspekte eines Sachverhalts entweder betonen oder verschleiern, wie zum Beispiel *Bourgeoisie* versus *Bürgertum*.

Für die ideologische Polysemie werden zumeist allgemein positiv bewertete Begriffe herangezogen. Klein spricht in diesem Kontext von „tendenziell parteiübergreifend verwendeten Hochwertwörtern“ (Klein 1989, S. 21), also Wörtern die von allen politischen und ideologischen Lagern gerne für sich verbucht werden, wie zum Beispiel *Demokratie*, *Freiheit* oder *Gerechtigkeit*.

Eine zweite Besonderheit solcher Wörter ist ihre Abstraktheit beziehungsweise ihre interne Komplexität, die Dieckmann folgendermaßen beschreibt: „[Ein Begriff] ist intern komplex, weil mehrere Merkmale zu seiner Beschreibung gehören, wobei die relative Wichtigkeit eines Einzelmerkmals im Rahmen des Ganzen offen bleibt“ (Dieckmann 1975, S. 73). Die Möglichkeit verschiedene Merkmale eines Wortes je nach Belieben herauszustreichen oder wegzulassen, machen die Bedeutung eines solchen Ausdrucks vage und variierbar. Der Sinn solcher Wörter ist nicht direkt greifbar, also umstritten. Ihre Vagheit und Variierbarkeit machen sich die Redensführer unterschiedlicher ideologischer

Gruppierungen zu Nutzen, um sie zu ihren Gunsten verwenden und „definieren“ zu können. Dies ist auch der Grund, weshalb zum Beispiel der Terminus *Sozialismus* in ehemals sozialistischen Staaten durch und durch positiv besetzt war und zum Teil noch ist, wohingegen in nicht sozialistischen Staaten dieser Begriff in den meisten Fällen abwertend gebraucht wurde und noch immer wird.

An dieser Stelle soll jedoch nicht vergessen werden, dass es auch für ideologisch polyseme Ausdrücke formale Wortdefinitionen gibt, die an und für sich nicht strittig sind und auch nicht ideologisch beeinflusst werden können. Dieckmann weist dennoch darauf hin, dass formale Definitionen ebenfalls mit Vorsicht zu genießen sind, da auch Lexikographen nicht frei von ihren politischen Weltanschauungen sind. Vordergründig objektiv und neutral getroffene Wortdefinitionen, können unter Umständen bei näherer Betrachtung als verschleierte ideologische Definitionen enttarnt werden (vgl. Dieckmann 1975, S. 72). Ein Beispiel hierfür sind der Mannheimer und der Leipziger Duden während des Bestehens der ehemaligen DDR. Man spricht hierbei vom West- und Ostduden, wobei in diesem Zusammenhang klar ist, dass die Lexik in diesen beiden Wörterbüchern zum Teil ideologisch divergierend beschrieben wurde. Hierzu finden sich Beispiele im Analyseteil.

In bezug auf die ideologische Bezeichnungskonkurrenz stellt sich ebenfalls die Frage, warum der selbe Sachverhalt mit ideologisch differenten sprachlichen Ausdrücken bezeichnet wird. In der Regel handelt es sich bei der ideologischen Bezeichnungskonkurrenz um Begriffspaare, die ideologisch entgegengesetzt zueinander stehen und eine polarisierende Wirkung erzielen. Das heißt, dass die von der einen Partei im positiven Sinne verwendete Benennung für eine Sache für die Gegenpartei eine negative Konnotation aufweist und umgekehrt. Als Beispiel hierfür dient die Bezeichnung der früheren Deutschen Demokratischen Republik als *sogenannte* „DDR“ in der westlichen Ideologie. Die Benennung *Deutsche Demokratische Republik* wirkt positiv, wohingegen der Ausdruck *sogenannte* „DDR“ negative Assoziationen suggeriert und verdeutlicht, dass der Sprecher kein gutes Bild von der DDR zu haben scheint und ihr außerdem die Existenzberechtigung abschreibt, da das Prädikat „sogenannt“ darauf hindeutet, dass etwas nicht rechtens sei.

An diesem Beispiel lässt sich bereits erkennen, dass durchaus nicht immer von ein und demselben außersprachlichen Sachverhalt gesprochen wird, wenn ideologisch konkurrierende Bezeichnungen verwendet werden. Denn mit dem Gebrauch eines bestimmten Begriffs wird bereits eine Werthaltung zu dem bezeichneten Gegenstand ausgedrückt und gleichzeitig der Inhalt einer Aussage definiert. Für den Sprecher sind also die *Deutsche Demokratische*

Republik und die sogenannte „*DDR*“, inhaltlich gesehen, nicht identisch, obwohl sich beide Begriffe auf ein und dasselbe beziehen. Klein beschreibt dieses Phänomen folgendermaßen:

Bei diesem Typ des Kampfs um Wörter [ideologische Bezeichnungskonkurrenz] werden einem Sachverhalt, dem ‚Referenzobjekt‘, unterschiedliche Prädikate oder unterschiedliche Namen mit unterschiedlichen deskriptiven und deontischen Merkmalen zugeordnet. Die konkurrierenden Bezeichnungen sind referenzidentisch, aber intensional different. (Klein 1989, S. 20)

2.2.3 Wortkampf in der Politik

Der Kampf um die politische Macht wird in unserem Medienzeitalter vor allem mit Worten ausgetragen, da wohl ein jeder Staat, egal welcher Herrschaftsform oder Ideologie er untersteht, auf die Unterstützung beziehungsweise Duldung des Volkes angewiesen ist. In dieser Hinsicht scheint es für politische und ideologische Gruppierungen unumgänglich, die Menschen von ihren jeweiligen Ideen und Plänen zu überzeugen. Um Überzeugungsarbeit zu leisten, bedienen sich Politiker oftmals markanter Begriffe, die beim potenziellen Wähler, je nachdem ob das Wort für die eigene oder die gegnerische Sache herangezogen wird, unterschiedliche Assoziationen im positiven wie auch im negativen Sinne hervorrufen sollen. Solche prägnanten Begriffe, die mitunter einen ganzen Wahlkampf mitbestimmen können, werden Schlagwörter genannt.

Das politische Schlagwort wird ausschließlich in der öffentlich-politischen Kommunikation verwendet und dient hier der Beeinflussung der Meinung des Volkes. Plakativ und komprimiert sollen politische Einstellungen ausgedrückt werden. Der Inhalt solcher Schlagwörter charakterisiert Dieckmann wie folgt:

In den Schlagwörtern werden die Programme kondensiert; sie erheben Relatives zu Absolutem, reduzieren das Komplizierte auf das Typische, Überschaubare, Einfach-Gegensätzliche und bilden dadurch bipolare Wortschatzstrukturen aus; sie bringen das Abstrakt-Ferne sprachlich nahe und geben der Meinungssprache ihre emotionellen Obertöne. (Dieckmann 1975, S. 103)

Das politische Schlagwort richtet sich grundsätzlich an einen Hörer, der durch emotionsgeladenen und emotionsbewirkenden Sprachgebrauch zu einer bestimmten Handlungs- oder Denkweise aufgefordert werden soll. Die appellative Funktion des Schlagwortes setzt sich das Ziel, kollektive Wahrnehmungen in eine spezielle Richtung zu lenken, die der politischen beziehungsweise ideologischen Einstellung des Senders entspricht. Deshalb scheint es auch nicht verwunderlich, dass Schlagwörter immer ideologisch markiert sind und bestimmte Wertungen gewisser Gruppen und Interessengemeinschaften vertreten (vgl. Strauß 1989, S. 33 und Dieckmann 1975, S. 104).

Aufgrund dieses wertenden Charakters von Schlagwörtern können sie im Meinungsstreit zwischen konkurrierenden Parteien sowohl eine positive als auch negative Konnotation erhalten. Der Begriff *Sozialismus* im ideologischen Meinungsstreit, zum Beispiel, ist in linken Gruppierungen durchaus positiv besetzt, wohingegen das konservative Lager *Sozialismus* im negativen und abwertenden Sinne mit wirtschaftlicher Verplanung und Fehlentwicklung gleichsetzt. Diese Unterschiede in der Interpretation eines einzelnen Wortes lassen sich dadurch erklären, dass politische Schlagwörter meistens eine komplexe Bedeutungsstruktur (vgl. Klein 1989, S. 12) aufweisen, die je nach politischer Norm, Ideologie oder Lehre verschiedenartig ausgelegt werden kann. Schlagwörter sind demzufolge nicht grundsätzlich Schlagwörter, sondern werden erst in der politischen Rede zu solchen gemacht. Dient ein Schlagwort der Verbildlichung der eigenen Interessen, wird es Fahnen-, Leit-, und Hochwertwort oder Mirandum genannt. Soll es den politischen Gegner ins negative Licht rücken, wird es als Feind- und Stigmawort oder als Anti-Mirandum bezeichnet.

Leit- oder Fahnenwörter können im Grunde wieder unterteilt werden in Grundwerte-Wörter und eigentliche Fahnenwörter. Grundwerte-Wörter sind allgemeine Leitwörter für politische Grundwerte wie *Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität* und dergleichen, die im Allgemeinen positiv besetzt sind und deren sich alle politischen Parteien in einer Demokratie bemächtigen. Allein ihre Auslegung erfolgt parteispezifisch, weshalb sie im politischen und ideologischen Konkurrenzkampf oft unterschiedlich verwendet werden. Denn *wirtschaftsliberale* und *soziale Freiheit* zum Beispiel bedeuten nicht das gleiche. Die eigentlichen Fahnenwörter sind parteisprachliche oder parteiische Wörter, die einen gewissen Parteistandpunkt plakativ und treffend formulieren. Dieser Standpunkt wird dadurch sowohl für Anhänger als auch Gegner offengelegt und ist zumindest in der eigenen Anhängerschaft mit positiven Assoziationen verbunden.

Feind- oder Stigmawörter, also das Gegenteil der Fahnenwörter, werden negativ bewertet. Der von Hermanns geprägte Terminus Stigmawort (vgl. Hermanns 1982, S. 92) umfasst Begriffe, die den politischen Gegner abwerten, diskriminieren und sogar diffamieren sollen. Die gegnerische Partei, ihre Ziele und Werte werden ins schlechte Licht gezogen und gleichzeitig in ihrer Glaubwürdigkeit angezweifelt. Mithilfe von Feindwörtern soll suggeriert werden, dass der politische Kontrahent der Bevölkerung im Grunde feindlich gegenüber steht und seine Pläne und Ideen nicht dem Wohle des Volkes zu Gute kommen, sondern ihm im Gegenteil sogar schaden. Schlagwörter im Allgemeinen und Fahnen- und Feindwörter im Besonderen sind einem Aktualitätswandel unterworfen. Das bedeutet, dass im Moment aufgrund brisanter politischer Situationen gebräuchliche Schlagwörter in naheliegender

Zukunft nicht mehr als solche gebraucht werden, weil sie politisch nicht mehr aktuell sind. Die Tatsache, dass sich unterschiedliche ideologische sowie politische Gruppierungen voneinander abzugrenzen versuchen, bleibt jedoch bestehen (vgl. Strauß 1989, S. 37).

2.2.4 Metaphorischer und euphemistischer Wortgebrauch in der Politik

Metaphern und Euphemismen sind im politischen Sprachgebrauch allgegenwärtig und werden in der politischen Außenkommunikation ständig verwendet. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil der öffentlich-politischen Kommunikation zwischen Politikern und Wählern. Sowohl Metaphern als auch Euphemismen treten nicht ausschließlich im politischen Sprachgebrauch auf, sondern finden als sprachliche Mittel häufige Verwendung in vielen Anwendungsgebieten der Sprache. Metaphern sind charakteristisch für den literarischen Sprachgebrauch, obwohl sie vor allem in verblasster Form auch in der Alltagssprache anzutreffen sind, so zum Beispiel das *Tischbein*. Ein Euphemismus bedient man sich dann, wenn unangenehme oder anstößige Wörter beziehungsweise Sachverhalte mit beschönigenden sowie mildernden Ausdrücken umschrieben werden sollen (vgl. Duden. Das große Fremdwörterbuch 2007).

Metaphern sind Teil des nicht-wörtlichen Sprechens und dienen im politischen Sprachgebrauch vor allem zur „Hervorhebung von Eigenschaften eines Gegenstands/Sachverhalts und zugleich zur Ausblendung anderer Eigenschaften“ (Kilian 1994, S. 6). Metaphern können in der Sprache der Politik vielfältige Funktionen ausüben. Zunächst einmal wirken sie in der politischen Rede komplexitätsreduzierend, da sie komplizierte politische Sachverhalte vereinfacht und anschaulich darstellen. Metaphern in der Politik können, je nachdem welcher Effekt beim Rezipienten hervorgerufen werden soll, affirmativer, evokativer, ästhetischer, ironisch-komischer, emotionalisierender oder manipulativ-wertender Natur sein. Außerdem werden Metaphern häufig als Schlagwörter benutzt, da sie, wie bereits erwähnt wurde, komplizierte Gegenstände mithilfe sprachlicher Bilder in einfacher Form wiedergeben (vgl. Vorderegger 1996, S. 12-15).

Der politische Euphemismus wird von Leinfellner als ein Ausdruck der politischen Sprache definiert, der zum einen in beschränkter Form die Bevölkerung irreführen und zum anderen die Gefühle bestimmter Minoritäten schonen soll (vgl. Leinfellner 1971, S. 73-74). Euphemismen sind in nahezu allen Bereichen der öffentlich-politischen Kommunikation anzutreffen. Politisch eingesetzte Euphemismen sind Manipulation durch Sprache und verfolgen das Ziel, das Bewusstsein, die Denkgewohnheiten und die Gefühle der Hörer zu

seinen Gunsten zu prägen (vgl. Forster 2005, S. 201). Die Formel *der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus*, zum Beispiel, soll vom Rezipienten als evolutionäre Gesetzmäßigkeit verstanden werden, wobei die zum Teil gewalttätige Zwangsenteignung der besitzenden Klasse nicht erwähnt wird. Durch die Verwendung eines abstrakten Begriffes wie Übergang und das Weglassen signifikanter Begleitumstände wie Zwangsenteignung wird der Ausdruck *der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus* euphemistisch gebraucht, um die Bevölkerung vormals kapitalistischer Staaten auf die sozialistische Umstrukturierung ihrer Gesellschaft, ihrer Wirtschaft und ihres politischen Herrschaftsgefüge einzuschwören.

Es sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Bewertung eines Begriffes als Euphemismus ideologiegebunden ist, da man wahrscheinlich nicht davon ausgehen kann, dass es allgemein verbindliche neutrale sprachliche Ausdrücke für politische Sachverhalte gibt. Das hängt damit zusammen, dass, je nach ideologischer Einstellung, Begriffe unterschiedlich als neutral, beschönigend oder beleidigend verstanden wird. Die eigene Weltanschauung und Werthaltung bestimmt unsere Wortwahl maßgeblich und vom Sender neutral verwendete Ausdrücke, können unter Umständen beim Empfänger den Verdacht wecken, dass versucht wird Mithilfe von Sprache gewisse Tatbestände zu verschleiern oder zu beschönigen. Ein linksgerichteter Politiker, der von der *sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft* spricht, versucht nicht zwangsläufig gewalttätige Enteignungen des Privatbesitzes zu vertuschen. Diese Feststellung sollte bei der Analyse politischer Euphemismen und generell politischer Sprache nie unberücksichtigt bleiben, da die Unterscheidung, ob ein Euphemismus vom Sprecher beabsichtigt oder vom Hörer so verstanden wurde, nicht unwesentlich ist (vgl. Forster 2005, S. 198-201).

2.3 Herrschaftsform, Ideologie und Sprache

2.3.1 Der Zusammenhang von Ideologie und Sprache

Die Sprache ist ein Werkzeug der sozialen Kontrolle und regelt in vielfältiger Weise das Zusammenleben im politischen Gemeinwesen als Kommunikationsmittel und [...] auch vermöge gewisser Eigenschaften der Sprache selbst, die sich auf das Bewußtsein und das Verhalten der Sprecher auswirken. (Dieckmann 1975, S. 38)

Dieckmanns Zitat spiegelt die zentrale Rolle von Sprache wieder, die sie in jedem politischen System, egal ob Monarchie, Diktatur, Demokratie oder dergleichen, einnimmt. Sprache wird gleichfalls als Mittel zur Machterlangung als auch zur Machterhaltung eingesetzt. Mittels Sprache werden Menschen umworben, von politischen Ideen überzeugt oder aufgehetzt. Durch sie werden ihnen auch Verbote und Gebote von den aktuellen

Machthabern auferlegt. Sprache ist im politischen Prozess also vielseitig einsetzbar, weshalb sie je nach Herrschaftsform und Ideologie verständlicherweise unterschiedliche politikbezogene Ausformungen zu Tage bringt.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen politisch-ideologischem Sprachgebrauch und dem Herrschaftssystem eines Landes, wobei an dieser Stelle darauf hingewiesen werden muss, dass sich politisch-ideologische Sprachformen nicht auf Einzelsprachen beschränken, sowie politische Ideologien nicht nur für einen Staat gültig sind (vgl. Kilian 1994, S. 9). In bezug auf das Verhältnis von Einzelsprache und Ideologiesprache beziehungsweise ideologischem Sprachgebrauch schreibt Dieckmann: „Die Wirklichkeit des politischen Sprachgebrauchs zeigt, daß die Ideologiesprachen zu gleicher Zeit überstaatliche und substaatliche, übermuttersprachliche und submuttersprachliche Erscheinungen sind“ (Dieckmann 1975, S. 56). Das heißt, dass sich die sprachliche Realisierung gleicher Ideologieformen ähneln und sie nicht an einen einzelnen Staat oder an eine einzelne Sprache gebunden sind. Zahlreiche Staaten sind zum Beispiel westlich demokratisch organisiert und verwenden ein ähnliches politisches Vokabular, was jedoch nicht bedeuten soll, dass in einem einzelnen Staat kein Pluralismus an unterschiedlichen Ideologien vorherrschen kann, denn liberale und konservative, linke und rechte Strömungen und ihre sprachlichen Ausformungen können nebeneinander in ein und demselben Staat bestehen. Außerdem kann eine Einzelsprache auch die Basis für die sprachliche Ausführung mehrerer Herrschaftsformen sein, wie an dem Beispiel des gleichzeitigen Bestehens der BRD und der DDR deutlich nachvollziehbar ist.

Ideologiesprache erfüllt in erster Linie die Funktion der Persuasion, also „der Beeinflussung von Menschen durch Menschen mittels Sprache“ (Grünert 1974, S. 8). Persuasion gliedert sich in einen informativen und einen affektiven Teil. Informationen beruhen auf Tatsachenmitteilungen, die in der politischen Kommunikation nicht unbedingt wertfrei sein müssen. Unter Affektion wird die nicht-informative Funktion von Sprache verstanden, die sich wiederum in mehrere Untergruppen gliedert: Emotion, Appellation und Ästimation. Zu den emotiven Einflüssen in der Sprache zählen Gefühle, Empfindungen, Affekte und Emotionen. Appellationen dienen zur Vorbereitung auf das Handeln und sind demzufolge als Handlungsanweisungen aufzufassen. Die Bewertung von Sachverhalten, Personen, Ereignissen und dergleichen erfolgt durch die ästimative Funktion der Sprache (vgl. Grünert 1974, S. 8-9).

Von der Alltagssprache unterscheidet sich die Ideologiesprache vor allem in der Art und Weise wie Realität verarbeitet wird, denn in der Ideologiesprache wird die Realität je

nach der jeweiligen weltanschaulichen Denk- und Sehweise abgebildet und andere Wirklichkeiten werden geflissentlich ausgeblendet (vgl. Good 1975, S. 19). Politische Entscheidungen beruhen immer auf bestimmten politischen Standpunkten, Denkmustern und Wertvorstellungen, die mit einer bestimmten Zielsetzung verbunden sind. Das Vertreten des eignen Standpunktes setzt jedoch immer das Vorhandensein eines anderen Standpunktes voraus, weshalb in bezug auf die Ideologiesprache auch von einem System der Zweiwertigkeit gesprochen werden kann. Ideologischer Sprachgebrauch ist immer bipolar, binär, dualistisch und alternativ. Der Begriff Zweiwertigkeit ist jedoch nicht mit einem Freund-Feind-Schema gleichzusetzen, da bipolare Auslegungen nicht immer extremer Natur sein müssen, sondern auch auf benachbarte Positionen zutreffen können (vgl. Grünert 1974, S. 21-23).

2.3.2 Ideologische Massensteuerung

Ideologische Massensteuerung gliedert sich grob in zwei Bereiche, nämlich in politische Werbung und in Agitation und Propaganda. Politische Werbung ist ein fester Bestandteil aller demokratischer Systeme. Hierbei handelt es sich um die Präsentation der eigenen Ideen, Auffassungen und Ziele bei gleichzeitigen Angriffen auf die konkurrierenden Gruppen. Politische Werbung ist also mit dem verbalen Kampf um die Macht gleichzusetzen (vgl. Straßner 1987, S. 38). Politische Probleme und Streitfragen werden auf einer zwischenmenschlichen Ebene abgebildet, um Sympathien und Wohlwollen der Wähler zu erheischen. Dadurch kommt es zu einer Verdrängung von Information und Argumentation und, damit einhergehend, zum Zurücktreten des Programmatischen. Ziele einer Partei oder politischen Gruppierung werden nicht konkret offengelegt, sondern global und vieldeutig dargestellt (vgl. Abromeit 1972, S. 100).

Eine radikalere und aggressivere Form der politischen Massensteuerung sind Agitation und Propaganda, deren Sinn und Zweck die Ideologisierung der Öffentlichkeit ist. Agitation und Propaganda werden vor allem mit totalitären Gesellschaften verbunden, deren Ziel die Gleichschaltung der Bevölkerung ist. Agitation muss kämpferisch, laut, radikal und verneinend gegenüber anderen Positionen sein, um jene notwendigen Emotionen zu erzeugen, die gruppenbildend wirken. Straßner fasst das Wesen eines Agitators wie folgt äußerst treffend zusammen: „Der Agitator will Glauben erzeugen, wünscht und braucht eine fügsame und willenlose Masse und kann mit einem kritischen Publikum nichts anfangen“ (Straßner 1987, S. 42).

Propaganda hingegen versucht mithilfe von Erziehungs- und Umerziehungsprozessen das Bewusstsein der Beherrschten im Sinne der jeweiligen Ideologie zu manipulieren. Hinter dieser Methode steht der Wille totalitärer Machthaber „sämtliche Lebensbereiche und – zusammenhänge in Staat und Gesellschaft in ihrer Komplexität zentral [zu steuern]“ (Straßner 1987, S. 45). Hierfür ist es notwendig sich die Verfügungsgewalt aller Propagandamittel zu sichern, allen voran der Massenkommunikationsmittel. Die Kontrolle der Massenkommunikationsmittel ermöglicht nämlich die für totalitäre Regimes notwendige Selektion aus einer ganzen Fülle von Nachrichtenmaterial. Somit wird die zu präsentierende Information auf den einfachsten Nenner gebracht und es entsteht ein Schwarz-Weiß-Schema, das die Welt in Richtig und Falsch oder Gut und Böse teilt (vgl. Straßner 1987, S. 42-47).

2.3.3 Ideologische Techniken

Beliebte ideologische Techniken sind laut Straßner (vgl. Straßner 1987, S. 53-64) die ideologische Symbolik, die ideologische Wertung und die ideologische Verbrämung. Die ideologische Symbolik wird mittels sprachlicher Bilder und Metaphern transportiert, deren Zweck es ist ein äußeres Feindbild zu vermitteln, um sich nach innen und außen hin abzugrenzen.

Politische und ideologische Gruppierungen, Parteien aller Art grenzen sich symbolisch voneinander ab, und alle regulieren die Kommunikation ihrer Anhänger bzw. können nur durch die Regelung von Kommunikation sich als solche Gruppierungen konstituieren. (Straßner 1987, S. 53)

Der Begriff ideologische Wertung besagt, dass spezielle Lexikeinheiten ideologisch bewertet werden und je nach ihrem Wertgehalt negative oder positive Assoziationen beim Rezipienten wecken. Verändern sich die Machtstrukturen in Gesellschaften, hat das oft auch eine Umwertung von bestimmten Wörtern und Worteinheiten zur Folge, wie zum Beispiel die negative Bewertung des vormals positiv behafteten Wortes *Eigentum* im Kommunismus. Solche Umwertungen finden in der Regel langsam statt, können aufgrund propagandistischer Maßnahmen jedoch beschleunigt werden. Für schnelle Umwertungsprozesse eignen sich in erster Linie solche Wörter, „die einen wenig konkret faßbaren Inhalt haben, einen sehr weiten Begriffsumfang abdecken und gleichzeitig in ihrer Bedeutung so dehnbar sind, daß sie alles oder nichts besagen können und in jederlei Hinsicht interpretierbar sind“ (Straßner 1987, S. 60). Derartige Vokabeln werden oft als Schlagwörter gebraucht, die in der politisch-ideologischen Kommunikation Emotionen und Affekte erzielen sollen, ohne sich auf Sachverhalte zu beziehen.

Ähnliche Funktionen wie das Schlagwort erfüllen auch Leerformeln und Stereotypen. Als Leerformel gilt zum Beispiel der Satz „*Jedem das Seine*“. Solche Wortverbindungen lassen sich keinem konkreten Inhalt zuordnen und sind deshalb resistent vor Kritik und mit jeder Wertung kompatibel. Stereotypen sind anhand ihrer typisierenden und verallgemeinernden Tendenzen zu definieren, weshalb sie einer konkreten Merkmalhaftigkeit entbehren, was die Möglichkeit einer leichteren Übertragung auf verschiedene Situationen mit sich bringt. Die Hauptfunktion von Stereotypen in ideologischen Auseinandersetzungen liegt in der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb einer Gruppe oder Partei, da sie relativ prägnant Auffassungen, Einstellungen und Überzeugungen einer ideologischen Richtung zusammenfassen. Im sozialistischen Weltgefüge sind beispielsweise *die imperialistischen Aggressoren*, *die allgemeine Krise des Kapitalismus* oder *die Ausbeutung der werktätigen Schicht im Kapitalismus* zu den gängigen Stereotypen zu zählen.

Unter ideologischer Verbrämung versteht man die „Wiederholung, Einschleifung gängiger Schemata, gängiger Formeln“ (Straßner 1987, S. 64). Durch die ständige Wiederholung bestimmter Aussagen wird ihr ursprünglicher inhaltlicher Gehalt unscharf, was die Herausbildung eines Kollektivstils fördert (vgl. Zimmermann 1969, S. 170). Straßner charakterisiert den Kollektivstil als die Verwendung simpler Redemuster in komplizierten Redetexten. Diese Muster kehren in neuen Variationen ständig wieder und werden, kurz gesagt, durch folgende Figuren gestaltet: Aufwertung, Abwertung und Beschwichtigung (vgl. Straßner 1987, S. 64-65 und Zimmermann 1969, S. 160-161). Gängige Schemata in Redetexten führender DDR-Politiker sind zum Beispiel *der Bruderbund mit der Sowjetunion und mit den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft* als Aufwertung der eigenen Seite oder *die Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen* als Abwertung des gegnerischen Lagers.

3 Der offizielle Wortschatz in der DDR und der Sowjetunion

3.1 Der offizielle Wortschatz in der DDR

3.1.1 Definition des DDR-typischen Wortschatzes

Der Begriff „DDR-typischer Wortschatz“ (vgl. Fleischer 1988, S. 41) umfasst Wörter, Syntagmen und Redewendungen, die entweder nur in der DDR verwendet wurden oder aufgrund ihrer Häufigkeit, ihrer Allgemeingültigkeit oder ihrer syntaktisch-semantischen Umgebung für den Sprachgebrauch in der DDR typisch waren. Hierbei sind zwei Sprachbeziehungsweise Stilebenen zu unterscheiden, nämlich die Sprache von oben, also die

Sprache der SED, und die Sprache von unten, also die private Alltagssprache der DDR-Bürger (vgl. Schroeter 1994, S. 2-3).

Die offizielle Sprachebene der SED lässt sich wiederum in zwei Gruppen untergliedern: zum einen in die Gruppe der Lehnübersetzungen aus dem Russischen und zum anderen in die Gruppe der politisch-ideologisch umgedeuteten älteren deutschen Zusammensetzungen (vgl. Reich 1968, S. 232). Die Wortschatz-Entlehnungen aus dem Russischen sind offizieller Natur und entstammen einer ebenfalls neuen Terminologie im Russischen, die sich aufgrund der sowjetischen Herrschaft, der vorherrschenden marxistisch-leninistischen Ideologie und der Funktionärssprache entwickelte (vgl. Reich 1968, S. 235-236). Zu den Einflüssen des Sowjetrussischen auf das DDR-Deutsche sind „der offizielle Charakter der Neuerungen, die weitgehende Politisierung, die Beziehungen zwischen der Sprache der Politik und dem Wortschatz des Militärs, der Wirtschaft und auch der Religion, der „Bürokratenstil“ (formelhafte Ausdrücke, stehende Adjektive), übermäßiger Fremdwortgebrauch und Superlativstil“ (Reich 1968, S. 236) zu zählen. Die deutschen Benennungstraditionen gehen auf den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass solche Begriffe wie zum Beispiel *Revolution* und *Klassenkampf* nicht nur im Wortschatz der DDR verankert sind, sondern sich auch im kommunikativen Gebrauch kommunistischer Gruppierungen anderer deutschsprachiger Staaten finden lassen (vgl. Fleischer 1983, S. 270).

Es soll an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden, dass der DDR-Wortschatz zahlreiche Neuerungen aufweist, die nicht zwingend auf sowjetrussische Einflüsse oder auf Überlieferungen des deutschen Proletariats zurückgehen, sondern aufgrund der sozialistischen Umgestaltung Benennungslücken für neu entstandene Sachverhalte zu schließen versuchen. Hierunter fallen Begriffe wie *Gemeindeverband* und *Fahrgemeinschaft* (vgl. Fleischer 1983, S. 271).

3.1.2 Neuheiten im Wortschatz der DDR

Das Neue am DDR-Wortschatz ist ideologisch bedingt. Das Gedankengut des Marxismus-Leninismus und der „Aufbau des Sozialismus“ wirkten sich nachhaltig auf die Entwicklung vor allem des offiziellen Wortschatzes aus. Moser (vgl. Moser 1964, S. 10) fasst im Vorwort des Aueler Protokolls die Neuheiten im Wortschatz der DDR wie folgt zusammen:

- a) Neubildungen mithilfe herkömmlicher Wortbildungsmittel;
- b) Entlehnungen aus dem Russischen der Kommunistischen Partei, vor allem Lehnübertragungen wie zum Beispiel *Friedensprogramm* für *>programm bor'by za mir<* und Lehnbedeutungen wie zum Beispiel *(sozialistischer) Aufbau* für *>(socialističeskoe) stroitel'stvo<*; Lehnbedeutungen definieren und bewerten alte Wortinhalte neu, wodurch eine inhaltliche Veränderung des Wortes stattfindet, die im sozialistischen Sprachgebrauch der DDR in erster Linie zu einer Verengung und zu einer Eindeutigmachung der Begriffe diente (vgl. Moser 1961, S. 98-106).
- c) inhaltliche Umprägungen gemeindeutscher Wörter als Neu- oder Zweitbedeutungen; auch hier wurden die neuen Wortinhalte zumeist aus der sowjetrussischen Parteisprache entlehnt, weshalb abstrakte Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Recht und so weiter. im eindeutigen und verengten marxistisch-leninistischen Sinn verwendet wurden (vgl. Sturms 1964, S. 124).
- d) formelhafte Wortverbände wie zum Beispiel *antiimperialistischer Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung* oder *Freundschaft und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Völkern*;

3.1.3 Wortbildung im DDR-Wortschatz

Die Bildung neuer Wörter erfolgt mithilfe bestimmter Wortbildungsprozesse, die nicht willkürlich sind, sondern gewisse Bedeutungen vermitteln können. Der DDR-typische Wortschatz lässt sich im Allgemeinen in folgende Wortgruppen einteilen: Substantive, Adjektive und Verben, wobei die Substantive die zahlenmäßig größte Gruppe ausmachen, gefolgt von den Adjektiven und einigen Verben (vgl. Schroeter 1994, S. 29). Die verschiedenen Möglichkeiten der Bildung DDR-typischer Wörter, Syntagmen und Redewendungen sollen im Folgenden kurz erläutert werden:

a) Substantive

- **Mehrgliedrige Wortbildungskonstruktionen und Reihenbildungen** entstehen durch die Ergänzung einer bereits vorhandenen Benennung durch ein oder mehrere Lexeme wie zum Beispiel *Abteilungs/gewerkschafts/leitung* oder *Arbeits/einsatz/sonntag*. Solche substantivischen Komposita bestehen aus einem Grundwort und einem Bestimmungswort, wobei das Grundwort, zum Beispiel *Gewerkschaftsleitung*, durch eine Bestimmungswort, zum Beispiel

Abteilung, verdeutlicht wird. Mehrgliedrige Wortbildungsstrukturen und Reihenbildungen sind im DDR-Deutschen sehr beliebt, da sie der Eindeutigkeit der offiziellen Sprache in der DDR entgegen kommen, indem die durch sie bezeichneten Sachverhalte verdeutlicht und differenziert werden. Aufgrund der zum Teil beachtlichen Länge, die solche Konstruktionen aufweisen können, wirken sie oft schwerfällig und sehr offiziell (vgl. Fleischer 1988, S. 302-303 und Schroeter 1994, S. 35).

- **Kurzwortbildungen** ergeben sich aus der sprachökonomischen Kürzung von längeren Wortbildungsstrukturen und Syntagmen, wie zum Beispiel *AGL* = *Abteilungsgewerkschaftsleitung*. Kurzwörter zählen meistens entweder zu den Initial- oder Silbenwörtern (vgl. Fleischer 1988, S.312-313). Initialwörter werden aus den Anfangsbuchstaben von Komposita und Syntagmen gebildet, wie zum Beispiel *DDR* = *Deutsche Demokratische Republik* oder *HO* = *Handelsorganisation*. Bei den Silbenwörtern werden bestimmte Silben der substantivischen Komposita zusammengezogen, wie zum Beispiel *Jumo* = *Jugendmode* (vgl. Schroeter 1994, S. 37).
- Das **Suffix –ung**, das häufig für deverbative Ableitungen verwendet wird, gilt als charakteristisch für den Nominalstil, der vor allem in der Verwaltungs- und Behördensprache gebraucht wird, wie zum Beispiel *die Lösung der Aufgabe erfolgt im Kollektiv* anstelle von *die Aufgabe wird im Kollektiv gelöst*. Ziel ist es wiederum, die Formulierungen so eindeutig und unmissverständlich wie möglich zu gestalten (vgl. Schroeter 1994, S. 46-47).
- Die **Suffixe –tum, -ismus, -ler, -(ig)er** können als Wortbildungsmorpheme pejorative Konnotationen ausdrücken. So können Wörter, deren Wortbasis neutral ist, durch diese Suffixe eine negative Wertung erfahren. Bildungen auf –*tum* bezeichnen das negative Verhalten einer Person oder Personengruppe wie zum Beispiel *Versöhnfertigkeit*. Wörter auf –*ismus* sind ideologischer Natur und bezeichnen stets ein Verhalten, das von der Parteilinie abweicht und somit als negativ einzustufen ist, wie zum Beispiel *Objektivismus, Revisionismus* und dergleichen. Ebenfalls negative Assoziationen sollen die Suffixe –*ler* und –*(ig)er* wecken, wie zum Beispiel *Intelligenzler* sowie *Republikflüchtiger* (vgl. Schroeter 1994, S. 50-53).

- Durch die **Suffixe –ist und –ant** werden Tätersubstantiva ausgedrückt, wie *Aktivist, Traktorist, Revanchist* oder *Okkupant, Kursant, Diversant* (vgl. Sturms 1964, S. 121).
- Ableitungen mit dem **Präfix nur-** sollen politisches Desinteresse brandmarken, so zum Beispiel *Nurgewerkschaftler, Nurfachleute* und so weiter. (vgl. Sturms 1964, S. 122).

b) Adjektive

- Die **Attribuierung ideologischer Kernbegriffe** dient dazu, politische und ökonomische Begriffe auf sozialistische Bedingungen umzumünzen. Typische Attribute, die einen Kernbegriff näher definieren sollen, sind *sozialistisch, fortschrittlich, progressiv, kollektiv, volkseigen* und *werktätig*. Beispiele hierfür sind *sozialistischer Wettbewerb, sozialistische Rationalisierung, fortschrittliche Gesinnung, progressive Traditionen, kollektive Leitung, volkseigener Betrieb, werktätige Frau* und so fort. (vgl. Schroeter 1994, S. 64-69).
- Auch der **prädikative Gebrauch** mancher **DDR-typischer Adjektive**, die ansonsten attributiv verwendet werden, ist möglich, wie zum Beispiel *der Betrieb ist volkseigen* oder *die Person ist republikflüchtig* (vgl. Schroeter 1994, S. 69).
- Der **adverbiale Gebrauch DDR-typischer Adjektive** hilft Tätigkeiten oder Handlungen, die mithilfe eines Verbs beschrieben werden, näher zu bestimmen; zum Beispiel *sozialistisch grüßen, kollektiv arbeiten*. (vgl. Schroeter 1994, S. 70).
- Eine **Eigenschaftsabschwächung der Adjektive mithilfe des Präfixes un-** ist eine im DDR-Deutschen häufig verbreitete Form, die aus dem Russischen übernommen wurde. Adjektive wie *unkonkret, unernst, unkühn* gehen auf Entlehnungen aus dem Russischen zurück. Im Russischen sind Bildungen vom Typus *>ser'joznyj< (ernst) : >neser'joznyj< (leichtsinnig* respektive „*unernst*“) sehr gebräuchlich. Die Übersetzung solcher eigenschaftsabschwächender Adjektive aus dem Russischen ins Deutsche durch die Zuhilfenahme des Präfixes *un-* führt jedoch zu Bedeutungsabänderungen, wie die ungenaue Übersetzung von *>neser'joznyj<* in *>unernst<* zeigt (vgl. Sturms 1964, S. 122). Das Wort *>neser'joznyj<* ist

vielschichtig und kann >leichtsinnig<, >unwichtig< oder >nicht ernst zu nehmen< bedeuten, wohingegen das Adjektiv >unernst< meiner Empfindung nach ein wenig in der Luft hängt und nicht klar definierbar ist.

c) Verben

Verben sind oft eng mit der Bildung DDR-typischer Syntagmen und Redewendungen verbunden, die aufgrund ihrer speziellen Verknüpfung mit Substantiven und Präpositionen bestimmte Färbungen erhalten. Hierbei schwingen auch außersprachliche Referenzbezüge mit, die auf DDR-spezifische Gegenstände und Umstände referieren. Beispiele dafür sind *im Wettbewerb stehen* und *in die Produktion gehen*. Im Wettbewerb steht eine Brigade dann, wenn sie im betrieblichen Vergleich die besten Arbeitsergebnisse zu erzielen versucht und in die Produktion gehen vor allem Intellektuelle, wenn sie für eine Zeit lang in einem Betrieb arbeiten, um sich besser mit den Arbeitern identifizieren zu können (vgl. Schroeter 1994, S. 75-76).

3.1.4 Gliederung des offiziellen Wortschatzes der DDR

Der offizielle Wortschatz der DDR, also die Sprache von oben, wird von Reich in folgende vier Gruppen eingeteilt: der Wortschatz der neuen Wirklichkeit, die Gruppensprache der Partei, die Sprache der Politik und der ideologische Wortschatz (vgl. Reich 1968, S. 248-251).

a) Der Wortschatz der neuen Wirklichkeit

Der Wortschatz der neuen sozialistischen Wirklichkeit betrifft Benennungen, die aufgrund der Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig geworden sind. So entwickelten sich neue Fachterminologien wie die Terminologie der Planwirtschaft in der Industrie und in der Landwirtschaft. Es handelt sich hierbei um Bezeichnungen für neu entstandene Verfahren, Maschinen, Berufe und Bewegungen wie zum Beispiel *Kombine* oder *Traktorist*. Diese eigentlich neutralen Benennungen sind politisch dahingehend relevant, da sie die Neuerungen des Sozialismus widerspiegeln.

b) Die Gruppensprache der Partei

Die Gruppensprache der Partei setzt sich aus den internen Begriffen der Partei und der speziellen Ausdrucksweise der Parteifunktionäre zusammen, weshalb sie umgangssprachlich als ‚Funktionärssprache‘ umschrieben wird. Zu den spezifischen Termini der Partei zählen Bezeichnungen der Parteiorganisationen wie zum Beispiel *Politbüro*, *Zentralkomitee* oder *Generalsekretär*. und Parteikurstermini wie zum Beispiel *Partei neuen Typus*, *marxistisch-leninistisch* oder *Kaderpartei*.

c) Die Sprache der Politik

Der politische Sprachgebrauch in der DDR verbalisiert in erster Linie das dualistische Freund-Feind-Schema, das den ideologischen Wettkampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus widerspiegelt. Hier stehen Freund- und Feindwörter einander gegenüber. Außerdem steht die Verwendung von Kampfterminologie, Schlagwörtern und Losungen im Vordergrund. Beispiele sind: *demokratische Bodenreform*, *internationale Solidarität des Proletariats*, *umfassender Aufbau des Sozialismus*, *friedliche Koexistenz* und dergleichen.

d) Der ideologische Wortschatz

Der ideologische Wortschatz in der DDR gründet natürlich auf der politisch-ideologischen Sprache des Marxismus-Leninismus, die sich wiederum auf die Terminologie des dialektischen und historischen Materialismus stützt. Hierzu gehört zuvorderst natürlich der Fachwortschatz der Politökonomie wie zum Beispiel *Klassenkampf*, *Klasse* oder *allgemeine Krise des Kapitalismus*. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass neutrale Begriffe aufgrund eines Ideologisierungsprozesses zum Teil in den Bereich des ideologischen Wortschatzes übergegangen sind, wie es vor allem für die Sachbereiche der Gesellschaftsordnung, der Kunst, der Literatur, der Wissenschaft und der Philosophie möglich war.

3.1.5 Sprachlenkung in der DDR

Sprache und Denken beeinflussen einander gegenseitig, weshalb politische Sprachlenkung ein weit verbreitetes und bereits altes Phänomen darstellt. Mithilfe der Steuerung des Sprachgebrauchs können auch Gedanken gelenkt werden. Die Sprache als politisches Mittel zur Menschenlenkung machten sich bereits die Demagogen des alten

Griechenlands und Roms zueigen und über die Französische Revolution bis zur Jetztzeit hat sich an der Verführung durch das Wort nichts geändert. Auch in der DDR wurde versucht, Sprache für die Interessen des Sozialismus und der SED einzusetzen. Schöfer nennt drei verschiedene Arten der Sprachlenkung oder –beeinflussung: die akademische Sprachregelung, die Vereinheitlichung durch die Presse und den Einfluss der Werbung (vgl. Schöfer 1963, S. 121-124).

Durch die akademische Sprachregelung sollen Sprachen normiert, kodifiziert und vereinheitlicht werden. Diese Erscheinung ist vor allem in Europa schon lange bekannt und diente zur Formierung einer Hochsprache, die meistens mit der Bildung einer Nation einherging. Frei nach dem Motto eine Nation – ein Volk – eine Sprache. Die akademische Sprachregelung erfolgt weitgehend durch Wörterbücher, Grammatiken und Akademien, deren Vorschläge für den richtigen Sprachgebrauch selten hinterfragt und meistens bedingungslos übernommen werden. Um Neubildungen und Umdeutungen von Wortinhalten in den Köpfen der Menschen zu festigen, bediente man sich auch in der DDR der akademischen Sprachregelung, indem eine eigene Dudenausgabe herausgegeben wurde, in der die sprachlichen Neuerungen der sozialistischen Gesellschaft aufgenommen worden waren.

Presse und Rundfunk üben einen indirekten, aber wesentlichen Einfluss auf den Sprachgebrauch ihrer Rezipienten aus, da die in den Medien verwendete Sprache oft als allgemeingültig und richtig angesehen wird. Durch das Nachrichtenwesen werden Neubildungen, die neue Erscheinungen und Sachverhalte in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft benennen, eingeführt und verständlich gemacht. Außerdem dient die Pressesprache hervorragend zur Etablierung von Schlagwörtern und sprachlichen Klischees. Das Rundfunk- und Pressewesen in der DDR war unter staatliche Kontrolle gestellt, wodurch unter anderem die Verbreitung des offiziellen Sprachgebrauchs sichergestellt wurde.

Werbung stellt ein Gemisch aus Sprache, Bild und Ton dar, das unsere Empfindungen und Gedanken beeinflussen soll. Aufgrund dessen sollte man wohl weniger von einer Einflussnahme der Werbung auf unseren Sprachgebrauch sprechen als vielmehr von der Gedankenlenkung durch die Werbung. Doch die Lenkung der Gedanken einer Masse ist wiederum ein politisches Mittel zur Erheischung von Unterstützung und Zustimmung, das mitunter durch Sprache umgesetzt wird. Politische Werbung für das sozialistische Gesellschaftsmodell war auch der SED nicht fremd sowie auch die Antiwerbung gegen den kapitalistischen Klassenfeind.

3.2 Der offizielle Wortschatz in der Sowjetunion

3.2.1 Definition der offiziellen Sprache in der Sowjetunion

Der offizielle Sprachgebrauch in der Sowjetunion wird von Weiss mithilfe des Begriffes „sowjetischer Newspeak“ definiert, der allerdings lediglich ein Behelfsmittel zur Charakterisierung des „sprachlichen Erscheinungsbildes des realen Sozialismus“ (Weiss 1986, S. 247) ist. Eine konnotative Verbindung mit dem Orwellschen Terminus der Neusprache weist Weiss jedoch zurück (vgl. Weiss 1986, S. 265) und fasst das Spezifische am „sowjetischen Newspeak“ folgendermaßen zusammen (vgl. Weiss 1986, S. 265-266):

Der Begriff „sowjetischer Newspeak“ ist eine relative Größe, die von spezifischen syntaktischen, semantischen oder pragmatischen Merkmalen abhängt. Diese Kennzeichen können nicht nur im „Newspeak“ auftreten, sondern lassen sich auch in anderen funktionalen Varietäten wie zum Beispiel in Fachsprachen beziehungsweise –jargons, in der Umgangssprache, im wissenschaftlichen oder amtlichen Funktionalstil und in Argots oder Slangs finden.

Bestimmte sprachliche Mittel werden im „sowjetischen Newspeak“ allerdings einseitiger verwendet als in anderen Varietäten. Durch die Kombination dieser Mittel entsteht eine Art Mischverhältnis, wodurch sich ein neues Ganzes herausbildet. Dieses Mischverhältnis wiederum hängt sowohl von der jeweiligen Textsorte als auch vom jeweiligen historischen Zeitabschnitt ab. Konkret konstituierte sich der „sowjetische Newspeak“ erst nach der Oktoberrevolution.

Somit stellt der „sowjetische Newspeak“ eine Art Hyperstil der „KLJa“ (kodificirovannyj literaturnyj jazyk oder kodifizierte Literatursprache) dar, der den publizistischen und amtlich-juridischen Stil überlagert. Ausgehend von der kommunikativen Zweckbestimmung kann er als ein Gemisch apparatsintern-bürokratischer, propagandistisch-expressiver und rituell-liturgischer Elemente verstanden werden. Als wichtigste Quelle für den „sowjetischen Newspeak“ tritt der vorrevolutionäre Parteijargon der Bolschewiki hervor. Außerdem lehnen sich Neusprachen anderer sozialistischer Staaten an das sowjetische Vorbild an.

3.2.2 Neuheiten im sowjetrussischen Wortschatz

In der Frühzeit der Sowjetunion, also in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, wurde die russische Sprache mit vielen Neuheiten überschwemmt, die zum

einen den Bruch mit der zaristischen Vorzeit und zum anderen den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft hervorstreichen sollten. Viele dieser lexikalischen Innovationen verschwanden mit der Zeit jedoch wieder aus dem offiziellen und allgemeinen Sprachgebrauch. Die wichtigsten Neuerungen in der sowjetrussischen Lexik sollen an dieser Stelle kurz beschrieben werden:

a) Neubildungen

Die Bildung neuer Wörter erwies sich vor allem für die Bereiche der technischen Entwicklung wie zum Beispiel *radio* (Radio) und den damit verbundenen Termini wie *radioprijomnik* (Rundfunkempfänger) oder *radist* (Funker) sowie für Sachverhalte der neuen Wirklichkeit in bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Partei wie zum Beispiel *planovost'* (Planmäßigkeit), *pjatiletka* (Fünfjahrplan), *socsorevnovanie* (sozialistischer Wettbewerb), *ZAGS* (Standesamt), *partiec* (Parteimitglied der KPdSU) oder *komsomolec* (Komsomolze, Mitglied der Jugendorganisation der KPdSU) als notwendig. Die meisten dieser Wortschöpfungen stammen aus der Feder von Parteifunktionären und wurden mithilfe der Administration und Zeitungen in die Öffentlichkeit getragen. Aufgrund ihres nicht selten gekünstelten Charakters wurden viele jedoch nicht aktiv gebraucht und verschwanden somit wieder aus dem offiziellen Sprachgebrauch (vgl. Rževskij 1951, S. 8-9).

b) Umprägungen

Viele bereits im Sprachgebrauch vorhandene Lexeme erfuhren im Zuge des sozialistisch-kommunistischen Wandels in der Sowjetunion eine semantische Umprägung, die ideologisch-propagandistischer Natur war. Diese ideologischen Umprägungen gingen im Grunde so vonstatten, dass ein sprachlicher Ausdruck um eine zusätzliche Bedeutung erweitert wurde, die mit der neuen Wirklichkeit in Zusammenhang stand. Beispiele hierfür sind *klass* (Klasse: vormals nur Schulklasse, später auch gesellschaftliche Klasse), *tovarišč* (vormals nur Freund, später vor allem Parteigenosse) oder *vreditel'* (Schädling im allgemeinen Sinne, später auch politischer Schädling als Bezeichnung für politische und ideologische Gegner) (vgl. Weiss 1986, S. 306-307).

c) Internationalismen

Viele der Anführer der Oktoberrevolution und der späteren Parteigranden, allen voran Lenin selbst, verbrachten viele Jahre in europäischer Emigration und eigneten sich dort die politische und ideologische Terminologie des Marxismus und anderer europäischer politischer Strömungen des ausgehenden 18. und anfangenden 19. Jahrhunderts an. Bei diesen Begriffen handelt es sich zumeist um Internationalismen wie zum Beispiel *agrarnaja reforma* (Agrarreform), *dialektičeskij materializm* (dialektischer Materialismus), *opozicija* (Opposition) oder *industrializacija* (Industrialisierung), die auch in anderen europäischen Sprachen zu finden sind (vgl. Fesenko 1955, S. 22-23).

d) Wortverbindungen und Sprachschablonen

Standardisierte Wortverbindungen und Sprachschablonen waren in der Sowjetunion ein beliebtes Mittel für die verbale Propaganda. Die Aussagekraft solcher Phrasen wie *gniloj liberalizm* (der verfaulte Liberalismus), *postroenie socializma* (der Aufbau des Sozialismus) oder *mirovaja revoljucija* (Weltrevolution) ist meistens gering, weshalb sie in der Spätzeit der Sowjetunion zu selten gebrauchten Worthülsen verkommen sind (vgl. Fesenko 1955, S. 27-28 und Rževskij 1951, S. 19-20).

3.2.3 Wortbildung im sowjetrussischen Wortschatz

Durch die politischen und ideologischen Umwälzungen nach der Oktoberrevolution war es notwendig geworden, Benennungen für die neuen Sachverhalte zu finden. Insofern nicht Internationalismen gebraucht wurden, griff man auf altbekannte russische Wortbildungsmuster zurück, um mit deren Hilfe die neuen Realien zu bezeichnen. Neu gebildet wurden in erster Linie Substantive, jedoch auch viele Verben erfuhren durch die Zfügung eines Präfixes eine Bedeutungsumwandlung.

- 1) **Substantive:** Zur meiststrapazierten Wortart für die Benennung neuer sowjetrussischer Ausdrücke zählt wohl das Substantiv. Durch die Zuhilfenahme von Suffixen und Kurzwortbildungen entstanden zahlreiche Neologismen in der russischen Sprache.

a) Suffixe (vgl. Fesenko 1955, S. 181-182)

- **-ka:** Wörter mit dem Suffix *-ka* können sowohl allgemeiner als auch konkreter Natur sein. Sie stellen entweder eine phraseologische Verkürzung wie zum Beispiel *nepreryvka – nepreryvnaja rabočaja nedelja* (Arbeitswoche ohne Unterbrechungen) und *pjatiletka – pjatiletnij plan razvitija narodnogo chozjajstva v celom ili v častnosti* (Fünfjahrplan) dar oder stammen aus der „prostorečie“ (Umgangssprache) wie zum Beispiel *samopiska – samopišuščee pero* (Kugelschreiber) und *začjotka – začjotnaja knižka* (Studienbuch).
- **-ik:** Wörter mit dem Suffix *-ik* bezeichnen Angehörige einer bestimmten Gruppe wie Berufs-, Produktions- oder Parteigruppen. Beispiele hierfür sind *vodnik* (Binnenschiffer), *piščevik* (sowjetische Bezeichnung für Schriftsteller), *massovik* (Leiter kultureller Massenveranstaltungen), *avtomatčik* (Bediener eines Automaten) und *peredovik* (Bestarbeiter).
- **-ščina:** Wörter mit dem Suffix *-ščina* haben einen verallgemeinernden Charakter im negativen Sinne wie zum Beispiel *gruppovščina* (Cliquenwirtschaft, „Freunderlwirtschaft“) und *obyvatel'sščina* (Spießbürgertum).
- **-ec:** Wörter mit dem Suffix *-ec* bezeichnen alle möglichen Arten von Gruppenzugehörigkeit wie *krasnoarmeec* (Angehöriger der Roten Armee) oder *vydviženec* (Werk tätige in leitender Stellung, Aufstiegs-kandidat).
- **-ist, -izacija, -izm, -log** und **-logija:** Diese Suffixe sind nicht russischer, sondern ausländischer Herkunft. Beispiele hierfür sind *marksist* (Marxist), *čekist* (Angehöriger der Tscheke), *sovetizacija* (Sowjetisierung), *bol'shevizm* (Bolschevismus).
- **-až:** Wörter mit dem Suffix *-až* sind zusammenfassender Natur wie zum Beispiel *instruktaž* (Instruktion) oder *listaž* (Papierbogenanzahl in einem Buch).

b) Kurzwortbildungen (vgl. Comrie/Stone 1978, S. 140-141)

Kurzwortbildungen erscheinen im Russischen bereits vor der Oktoberrevolution, wobei sie nach 1917 eine weitaus häufigere Anwendung

finden und ein äußerst beliebtes Wortbildungsverfahren der Frühzeit der Sowjetunion darstellen.

- **Initialkürzungen** bedienen sich der Anfangsbuchstaben von Syntagmen und bilden daraus ein Kurzwort wie zum Beispiel *SSSR – Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik* (UdSSR – Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken) oder *MTS – mašinno-traktornaja stancija* (Maschinen-und-Traktoren-Station).
- **Silbenkürzungen** ziehen einzelne Silben von Syntagmen zusammen, wobei wiederum ein Kurzwort entsteht. Beispiele für dieses Verfahren sind *Komintern – Kommunističeskij Internacional* (Comintern – Kommunistische Internationale) und *profsojuz – professional’nyj sojuz* (Gewerkschaft).
- Bei **partiellen Verkürzungen** (vgl. Lehmann 1972, S. 92) wird nur der erste Teil der Lexemeinheit verkürzt, wobei es sich in den meisten Fällen um ein Adjektiv handelt wie zum Beispiel *politėkonomija – političeskaja ěkonomika* (Politökonomie). Für Rževskij stellt diese Form der Verkürzung die produktivste im sowjetrussischen Sprachgebrauch dar (vgl. Rževskij 1951, S. 9).

2) **Verben:** Die Verschmelzung im Russischen bereits existierender Verben mit ebenfalls schon vorhandenen Präfixen ist ein im Sowjetrussischen häufig angewendetes Verfahren, um den Wortinhalt gewisser Verben für die sowjetischen Verhältnisse umzuprägen beziehungsweise zu erweitern. Viele dieser Verben sind vielschichtig und können mehrere Bedeutungen aufweisen, die nicht alle mit dem sowjetischen System verbunden sein müssen. Häufig verwendete Präfixe sind *za-*, *o-*, *pro-* und *pere-*. Anzuführende Beispiele hierfür sind *zatovarit’* (Waren horten), *otovarit’* (Waren liefern, mit Waren beliefern), *prorabotat’* (durcharbeiten) und *pereosmyslit’* (einer Sache einen neuen Sinn geben) (vgl. Fesenko 1955, S. 183).

3.2.4 Gliederung des offiziellen Wortschatzes der Sowjetunion

Der offizielle Wortschatz der Sowjetunion erstreckt sich auf verschiedene Themengebiete, die für die Kommunistische Partei von entscheidendem Interesse waren. Die

wichtigsten Teilbereiche für die Gliederung des offiziellen sowjetrussischen Sprachgebrauchs sind Politik und Administration, Landwirtschaft, Industrie und Militär (vgl. Comrie/Stone 1978, S. 146-155).

a) Politik und Administration

Infolge der Oktoberrevolution und der Machtübernahme der Kommunistischen Partei wurden viele bereits vorhandene öffentliche Institutionen aufgrund des politischen und ideologischen Wandels umbenannt beziehungsweise neu geschaffen. Zu den Umbenennungen zählen zum Beispiel *milicija* (Polizei) vormals *policija* oder *narodnyj komissar* (Volkskommissar) vormals *ministr* (Minister) und die mit ihnen verbundenen Wortfelder. Die neu entstandenen Partei-, Regierungs- und Justizorgane wurden mithilfe von Neubildungen benannt, wie zum Beispiel *partkom – partijnyj komitet* (Parteikomitee), *sel'sovet – sel'skij sovjet* (Dorfsowjet) oder *narsud – narodnyj sud* (Volksgericht).

b) Landwirtschaft

Im Zuge der Kollektivierung und Mechanisierung der sowjetischen Landwirtschaft wurden viele neue Wortgruppen geschaffen, um die technischen und organisatorischen Innovationen im Agrarwesen bezeichnen zu können. Beispiele hierfür sind *traktorist* (Traktorist), *agrobaza – agronomičeskaja baza* (landwirtschaftliche Station) oder *posevkanpanija – posevnaja kompanija* (Aussaatkampagne).

c) Industrie

Die Industrialisierung der Sowjetunion nahm vor allem in den 30er Jahren einen hohen politischen Stellenwert ein und zog zahlreiche lexikalische Neubildungen im Bereich der industriellen Produktion, der Mechanisierung und der Arbeitsteilung nach sich, wie zum Beispiel *pjatidnevka* (Fünf-Tages-Woche), *norma* (Norm), *planirovat'* (planen), *subbotnik* (Freiwilligenschicht am Samstag) oder *dispetčer* (Fahrdienstleiter).

d) Militär

Die Terminologie des zaristischen Militärs musste nach der Oktoberrevolution der kommunistischen Umorganisation der Armee und den damit verbundenen

Umbenennungen weichen. In der Roten Armee, wie das Militär fortan hieß, wurde das alte Rangsystem und seine Benennungen abgeschafft und durch andere Bezeichnungen ersetzt. Beispiele hierfür sind *komandir* (Kommandeur) für vormals *oficer* (Offizier) oder *krasnoflotec* für vormals *matros* (Matrose). Viele Titel wie *lejtenant* (Leutnant), *kapitan* (Kapitän), *general* (General), *oficer* (Offizier) oder *soldat* (Soldat) wurden jedoch spätestens im Zuge des Zweiten Weltkriegs beziehungsweise des „Großen Vaterländischen Kriegs“ wieder eingesetzt. Ganz allgemein genoss das Militär auf offizieller Seite und auch in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert, weshalb militärisches Vokabular immer wieder in die politischen Reden hoher Parteifunktionäre einfluss.

3.2.5 Veränderungen in der verbalen Propaganda der Sowjetunion

Veränderungen innerhalb der sowjetischen Propagandasprache zeigen sich in erster Linie im zunehmenden Reduktions- und Homogenisierungsprozess sowie in der Darstellung des Feindbildes (vgl. Weiss 1995, S. 384-385). Der zunehmende Reduktions- und Homogenisierungsprozess ist in den folgenden Entwicklungen ersichtlich:

- a) Die Zurückdrängung des agitatorischen Hetzstils der 20er und 30er Jahre zugunsten eines rituell-bürokratischen Stils. Dies ist auf die Konzentration des Macht- und Systemerhalts durch die Stabilisierung der inneren Verhältnisse und die Vermeidung äußerer Konflikte mit den Westmächten zurückzuführen.
- b) Der Schwund von Anleihen aus innersprachlichen Kodes wie Kolloquialismen, Vulgarismen, Regionalismen, Milieusprachlichem oder Kirchenslavismen. Einzig und allein die Internationalismen blieben bis zum Zerfall der Sowjetunion erhalten.
- c) Die rückläufige Innovationsfähigkeit der Sprache (vgl. Weiss 1995, S. 348) sowie eine gleichzeitige Entmetaphorisierung des offiziellen Sprachgebrauchs (vgl. Weiss 1995, S. 347). Nach Stalins Tod wurden diverse Wortbildungsverfahren nicht weiter angewendet; so konnte zu Zeiten der stalinistischen Propaganda vom Substantiv *dvurušnik* (Doppelzüngler) zum Beispiel noch das Verb *dvurušničat'*, das Nomen *dvurušničestvo* und das Adjektiv *dvurušničeskij* abgeleitet werden. Solche oder ähnliche Verfahren wurden später kaum mehr gebraucht. Auch der Schwund

verschiedener Metapherngruppen, nämlich der Fäulnis-, Krankheits- und Verfallsmetaphern (vgl. Weiss 2000) wie *jazva kapitalizma* (Geschwür des Kapitalismus) oder *zagnivajuščij zapad* (der verfaulende Westen), der Tiermetaphern wie *akula* (Haifisch), *pauk* (Spinne), *kozjavka* (Käferchen) oder *storoževye psy imperializma* (Wachhunde des Imperialismus) und der diffamierenden Invektiven wie *izverg* (Scheusal) oder *urod* (Missgeburt) für die Verbildlichung des Feindes sowie der Technikmetaphern wie *stroitel'stvo kommunizma* (Aufbau des Kommunismus), *apparat* (Apparat) oder *železnoe/stal'noe edinstvo* (eiserne/stählerne Einheit) für die Errungenschaften des eigenen Fortschritts und sozialistischen Wandels ist markant (vgl. Weiss 1986, S. 288).

Die Darstellung des Feindes nahm in der Sowjetunion immer einen wichtigen Teil im politischen Diskurs ein, obwohl das Feindbild mit der Zeit reduziert und homogenisiert wurde. Nach Chruščevs Amtszeit wurde der Feind immer mehr entpersonifiziert und camouffliert. So war es nach der Oktoberrevolution noch üblich von *belogvardejskie kozjavki* (weißgardistische Käferchen) und *vragi naroda* (Feinde des Volkes) zu sprechen, wohingegen in den späteren Jahren der Sowjetunion das Feindliche nur mehr als *nekotorye sily* (gewisse Kräfte) bezeichnet wurde (vgl. Weiss 1995, S. 347).

4 Sowjetrussisches Lehnwort im offiziellen Wortschatz der DDR

4.1 Vorüberlegungen zur Terminologie der Lehnbeziehungen

Für die terminologische Gliederung der Lehnbeziehungen in der folgenden Untersuchung wird das Schema von Betz (vgl. Betz 1949 und 1974) herangezogen. Dieses soll im Anschluss kurz erläutert werden. Beispiele hierfür werden aus dem Korpus entnommen. In den Fällen, wo dies aufgrund des Fehlens geeigneten Anschauungsmaterials nicht möglich ist, werden von Betz selbst angeführte Exempel verwendet.

Die von Betz entwickelte Terminologie des Lehnworts unterscheidet zunächst zwischen Lehnwort und Lehnprägung. Lehnwörter lassen sich wiederum aufgliedern in Fremdwörter und assimilierte Lehnwörter. Fremdwörter werden eins zu eins, ohne ihre fremde Lautgestalt zu verändern, aus der Fremdsprache übernommen, wie *Palais* oder *Episkopat*. Assimilierte Lehnwörter passen sich lautlich der eigenen Sprache an, wie *Palast* oder *Bischof*. Als Lehnprägung definiert Betz „alle Einflüsse einer Sprache auf eine andere, die sich nicht auf

das Lautliche, das Wortmaterial an sich, sondern auf Bildung und Bedeutung, auf Form und Inhalt des Wortmaterials erstrecken“ (Betz 1949, S. 27).

Lehnprägungen sind unterteilbar in Lehnbildungen und Lehnbedeutungen. Wenn lediglich die Bedeutung eines fremden Wortes für ein Wort der eigenen Sprache entnommen wird, spricht man von einer Lehnbedeutung, wie es zum Beispiel bei *(sozialistischer) Aufbau* oder *Umgestaltung (der Gesellschaft)* der Fall ist. Bei der Lehnbildung wird das fremde Wort „mit dem Material der eigenen nach- bzw. neugebildet“ (Betz 1974, S. 136). Neubildungen, die völlig unabhängig von der Form des fremden Vorbilds gebildet werden wie *Freistaat: Republik* oder *Hochschule: Universität*, werden Lehnschöpfungen genannt. Handelt es sich jedoch um eine formale Nachbildung des fremden Wortes wie zum Beispiel *nationaler Befreiungskampf: nacional'no-osvoboditel'naja bor'ba* oder *Friedensprogramm: programm bor'by za mir*, ist von einer Lehnformung die Rede.

Lehnformungen werden entweder Glied-für-Glied übersetzt wie bei *nationaler Befreiungskampf: nacional'no-osvoboditel'naja bor'ba* oder nur zum Teil übertragen wie bei *Friedensprogramm: programm bor'by za mir*. Die genaue Glied-für-Glied-Übersetzung wird Lehnübersetzung genannt, die freiere Teilübertragung trägt den Namen Lehnübertragung.

Betz unterscheidet außerdem zwischen >entwickelnder< und >bereichernder< Lehnprägung, wobei sich die >entwickelnde< Lehnprägung wahrscheinlich auch ohne auswärtiges Vorbild im Laufe der Zeit ausgebildet hätte und die >bereichernde< Lehnprägung ohne das fremde Muster vermutlich nicht erfolgt wäre. In diesem Falle der Analyse des Einflusses der sowjetrussischen Lexik auf die politische Sprache der DDR kann man wohl eher davon ausgehen, dass die Lehnprägungen ohne die politische Beeinflussung der DDR durch die Sowjetunion nicht entstanden wären, weshalb das Unterscheidungsmerkmal der >entwickelnden< und >bereichernden< Lehnprägung für die vorliegende Arbeit wegfällt.

4.2 Beschreibung der Analyse des Wortschatzes

Der zu analysierende Wortschatz wurde aus Parteitagereden beziehungsweise –referaten der SED und der KPdSU zu den Themen internationale Beziehungen und internationale Lage herausgearbeitet. Hierzu wurden die einzelnen russischen und deutschen Reden und Referate miteinander verglichen, um Ähnlichkeiten im Wortschatz und im Wortgebrauch herauszustreichen und zusammenzufassen. Als Untersuchungszeitraum wurden die Parteitage der SED und KPdSU seit der Gründung der DDR 1949 bis zum Zerfall des Ostblocks 1989/90 herangezogen.

Der daraus exzerpierte Wortschatz wird in weiterer Folge mithilfe einsprachiger Wörterbücher aus der DDR, der BRD und der Sowjetunion sowie einer Analyse seiner Verwendung in den ausgewählten Texten auf seine Herkunft und Verwendungsweise hin untersucht. Dadurch soll herausgefunden werden, ob der angeführte Wortschatz in Hinblick auf seine Entstehung, Bildung oder Verwendung von sowjetrussischen Vorbildern beeinflusst wurde. Da es sich in diesem Fall um eine Untersuchung des Vokabulars zu Zeiten der DDR und der Sowjetunion handelt, werden nur Wörterbücher aus diesem Zeitabschnitt verwendet. Die Dudenausgabe von 1942 soll helfen festzustellen, ob die Begriffe bereits vor 1949 im Deutschen gebräuchlich waren oder erst später entstanden sind. Das auf diese Weise herausgefilterte Lehnwort wird in weiterer Folge nach der bereits erörterten Terminologie der Lehnbeziehungen (siehe Kapitel 4.1) eingeteilt und geordnet.

Die analysierten Texte wurden nummeriert, um im Glossar besser auf sie referieren zu können. Hierbei wurden die Reden aus der DDR mit römischen und die sowjetischen mit arabischen Ziffern gekennzeichnet. Textverweise sind im Quellenverzeichnis nachzuschlagen. Die herangezogenen Wörterbücher werden im Anschluss aufgelistet und mit den in der Untersuchung verwendeten Verweisen versehen. Auf Seitenangaben wird bei der Wörterbuchanalyse verzichtet, da die Lexeme und ihre Erläuterungen problemlos in den Nachschlagewerken gefunden werden können.

Verzeichnis der für die Analyse gebrauchten Wörterbücher

Deutschland vor der Gründung der DDR

Der große Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Leipzig: Bibliographisches Institut ¹²1942. → *Duden 1942*

DDR

KLIEN, Horst (Hg.): Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Bibliographisches Institut Leipzig. Lizenzausgabe für Österreich. Wien: Globus-Verlag ¹³1951 (Neudruck). → *Leipziger Duden 1951*

KLIEN, Horst (Hg.): Der große Duden. Wörterbuch und Leitfaden der deutschen Rechtschreibung. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut ¹⁶1968 (2. Nachdruck)→ *Leipziger Duden 1968*

Der Große Duden. Wörterbuch und Leitfaden der deutschen Rechtschreibung. Leipzig VEB Bibliographisches Institut ²⁰1979 (Nachdruck der 17. neubearbeiteten Auflage von 1976).→ *Leipziger Duden 1979*

KLAPPENBACH, Ruth/STEINITZ, Wolfgang (Hg.): Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. 6 Bände. Berlin: Akademie Verlag 1961-77. → *Klappenbach/Steinitz*

BRD

DROSDOWSKI, Günther (Hg.): Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden. Mannheim, Wien, Zürich: Bibliographisches Institut, Dudenverlag 1976-1981. → *Mannheimer Duden*

WAHRIG, Gerhard (Hg.): Deutsches Wörterbuch in sechs Bänden. Wiesbaden: Brockhaus und Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980-1984. → *Wahrig*

Sowjetunion

UŠAKOV, Dimitrij N. (Hg.): Tolkovyj slovar' russkogo jazyka I-IV. 4 Bände. Moskva: Gosudarstvennyj Institut „Sovetskaja Ėnciklopedija“ 1935-1940. → *Ušakov*

BARCHUDAROV, Stepan G. (Hg.): Slovar' russkogo jazyka v četyrěch tomach. Akademija Nauk. Institut Jazykoznanija. 4 Bände. Moskva: Gosudarstvennoe Izdatel'stvo Inostrannyh i Nacional'nych Slovaroj 1957-61. → *Barchudarov*

4.3 Glossar

A

Abenteuer(-), abenteuerlich, Abenteurer

(russ. avantjura, avantjurističeskij, avantjurist)

Abenteuer beziehungsweise *Abenteuerpolitik* (*avantjurističeskaja politika*) werden sowohl in den deutschen als auch russischen Texten in Zusammenhang mit kriegsbeschwörenden politischen Aktionen und Aktivitäten der Westmächte verwendet und sind negativ konnotiert. Genauso verhält es sich mit dem dazugehörigen Adjektiv *abenteuerlich* und dem Substantiv *Abenteurer*. So wird die Anzweiflung der „Oder-Neiße-Grenze“ als deutsch-polnische Grenze als *politisches Abenteuer* bezeichnet, das von den Westmächten forciert wird, um die aus den jetzigen polnischen Gebieten vertriebenen Deutschen gegen Polen aufzuwiegen (vgl. Text I, S. 49). Außerdem wird die *abenteuerliche* Rüstung der BRD angeprangert (vgl. Text VI, S. 35). In den russischen Vergleichstexten

werden die *Kriegsabenteu(r)er* (*voennye avantjury*) und die *abenteuerliche Politik* (*avantjurističeskaja politika*) des Gegners als von der kriegslüsternden Bourgeoisie des Kapitalismus und Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr (vgl. Text 2, S. 40; Text 3, S. 98; Text 4, S. 32) beschrieben.

Die Wortgruppe *Abenteuer, abenteuerlich, Abenteurer* ist in allen Lexika verzeichnet, wobei sich für *Abenteuer* keine großen Abweichungen bei der Bestimmung seines Wortinhalts erkennen lassen. Unter anderem wird sowohl in BRD- als auch DDR-Wörterbüchern die Bedeutung „gefährvolles, verwegenes Unternehmen“ (Klappenbach/Steinitz, S. 14), in der das Lexem in den untersuchten Texten auftritt, angeführt. Auch in den sowjetischen Wörterbüchern wird *avantjura* als ein risikoreiches und chancenloses Unternehmen (vgl. Ušakov) beschrieben. Ähnlich verhält es sich bei *Abenteurer*, wobei die deutsche Zusammensetzung *Abenteurerpolitik* (vgl. Klappenbach/Steinitz und Mannheimer Duden) sowohl in den untersuchten russischen Lexika als auch in den russischen Texten nicht auftaucht. Der Hinweis auf den gegnerischen *Kriegsabenteurer* ist jedoch auch im russischen Wörterbuch zu finden (vgl. Barchudarov). Der Verweis *abenteuerliche Politik* lässt sich sowohl in DDR-deutschen als auch sowjetischen Lexika finden (vgl. Klappenbach/Steinitz und Barchudarov), fehlt in den BRD-Wörterbüchern jedoch zur Gänze.

Der Bedeutungszusammenhang von *Abenteuer, abenteuerlich, Abenteurer* und Politik, Krieg, Kapitalismus, Imperialismus wird in der sowjetrussischen Ideologiesprache gerne als Mittel der moralischen Verurteilung der gegnerischen Westmächte verwendet. Diese Gebrauchsvariante wird in der DDR fortgesetzt, wodurch die Bedeutung der deutschen Worte *Abenteuer, abenteuerlich* und *Abenteurer* eine ideologiesprachliche Erweiterung erfahren und somit als **Lehnbedeutung** charakterisiert werden können.

Aggression, aggressiv, Aggressor

(russ. agresija, agresivnyj, agresor)

Die Wortgruppe *Aggression, aggressiv, Aggressor* beschreibt in erster Linie Militäraktionen beziehungsweise die Vorbereitung solcher Aktionen imperialistischer Staaten gegen nichtkapitalistische oder sozialistische Staaten. Auf Seiten des sozialistischen Systems werden solche *imperialistischen Aggressionen* (*imperialističeskie agresii*), jegliche Art *aggressiver Handlungen* (*agressivnye dejstvija*) gegen andere Staaten und ihre Verursacher, die *imperialistischen Aggressoren* (*imperialističeskie agresory*), aufs Schärfste verurteilt (*osudit' agresiju*) und zu verhindern (*prekraščenie agresii*) versucht (vgl. Text VII, S. 375;

Text IV, S. 35; Text VI, S. 139 und Text 6, S. 25; Text 5, S. 9; Text 3, S. 81). Hierin besteht eine vollkommene Übereinstimmung der Verwendungsweise der angeführten Lexeme in den deutschen und russischen Texten, wobei in der DDR ein größeres Augenmerk auf die westdeutschen *Aggressionen* (vgl. Text IV, S. 32) als auf die allgemein *aggressive* Politik der imperialistischen Mächte gelegt wird.

Aggression und *aggressiv* sowie *agressija* und *agressivnyj* sind in allen untersuchten Wörterbüchern verzeichnet. Der Begriff *Aggressor* ist in allen durchgesehenen Nachschlagewerken bis auf den Duden von 1942 notiert. *Aggression* wird in allen Wörterbüchern als Angriff und Überfall beschrieben. Das dazugehörige Adjektiv *aggressiv* und das Substantiv *Aggressor* werden in allen Lexika dem Substantiv *Aggression* zugeschrieben und abwechselnd als angreifend oder angriffslustig beziehungsweise als Verursacher der Aggression dargestellt. Der Bezug zum Imperialismus, der auf DDR-deutscher Seite hergestellt wird (vgl. Leipziger Duden 1968 und 1979), fehlt in BRD-deutschen Wörterbüchern jedoch zur Gänze.

Die Wortgruppe *Aggression, aggressiv, Aggressor* ist lateinischen Ursprungs. Die sowjetische Verwendungsweise für die Bezeichnung imperialistischer Angriffe und Überfälle auf nichtkapitalistische und sozialistische Staaten wurde in den deutschen Texten der DDR übernommen. Eine Besonderheit stellt das Wort *Aggressor* dar, das lautlich mit dem russischen Pendant *agressor* übereinstimmt und im Duden vor 1945 nicht auftaucht. Dieses Fremdwort könnte vom russischen Gebrauch ins Deutsche übernommen worden sein. Im Allgemeinen ist die erörterte Wortkette der Gruppe der **Lehnbedeutungen** zuzuordnen.

Anti-, anti- (russ. anti-)

Die aus dem Griechischen stammende Vorsilbe *anti-* ist eines der beliebtesten Mittel des Sowjetrussischen, um Gegenpositionen klarzulegen. *Anti-*, das gegen bedeutet, wird auch in den offiziellen Sprachgebrauch der DDR aufgenommen und ausgesprochen gerne angewendet. Mit *anti-* können sowohl Substantive als auch Adjektive verbunden werden, um dadurch eine Abwehrhaltung zu einer bestimmten Sache oder Eigenschaft auszudrücken. Wortverbindungen, die gleichfalls in den deutschen und russischen Texten auftreten, sind *antiimperialistisch* (*antiimperialističeskij*), *Antikommunismus* (*antikommunizm*), *antikommunistisch* (*antikommunističeskij*) und *antisowjetisch* (*antisovetskij*). *Antiimperialistische Kräfte* (*antiimperialističeskije sily*) symbolisieren das fortschrittliche Lager, das sich gegen Angriffe der imperialistischen Mächte zur Wehr setzt (vgl. Text VII, S.

380 und Text 6, S. 19). Der *Antikommunismus* und das dazugehörige Adjektiv *antikommunistisch* bezeichnen meistens Kampagnen der Westmächte gegen den Kommunismus (vgl. Text VII, S. 371 und Text 3, S. 88), welche meistens mit *antisowjetischer Propaganda (anitsovetskaja propaganda)* gepaart sind (vgl. Text VII, S. 371 und Text 3, S. 95). Die Zusammensetzungen mit *anti-* umfassen jedoch sowohl im Russischen als auch im Deutschen noch viele andere Wörter wie zum Beispiel *antifaschistisch* (vgl. Text I, S. 17), *Antibolschewismus* (vgl. Text I, S. 37) oder *antirabočij* (gegen die Arbeiter gerichtet) (vgl. Text 9, S. 17), *antisocialističeskij* (antisozialistisch) (vgl. Text 6, S. 14).

Beschreibungen zur Vorsilbe *anti-* tauchen in allen analysierten Wörterbüchern auf, wobei die Verbindung *antiimperialistisch* nur in den DDR-deutschen und sowjetischen Nachschlagewerken verzeichnet ist. *Antisowjetisch* wird nur in den sowjetrussischen Lexika angeführt und *Antikommunismus* beziehungsweise Ableitungen dieses Wortes sind in allen Wörterbüchern eingetragen.

Antiimperialistisch und *antisowjetisch* sind **Lehnübersetzungen**, da sie Glied-für-Glied aus dem sowjetrussischen Sprachgebrauch übernommen worden sind. Das Wortfeld um *Antikommunismus* existiert sowohl in Ost und West, wobei der Gebrauch in der offiziellen politischen Sprache im Osten aller Wahrscheinlichkeit nach weitaus verbreiteter war.

Arbeiter-

(russ. rabočij)

Die häufigsten Wortfügungen mit *Arbeiter-* sind *Arbeiterbewegung (rabočee dviženie)* und *Arbeiterklasse(rabočij klass)*. Die *Arbeiterbewegung* hat internationalen Charakter und beschränkt sich nicht auf sozialistische oder kommunistische Staaten, sondern ist auch in kapitalistischen Ländern anzutreffen, wo sie natürlich einen viel schwereren Stand hat (vgl. Text V, S. 20; Text III, S. 284 und Text 3, S. 96). Gefordert wird die *Einheit* beziehungsweise *Vereinigung der Arbeiterbewegung (edinstvo rabočego dviženija)*, um ihre Rechte weltweit vertreten zu können (vgl. Text 2, S. 22). Die *Arbeiterklasse*, die von den sozialistischen Arbeiterparteien vertreten wird, besitzt nur in der sozialistischen Staatengemeinschaft die wahre Führungsmacht (vgl. Text I, S. 33; Text VII, S. 373 und Text 6, S. 11) und steht im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch den Kapitalismus und Imperialismus (Text I, S. 14, 19, 53 und Text 2, S. 18).

Der Terminus *Arbeiterklasse* kommt in allen angeführten Nachschlagewerken vor. Ausnahmen sind der Duden von 1942 und interessanterweise der Leipziger Duden von 1951, in denen keine Einträge zu *Arbeiterklasse* zu finden sind. Der Begriff *Arbeiterklasse* wird in

keinem der analysierten Lexika näher erläutert. Das Substantiv *Arbeiterbewegung* wird nur in einem sowjetischen Wörterbuch (vgl. Ušakov) und im Leipziger Duden erst ab 1968 erwähnt, wohingegen die beiden BRD-Nachschlagewerke mit ausführlichen Erläuterungen zu diesem Begriff aufwarten können. So zum Beispiel bei Wahrig, wo die *Arbeiterbewegung* als „organisierter Zusammenschluß der Industriearbeiter seit etwa Ende des 19. Jahrhunderts“ (Wahrig, S. 300) charakterisiert wird.

Arbeiterbewegung und *Arbeiterklasse* stellen schwierige Lexeme bei der Klassifizierung ihrer Lehnbeziehung dar, da es sich hierbei um markante Schlagwörter der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts handelt, die eigentlich vom Deutschen ins Russische übertragen wurden und mit der Gründung der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg über den Umweg des Sowjetrussischen in den offiziellen Sprachgebrauch eines der beiden deutschen Staaten rückgeflossen sind. Bei diesen Lehnbeziehungen handelt es sich zunächst um eine Lehnübersetzung vom Deutschen ins Russische und durch die Übernahme des sowjetischen Kontextes in den offiziellen Sprachgebrauch der DDR in weiterer Folge um eine **Lehnbedeutung**.

Arena

(russ. arena)

Die *internationale Arena* (*meždunarodnaja arena*) sowie die *Weltarena* (*mirovaja arena*) bezeichnen den politischen Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen dem Sozialismus/Kommunismus und dem Kapitalismus (vgl. Text VII, S. 367-368 und Text 3, S. 69). Das aus dem Lateinischen stammende Wort bedeutet Kampfplatz und soll im übertragenen Sinne die internationale Politik als Ort des Kampfes zwischen den beiden Machtblöcken symbolisieren.

Das Lexem *Arena* wird in allen analysierten Wörterbüchern angeführt und als Kampfplatz der Antike beschrieben. Verweise auf die *politische Arena* (*političeskaja arena*) sind nur bei Klappenbach/Steinitz, Wahrig und in den beiden sowjetischen Nachschlagewerken verzeichnet. Der Begriff *Weltarena* ist lediglich bei Klappenbach/Steinitz zu finden.

Arena stellt im Russischen sowie im Deutschen ein Fremdwort dar, dessen Gebrauch für die Bezeichnung der internationalen Politik als Austragungsort zwischen den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West im Sowjetrussischen häufig gebraucht wird und demzufolge auch in die politische Sprache der DDR aufgenommen wurde. Folglich handelt es sich hierbei um eine **Lehnbedeutung**.

sozialistischer/kommunistischer Aufbau

(russ. *socialističeskoe/kommunističeskoe stroitel'stvo*)

Der *sozialistische beziehungsweise kommunistische Aufbau* wird in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen bei der Transformation vormals nichtsozialistischer in sozialistische Staaten verwendet, wobei die kommunistische Gesellschaftsform Ziel dieses *Aufbaus* ist. In erster Linie werden hierbei die Leistungen bei dieser Aufbauarbeit herausgestrichen (vgl. Text IV, S. 47 und Text 2, S. 8; Text 3, S. 96), wobei beständiger Friede als Grundbedingung für den erfolgreichen *Aufbau des Sozialismus/Kommunismus* angesehen wird (vgl. Text VII, S. 369 und Text 6, S. 24).

Aufbau in Verbindung mit Sozialismus und Kommunismus ist sowohl in BRD- (vgl. Mannheimer Duden) als auch DDR-Wörterbüchern (vgl. Klappenbach/Steinitz) verzeichnet und lässt sich ebenfalls in den beiden sowjetischen Lexika finden. Der Hinweis auf die übertragene Bedeutung ist bei allen Eintragungen vermerkt.

Die Aufbaumetaphorik in bezug auf gesellschaftspolitische Umwandlungsprozesse ist sowjetischen Ursprungs und wird in der offiziellen Sprache der DDR dem sowjetrussischen Beispiel folgend übernommen, weshalb hierbei von einer **Lehnbedeutung** die Rede ist.

ausbeuten, Ausbeuter, Ausbeutung

(russ. *ěkspluatirovat', ěkspluatator, ěkspluatacija*)

Opfer von *kapitalistischer und neokolonialistischer Ausbeutung* (*kapitalističeskaja i neokolonialističeskaja ěkspluaticija*) sind vor allem die werktätige Schicht der Bevölkerung in kapitalistischen Ländern (*ěkspluatacija rabočego klasa v stranach kapitalizma*) (vgl. Text I, S. 14-15 und Text 2, S. 13) und die Völker der *Entwicklungsländer* (*neokolonialistskaja ěkspluaticija osvobodivščichsja stran*) (vgl. Text IV, S. 19 und Text 9, S. 20). Die sozialistische Gesellschaft hingegen ist frei von *Ausbeutung* (vgl. Text VII, S. 367 und Text 9, S. 8) und kämpft gegen jegliche Form von *Ausbeutung* in anderen Staaten (vgl. Text VII, S. 371 und Text 9, S. 11).

Der Themenkreis *ausbeuten, Ausbeuter, Ausbeutung* wird im DDR-Wörterbuch von Klappenbach/Steinitz mithilfe der Politökonomie erklärt, wobei sich der Eigentümer von Produktionsmitteln (*Ausbeuter*) von den Arbeitern produzierte Arbeitsprodukte aneignet (vgl. Klappenbach/Steinitz). In diesem Sinne werden die Lexeme *ausbeuten* und *Ausbeuter* auch im Mannheimer Duden angeführt, wobei hier der Vermerk marxistisch beigelegt ist. Eine ähnliche Erklärung für den Begriff *Ausbeutung* lässt sich auch bei Wahrig finden, wohingegen hier auf die Besonderheit Wirtschaftssprache hingewiesen wird. Die

politökonomische Deutung der angeführten Wortgruppe ist auch in den beiden untersuchten sowjetischen Nachschlagewerken verzeichnet.

Die politökonomische Anwendung der Wortkette *ausbeuten, Ausbeuter, Ausbeutung* in den deutschen wie in den russischen Texten und der Verweis auf den marxistischen Bezug im Mannheimer Duden lässt den Schluss zu, dass es sich hierbei um eine **Lehnbedeutung** handelt, die wahrscheinlich über das Deutsche ins Russische und vom Russischen wieder zurück ins Deutsche gewandert ist. Die neokolonialistische Ausbeutung der Entwicklungsländer ist jedoch ein Novum, das erst durch den sowjetrussischen Sprachgebrauch ins Deutsche übergegangen ist.

B

befreite Staaten/Länder

(russ. osvobodivšiesja gosudarstva/strany)

Mit den *befreiten Staaten* sind jene Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gemeint, die sich von ihren vormaligen Kolonialmächten loslösen konnten und nunmehr selbständige Staaten sind. Demzufolge spricht man im sozialistischen System auch von den *vom kolonialen Joch befreiten Ländern (strany, osvobodivšiesja ot kolonial'nogo gnjota)* (vgl. Text V, S. 39 und Text 3, S. 82). Diese Länder sind in den meisten Fällen wirtschaftlich noch immer von den kapitalistischen Mächten abhängig und ringen folglich um ihre ökonomische Unabhängigkeit (vgl. Text VII, S. 375 und Text 9, S. 20). Die sozialistischen Länder hingegen streben nach gleichberechtigten und freundschaftlichen Beziehungen mit allen *befreiten Staaten* (vgl. Text IX, S. 340 und Text 3, S. 91).

Der Terminus *befreite Staaten* oder *Länder* ist in keinem der untersuchten Wörterbücher eingetragen. Auch unter dem Verb „sich befreien“ (*osvobodit'sja*) wird kein Verweis auf diese Verwendungsweise gemacht. Der zu erörternde Begriff wird in den deutschen und russischen Texten in gleicher Weise verwendet. Die deutsche Übersetzung ist ein wenig ungenau, da hierbei nicht eindeutig ist, ob die Befreiung der Länder aus eigener Kraft erfolgte oder ob sie von einer außenstehenden Macht befreit wurden. Die russische Aussage ist konkreter, indem sie von den *sich (selbst) befreienden Staaten (osvobodivšiesja gosudarstva)* spricht. Deshalb würde ich in diesem Fall für die Typologisierung einer **Lehnübertragung** plädieren.

nationale/soziale Befreiung

(russ. nacional'noe/social'noe osvoboždenie)

Befreit werden kann ein Volk sowohl von nationaler als auch sozialer Unterdrückung durch den Kapitalismus beziehungsweise Imperialismus. Die nationale *Befreiung der Völker von der Kolonialherrschaft und vom Neokolonialismus (osvoboždenie narodov ot kolonial'nogo i neokolnial'nogo ugnetenija)* (vgl. Text VII, S. 375 und Text 5, S. 30) sowie die *soziale Befreiung* der Arbeiterklasse (vgl. Text I, S. 53) von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung (vgl. Text I, S. 19 und Text 6, S. 20) entzieht dem kapitalistischen System Einflussphären, weshalb die *um ihre Befreiung kämpfenden Völker (narody, borjuščiesja za svoe osvoboždenie)* von Seiten des Sozialismus zu unterstützen sind (vgl. Text VII, S. 382 und Text 5, S. 30). Es kann festgestellt werden, dass die *soziale Befreiung* der Arbeiterschaft in den Gründungszeiten der DDR mehr zur Geltung kam als im späteren geschichtlichen Verlauf. Auch in den sowjetischen Texten wird im Allgemeinen der *nationalen Befreiung* der unterdrückten Völker größere Bedeutung geschenkt. Diese Beobachtung kann damit zusammenhängen, dass die *soziale Befreiung* der eigenen Bevölkerung in der Sowjetunion und der DDR als abgeschlossen angesehen wird, weshalb der Fokus auf ehemalige Kolonien der imperialistischen Großmächte, die im Zuge ihrer kolonialen *Befreiung* möglicherweise ins sozialistische Lager wechseln könnten, gelenkt wird.

Die *nationale Befreiung* eines Volkes von Unterdrückung sowie die *soziale Befreiung* einer Klasse sind bei Klappenbach/Steinitz verzeichnet. Auch die BRD-Wörterbücher führen Eintragungen zu *nationaler* (vgl. Mannheimer Duden) und *sozialer* (vgl. Wahrig) *Befreiung* an, wobei der Bezug zu unterdrückten Völkern beziehungsweise Klassen nicht so eindeutig hergestellt wird wie im angeführten DDR-Nachschlagewerk.

Die *Befreiung* von den Kolonialmächten und der wirtschaftlichen Abhängigkeit einer Gesellschaftsschicht sind im Grunde nicht spezifisch für den sozialistischen Gebrauch, sondern Teil des Vokabulars der Emanzipationsbewegung der ehemaligen Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Phrasengebundenheit dieses Begriffs, wie zum Beispiel „für die *soziale und nationale Befreiung* kämpfen“ oder „*Befreiung* von der imperialistischen Unterdrückung“, ist jedoch vor allem im sozialistischen und sozialistisch gesinnten Lager anzutreffen. Es handelt sich hierbei um eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen.

(nationale) Befreiungsbewegung, (nationaler) Befreiungskampf

(russ. nacional'no-osvoboditel'noe dvizhenie, nacional'no-osvoboditel'naja bor'ba)

Die nationale Befreiung der kolonial unterdrückten Völker wird mithilfe der *nationalen Befreiungsbewegung* und des *nationalen Befreiungskampfes* zu erringen versucht. *Befreiungsbewegung* und *Befreiungskampf* in der kolonialen Welt (vgl. Text II, S. 727 und Text 2, S. 24) richten sich gegen den Imperialismus (vgl. Text I, S. 22 und Text 5, S. 24) und werden folglich von der sozialistischen Staatengemeinschaft unterstützt (vgl. Text IV, S. 46 und Text 5, S. 24). Mit Freude werden sowohl in den deutschen als auch russischen Texten die Erfolge der *nationalen Befreiungsbewegung* erwähnt (vgl. Text IX, S. 333 und Text 5, S. 30).

Angaben zu *Befreiungsbewegung* und *Befreiungskampf* lassen sich in BRD- und DDR-Lexika finden (vgl. Mannheimer Duden, Wahrig und Klappenbach/Steinitz), fehlen jedoch in den durchgesehenen sowjetischen Wörterbüchern. Die Beschreibung der beiden Begriffe ähneln sich in den deutschen Nachschlagewerken und weisen auf die Befreiungsbestrebungen vor allem der afrikanischen Völker hin.

Auch die Lexeme *Befreiungsbewegung* und *Befreiungskampf* gehören zum Wortschatz der Emanzipationsbewegung der Kolonialländer nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Terminologie beschränkt sich nicht auf den sozialistischen Raum, wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurde. Jedoch ist die Anwendung dieser beiden Begriffe im offiziellen Sprachgebrauch ideologisch spezifisch, wie durch die Zusammenfassung der Kontextanalyse zu zeigen versucht wurde. Eine Zuordnung ins Terminologieschema der Lehnbeziehungen erscheint schwierig, da die beiden Termini sowohl im Westen als auch im Osten Verwendung fanden/finden. Die Einbettung in die offizielle Sprache der DDR folgt jedoch dem sowjetischen Muster, weshalb an dieser Stelle das erörterte Begriffspaar der **Lehnübersetzung** zugeordnet wird, da der direkte Weg höchster Wahrscheinlichkeit nach von der Sowjetunion in die DDR folgte.

Bourgeoisie, bürgerlich

(russ. buržuazija, buržuaznyj)

Der französische Begriff *Bourgeoise*, zu deutsch Bürgertum, ist ein Grundwort im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch für die Bezeichnung des eigentlichen Feindes der Arbeiterklasse. Die Bourgeoise und die Arbeiterklasse stehen einander in einem unüberwindbaren Klassenwiderspruch gegenüber, da *bürgerliche* Profiteure ihre Gewinne aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse schlagen und somit die Interessen der Werktätigen nicht

berücksichtigen (vgl. Text I, S. 43; Text VI, S. 157 und Text 6, S. 16). In den Ländern des Kapitals, sprich des Imperialismus, führt die *Bourgeoise* eine totalitäre Herrschaft in demokratischer Tarnung (vgl. Text V, S. 61 und Text 5, S. 18). In der DDR ist zumeist von der westdeutschen *Bourgeoise* (vgl. Text V, S. 58-60) oder der *bürgerlichen* BRD (vgl. Text VI, S. 157) die Rede, wohingegen im offiziellen Sprachgebrauch der Sowjetunion vor allem der amerikanische Imperialismus als Heimat der *bürgerlichen* Herrschaft betrachtet wird (vgl. Text 5, S. 29).

Die Begriffe *Bourgeoisie* und *bürgerlich* sind in allen Wörterbüchern eingetragen, wobei die *Bourgeoisie* in West und Ost einen negativen Beigeschmack mit sich führt. Im sozialistischen Ideologiegefüge stellt die *Bourgeoisie* die herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft dar (vgl. Klappenbach/Steinitz). Die BRD-Nachschlagewerke verweisen unter dem Vermerk marxistisch ebenfalls auf diese Deutungsmöglichkeit. Das Wort *bürgerlich* hingegen kann grob zusammengefasst zwei Bedeutungen aufweisen, nämlich das Bürgertum als eigenständige Klasse (vgl. Klappenbach/Steinitz) oder den Staatsbürger betreffend. In der BRD wird für erstere Definition wiederum der Hinweis marxistisch hinzugefügt. In der Sowjetunion hingegen ist eine solche Bedeutungsweiteilung des Adjektivs *buržuaznyj* hinfällig, da es für den Terminus *staatsbürgerlich* eine eigene Bezeichnung gibt, nämlich *graždanskij* (vgl. Barchudarov). *Buržuaznyj* wird ausschließlich im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Bürgertum gebraucht.

Der im sowjetischen Kommunismus häufig verwendete Terminus *buržuazija* wird in seiner deutsch-französischen Variante *Bourgeoisie* auch in der offiziellen Sprache der DDR häufig gebraucht, wohingegen das dazugehörige französischstämmige Adjektiv *buržuaznyj* durch das deutsche Pendant *bürgerlich* ersetzt wird. Die Bedeutungsvariante „zur *Bourgeoisie* gehörig“ wird vom französisch-russischen Adjektiv *buržuaznyj* abgeleitet, weshalb in diesem Fall eine **Lehnbedeutung** vorliegt. Der Terminus *Bourgeoisie* wird zwar auf gleiche Weise gebraucht wie *buržuazija* und in der politischen Rede der DDR wohl auch vom sowjetrussischen Vorbild übernommen, stammt jedoch in beiden Fällen aus dem Französischen und ist demzufolge ein **Lehnwort** aus dem Französischen, das bereits fester Bestandteil des politischen Vokabulars der deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war.

Bruder-, Brüder, brüderlich

(russ. bratskij, brat'ja)

Zusammensetzungen mit *Bruder-*, *Brüder* und *brüderlich* verweisen immer auf sozialistische oder kommunistische Strömungen, Parteien und dergleichen in anderen Ländern und symbolisieren die enge Verbindung durch die selbe ideologische Gesinnung. *Bruderparteien* (*bratskie partii*) können sowohl in sozialistisch beziehungsweise kommunistischen Machtsphären als auch in kapitalistischen Ländern existieren (vgl. Text VII, S. 368 und Text 6, S. 19). *Bruderländer* (*bratskie strany*) hingegen setzen immer eine sozialistisch-kommunistische Herrschaftsform voraus, die eine Einheit bilden (vgl. Text VII, S. 364 und Text 5, S. 7), deren Führungsmacht die Sowjetunion ist (vgl. Text VII, S. 364 und Text 6, S. 10). Immer wieder werden die *brüderlichen Beziehungen* (*bratskie otnošenija*) (vgl. Text III, S. 296 und Text 2, S. 36) und die *brüderliche Solidarität* (*bratskaja solidarnost'*) (vgl. Text VI, S. 143 und Text 5, S. 17) innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft hervorgehoben. Gegenseitige Hilfeleistungen unter den *sozialistischen Brüdern* (*socialističeskie brat'ja*) gelten als selbstverständlich (vgl. Text II, S. 728 und Text 5, S. 33).

Die Substantive *Bruderland* und *Bruderpartei* werden interessanterweise in einigen analysierten deutschen Wörterbüchern angeführt (vgl. Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden und Wahrig), wohingegen in den sowjetischen Lexika keine Einträge zu den russischen Gegenstücken vermerkt sind. Die Wortbeschreibungen zu diesen beiden Lexemen ähneln sich in den erwähnten Nachschlagewerken und verweisen auf eng befreundete Länder und Parteien, wobei in den BRD-Lexika der Hinweis DDR angegeben wird. Das Adjektiv *brüderlich* lässt sich in allen durchgesehenen Lexika finden. Die Beschreibungen hierzu fallen jedoch recht dürftig aus und lassen sich zusammenfassen als „wie ein Bruder/in der Art eines Bruders“ (vgl. Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden und Ušakov). Anwendungsbeispiele in Hinblick auf die sozialistische Gemeinschaft werden wie beim Eintrag *Brüder* nicht getätigt.

Der Zusammenhang *Bruder*, *Brüder*, *brüderlich* und sozialistische Staatengemeinschaft oder Einheit wird in den untersuchten Texten eindeutig hergestellt, wohingegen diese Verbindung in den angeführten Nachschlagewerken nicht immer aufgezeichnet ist. Passende Beispiele in BRD-Wörterbüchern sind mit dem Verweis DDR gekennzeichnet, weshalb man auf ein DDR-Spezifikum schließen kann, das sich stark an das sowjetrussische Vorbild anlehnt, weshalb von einer **Lehnbedeutung** gesprochen werden kann.

C

D

Diversion

(russ. diversija)

Diversion und Spionage werden in der DDR vor allem durch die BRD betrieben, die durch gezielte Störaktionen innerhalb des Staates versucht die politische Macht der SED zu sabotieren (vgl. Text IV, S. 23; Text VII, S. 372). Auch in den offiziellen Reden der Sowjetunion kommt dieses Lexem vor, wird hier jedoch meistens für durch den Imperialismus unterstützte reaktionäre Angriffe gegen junge sozialistische Staaten und die Befreiungsbewegung in den ehemaligen Kolonien verwendet (vgl. Text 5, S. 29; Text 6, S. 32).

Bei Klappenbach/Steinitz wird *Diversion* als Neuwort geführt, obwohl dieser Begriff schon länger existiert und im Duden von 1942 mit „Ablenkung“ oder „unerwarteter Angriff“ umschrieben wird. Die Bedeutung politisches Störmanöver gegen einen Staat mithilfe reaktionärer Kräfte (vgl. Klappenbach/Steinitz) ist jedoch neu und für die DDR beziehungsweise den sozialistischen Raum spezifisch. Auch im Mannheimer Duden und bei Wahrig wird *Diversion* im DDR-gebräuchlichen Sinne erklärt, wobei hier darauf hingedeutet wird, dass dieses Wort besonders in der DDR vorkommt. Das sowjetische Nachschlagewerk von Barchudarov schließt sich im Großen und Ganzen dem erörterten Erklärungsmodell an.

Der Ursprung des Lexems *Diversion* ist im Französischen zu finden. Die spezifisch sozialistische Verwendungsweise in bezug auf reaktionäre Zersetzung in einem sozialistischen Staat gefördert durch ausländische Spionage wurde jedoch von sowjetischer Seite in das Deutsche der DDR eingeführt und stellt deshalb ein französisches Lehnwort mit sowjetrussischer **Lehnbedeutung** dar.

Dogmatismus

(russ. dogmatizm)

Mit *Dogmatismus* wird die starre Auslegung des Marxismus-Leninismus bezeichnet, die weder zeitlichen Wandel noch Anpassung an die politischen Gegebenheiten zulässt. *Dogmatismus* lehnt die schöpferische Auslegung des Marxismus-Leninismus ab und zählt somit zum Abweichtertum von der sowjetischen Linie, weshalb er auch zu bekämpfen ist (vgl. Text 3, S. 100 und 103; Text 5, S. 24). Da sich dogmatische Tendenzen in anderen

sozialistischen Staaten in erster Linie gegen die sowjetische Führung richten, ist dieser Begriff auf sowjetischer Seite weit häufiger verzeichnet als in den Texten aus der DDR, wo er bezugnehmend auf die Überwindung des *Dogmatismus* in den eigenen Reihen (vgl. Text IV, S. 18) nur ein einziges Mal auftaucht.

In allen durchgesehenen Nachschlagewerken wird unter dem Eintrag *Dogmatismus* das unkritische, starre Festhalten an Lehrmeinungen verstanden. Das aus dem Griechischen stammende Wort wird auch in dieser Bedeutung in den analysierten Texten verwendet. Es ist jedoch zu beachten, dass der spezielle Gebrauch in den Texten in bezug auf Abweichungen von der sowjetischen Linie aufgrund des starren Festhaltens am Marxismus-Leninismus sowjetisch geprägt ist und auf die anderen sozialistischen Staaten überschwappt. Aufgrund dessen wird Dogmatismus zu der Kategorie der **Lehnbedeutung** gezählt.

E

Epoche

(russ. *épocha*)

Der marxistisch verwendete Begriff *Epoche* kennzeichnet die gesetzmäßig aufeinanderfolgenden geschichtlichen Zeitabschnitte, in denen jeweils eine Klasse herrscht. Entsprechend dieser Auffassung folgt der *Epoche* des Kapitalismus, die zuvor den Feudalismus ablöste, die *Epoche* des Imperialismus, in der die wegen ihres übersteigerten Eroberungsdranges und ihrer Profitgier herrschende Klasse die unterdrückten Völker und Werktätigen so sehr ausbeutet, dass sich diese im Zuge einer großen Revolution gegen die imperialistischen Machthaber auflehnen, den Imperialismus so zum Fall bringen, die Herrschaft an sich reißen und über den Weg des Sozialismus den Kommunismus aufbauen. Die in den Texten gegenwärtige *Epoche*, die gerne als *unsere Epoche* (*naša época*) bezeichnet wird, ist vom Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus geprägt, indem der Sozialismus zum Weltsystem ausgeweitet wird (vgl. Text IV, S. 17; Text VII, S. 18-19 und Text 2, S. 6).

Der Terminus *Epoche* wird in allen Wörterbüchern als großer Zeitabschnitt, der durch einen historischen Wendepunkt eingeleitet wird, beschrieben. Hinweise auf die marxistische Deutung finden sich lediglich in den sowjetischen Nachschlagewerken, wohingegen die deutschen Exemplare keinen marxistischen Erklärungsversuch unternehmen.

Der griechische Begriff *Epoche* gehört zum marxistischen Basiswortschatz, der über das Deutsche den Weg ins Russische gefunden hat und Teil des sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauchs weltweit ist. Die Definition der gegenwärtigen oder

unserer Epoche in den Texten lehnt sich an das sowjetische Verständnis an, weshalb von einer **Lehnbedeutung** ausgegangen werden kann, die jedoch unter Vorbehalt zu genießen ist, da die Begriffsbestimmung marxistisch, also deutscher Herkunft, ist und lediglich die Kennzeichnung der stattfindenden Epoche von der Sowjetunion geprägt wurde.

F

Faschismus, Faschisten, faschistisch

(russ. fašizm, fašisty, fašistskij)

Die Wortgruppe *Faschismus, Faschisten, faschistisch* wird zum größten Teil in Zusammenhang mit der *faschistischen* Nazidiktatur in Deutschland und deren Niederlage im Zweiten Weltkrieg gegen die Sowjetunion verwendet (vgl. Text II, S. 708 und Text 2, S. 24). Grundsätzlich wird *faschistische* Gesinnung als eine der vielen möglichen Nebenerscheinungen des Imperialismus betrachtet, die nicht auf Deutschland oder Hitler beschränkt ist, sondern auch später noch in allen kapitalistischen Machtgebieten aufkeimen kann. Zu den Begleiterscheinungen des *Faschismus* zählen in erster Linie Militarismus und Nationalismus (vgl. Text I, S. 43 und S. 55; Text VII, S. 380 und Text 3, S. 98; Text 9, S. 11).

Die von Mussolini initiierte *faschistische* Diktatur in Italien vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gilt, historisch betrachtet, als die Mutter und Namensgeberin des *Faschismus*. Im sozialistisch-kommunistischen Verständnis bezeichnet der *Faschismus* eine reaktionäre, chauvinistische, diktatorische, politische Strömung in Kreisen des imperialistischen Finanzkapitals (vgl. Klappenbach/Steinitz und Leipziger Duden 1968 und 1979). Auch in der BRD ist *Faschismus* natürlich ein durch und durch negativ bewerteter Terminus, der ein nationalistisches, antidemokratisches, antiliberales Herrschaftssystem charakterisiert, das sich auf ein starres Führerprinzip stützt (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Im Mannheimer Duden wird zusätzlich die antisozialistische und antikommunistische Haltung des *Faschismus* angeführt. *Faschisten* als *Anhänger des Faschismus* und *faschistisch* als *den Faschismus betreffend*, bedarf in keinem Nachschlagewerk einer näheren Erläuterung.

Die Definition der Wortkette *Faschismus, Faschisten, faschistisch* ist in den sowjetischen und DDR-Wörterbüchern viel breiter gefächert als in der Bundesrepublik, deren bearbeitete Lexika sich in ihren Beschreibungsversuchen an das Faschismusmodell der Nazidiktatur halten und das reaktionäre, imperialistische Finanzkapital als Verursacher faschistischer Tendenzen nicht aufnehmen. Die Wortgruppe *Faschismus, Faschisten* und

faschistisch im offiziellen Sprachgebrauch der DDR übernimmt die sowjetische Bedeutung zur Gänze, weshalb an dieser Stelle eindeutig eine **Lehnbedeutung** vorliegt.

Fortschritt, fortschrittlich

(russ. progress, progressivnyj)

Fortschritt benennt zum einen den *gesellschaftlichen Fortschritt* (*obščestvennyj progress*), der mit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft einhergeht (vgl. Text VII, S. 364 und Text 6, S. 16) und zum anderen den *sozialen Fortschritt* (*social'nyj progress*) der ehemaligen Kolonien, den sie im Zuge der Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit tätigen (vgl. Text VII, S. 380 und Text 9, S. 9). Diese Schritte vorwärts in die richtige Richtung werden von *fortschrittlichen Menschen* (*progressivnye ljudi*) (vgl. Text I, S. 17 und Text 3, S. 79) und den *fortschrittlichen Kräften* (*progressivnye sily*) (vgl. Text VII, S. 375 und Text 3, S. 90) in einer Gesellschaft oder einem Staat unternommen.

Das Lexem *progress* wird in den angeführten sowjetischen Nachschlagewerken als Vorwärtsbewegung beschrieben, wobei klare Hinweise auf seine politisch-ideologische Bedeutung fehlen. Das dazugehörige Adjektiv *progressivnyj* hingegen wird auch als politisch gebrauchtes Wort geführt, das als den sozial-ökonomischen und *gesellschaftlichen Fortschritt* anstreben erklärt wird. Das DDR-Wörterbuch von Klappenbach/Steinitz bezeichnet den *Fortschritt* zunächst als Weiterentwicklung, aber auch als gesellschaftliche Höherentwicklung im Sinne des dialektischen Materialismus. Diese Auslegung fehlt in den BRD-Lexika, die sich auf die erste Wortdeutung beschränken. *Fortschrittlich* wird im Allgemeinen als zum *Fortschritt* gehöriges Adjektiv geführt und nicht näher erläutert.

Die ideologische Bedeutungserweiterung des Wortpaares *Fortschritt, fortschrittlich* in der DDR durch die Definition des Dialektischen Materialismus ist nicht sowjetischer Herkunft und gehört zum ideologischen Grundvokabular des Sozialismus/Kommunismus. Der *gesellschaftliche Fortschritt* lehnt sich also an das sowjetische Modell an, das nicht alleiniger Schöpfer dieser Phrase ist, sie in entscheidendem Maße jedoch weiterentwickelt hat, indem die Verwirklichung des *gesellschaftlichen Fortschritts* zuallererst in der Sowjetunion erprobt wurde. Der Begriff des *sozialen Fortschritts* ist hingegen eindeutig sowjetischer Prägung, da die Erlangung der Unabhängigkeit in den ehemaligen Kolonien während der Veröffentlichung des dialektischen Materialismus noch kein Thema war. Beide Beispiele stellen mehr oder weniger eindeutig eine **Lehnbedeutung** dar.

Freunde, Freundschaft, freundschaftlich

(russ. druž'ja, družba, družeskij, družestvennyj)

Durch die Freundschaftsmetapher im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch wird auf ähnliche Weise wie bei den Wortfügungen mit Bruder versucht, die enge Verbundenheit und die guten Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und Parteien zu symbolisieren. *Freunde* sind demnach ideologisch Gleichgesinnte vor allem in anderen sozialistisch oder kommunistisch regierten Staaten, aber auch in kapitalistischen und nichtsozialistischen Herrschaftsgebieten, deren gesellschaftspolitische Lage hingegen ungemein schwieriger zu bewältigen ist (vgl. Text VII, S. 365 und Text 6, S. 26). *Freundschaftliche Beziehungen (družestvennyje otnošenija)* (vgl. Text IV, S. 20; Text VII, S. 368 und Text 2, S. 34 und 45) oder besser gesagt Beziehungen der *Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern (družba i sotrudničestvo socialističeskich stran)* (vgl. Text VII, S. 367 und Text 6; S. 7) werden in einem System von zahlreichen *Freundschaftsprotokollen (dogovory o družbe)* (vgl. Text I, S. 47 und Text 2, S. 35) wie zum Beispiel der *Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (dogovory o družbe, sotrudničestve i vzaimnoj pomošči)* (vgl. Text V, S. 40-41 und Text 6, S. 11) festgehalten. Die Verbindung einer zwischenmenschlichen, im Grunde auf einer privaten Ebene existierenden Sache mit dem juristischen Terminus des Vertrages wirkt ein wenig eigentümlich, soll in diesem Zusammenhang jedoch lediglich die Verbundenheit einer Staatengemeinschaft veranschaulichen.

Die Wörterbuchdefinitionen zu *Freund, Freundschaft* und *freundschaftlich* ähneln sich in allen analysierten Lexika und umschreiben einen *Freund* als einen Kameraden zu dem man herzliche Zuneigung hegt, die *Freundschaft* als Verhältnis solcher *Freunde* zueinander und *freundschaftlich*, das dazugehörige Adjektiv, als auf *Freundschaft* gegründet. Spezifische Angaben zum Zusammenhang von *Freundschaft* und zwischenstaatlichen Verbindungen werden seltsamerweise nur bei Wahrig gemacht, der die *Freundschaft* der Staaten und Völker ohne besondere Hinweise thematisiert. Der Gebrauch von *freundschaftlich* in Verbindung mit Politik und Zusammenarbeit zwischen Völkern lässt sich in den sowjetischen Nachschlagewerken finden.

Freunde, Freundschaft, freundschaftlich sind Lexeme, die wohl nicht spezifisch im sozialistischen System für die Verbildlichung enger zwischenstaatlicher Beziehungen verwendet werden, jedoch speziell im Sozialismus sehr inflationär in bezug auf Zusammenarbeit, ideologische Verbundenheit und Vertragswesen gebraucht wird. Dieser zusätzliche Kontext, der vor allem im sozialistisch-kommunistischen Gefüge in Erscheinung

tritt, lässt die Annahme zu, dass die erläuterte Wortgruppe der Kategorie **Lehnbedeutung** angehört.

friedliche Koexistenz

(russ. mirnoe sosuščestvovanie)

Die *friedliche Koexistenz* ist ein sozialistisches Novum, das die von Chruščev so bezeichnete Entspannungspolitik zwischen Kapitalismus und Sozialismus ab den späten 50er Jahren des 20. Jahrhunderts markieren soll. Chruščev begründete das friedliche Nebeneinanderherleben der beiden gesellschaftlichen Systeme mit dem *leninistischen Prinzip der friedlichen Koexistenz (princip mirnogo sosuščestvovanija)* (vgl. Text IV, S. 22 und Text 6, S. 7), das eine friedliche Variante des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus darstellen soll (vgl. Text IV, S. 22 und Text 5, S. 37) und laut ihm die einzige mögliche Form der Beziehung zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung (vgl. Text VII, S. 382 und Text 3, S. 92) sei.

Eingetragen ist der Terminus „*friedliche Koexistenz*“ in den deutschen Nachschlagewerken Klappenbach/Steinitz (DDR), Leipziger Duden 1979 (DDR), Mannheimer Duden (BRD) und Wahrig (BRD). In den sowjetischen Wörterbüchern wurde der Begriff *mirnoe sosuščestvovanie* nicht gefunden, was auf die frühen Erscheinungsjahre der beiden durchgesehenen Werke zurückzuführen ist. Eine Definition der *friedlichen Koexistenz* ist lediglich bei Wahrig verzeichnet, in dem folgende Beschreibung zu lesen ist: „sozialistisches Prinzip der Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen von sozialistischen u. kapitalistischen Staaten, das den Verzicht auf gewaltsame Auseinandersetzungen u. den friedlichen ökonomischen Wettbewerb zw. beiden Systemen umfasst“ (Wahrig, S. 860).

Friedliche Koexistenz ist die deutsche Übersetzung des sowjetrussischen Ausdrucks *mirnoe sosuščestvovanie*, der in der DDR im selben Kontext wie in der Sowjetunion gebraucht wurde und somit eine klare **Lehnübersetzung** ist.

friedliebend

(russ. miroljubivyj)

Das Adjektiv *friedliebend* wird in den untersuchten Texten in erster Linie für die Beschreibung von Ländern, Völkern oder Menschen angewendet, die für die Sicherung des Friedens eintreten (vgl. Text I, S. 13; Text IV, S. 42 und Text 2, S. 32). Von allen *friedliebenden Staaten (miroljubivye strany)* der Welt nimmt die Sowjetunion aufgrund ihrer *friedliebenden Politik (miroljubivaja politika)* die erste Stelle ein (vgl. Text I, S. 13 und Text

6, S. 6; Text 3, S. 81). *Friedliebende* Kräfte sind jedoch nicht zwangsläufig auf sozialistische Staaten begrenzt, sondern können auch in kapitalistischen Ländern wirken, wobei sie dort meistens an ihrer Ausübung gehindert werden (vgl. Text IV, S. 31).

Das Adjektiv *friedliebend* ist in allen Lexika außer im Duden von 1942 und im Mannheimer Duden eingetragen, wird jedoch nur in den sowjetischen Wörterbüchern und bei Wahrig näher definiert. Die sowjetrussischen Angaben charakterisieren *friedliebend* als Liebe zum Frieden, den Streit vermeidend, freundschaftlich, wohlwollend. Verweise auf *friedliebende Staaten*, Völker und *Politik* sind angegeben. Das BRD-Nachschlagewerk von Wahrig beschreibt *friedliebend* ebenfalls als „den Frieden liebend“ und „den Streit vermeidend“, verzichtet jedoch auf Beispiele.

Friedliebend wird im offiziellen Sprachgebrauch der DDR und der Sowjetunion gerne zur Beschreibung der eigenen Politik verwendet und passt in das Bild des friedlichen und den Krieg vermeidenden Sozialismus/Kommunismus. Dieses Wort scheint auch in der BRD auf; jedoch viel seltener als in der DDR, wenn man bedenkt, dass *friedliebend* in der westdeutschen Dudenausgabe vollkommen fehlt. Die häufige Verwendung von *friedliebend* in den DDR-Texten ist wohl auf die Übernahme des sowjetischen Vorbilds zurückzuführen, weswegen man von einer Lehnbeziehung ausgehen kann. Die Frage, ob es sich um eine Lehnübersetzung oder eine Lehnbedeutung handelt, ist nicht leicht zu beantworten, da hierzu noch mehrere Wörterbücher und Texte, die vor 1945 erschienen sind, untersucht werden müssten, um feststellen zu können, ob dieses Adjektiv aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt wurde oder ob es schon immer existierte, jedoch selten gebraucht wurde. Ich möchte an dieser Stelle für die **Lehnübersetzung** plädieren, da die Dudenausgabe von 1942 keinen Eintrag zu *friedliebend* aufweist.

G

Gemeinschaft

(russ. sodružestvo)

Die *Gemeinschaft der sozialistischen Länder* (*sodružestvo socialističeskich stran*) dient der Sicherung des Friedens (vgl. Text IV, S. 42 und Text 3, S. 101) und strebt danach seine Stärke im Weltgeschehen weiter auszubauen (vgl. Text VII, S. 365 und Text 5, S. 10). Die *sozialistische Gemeinschaft* (*socialističeskoe sodružestvo*) ist Sinnbild für die enge und freundschaftliche Verbindung der Staaten mit sozialistischen Herrschaftsformen, in die sich die DDR als fester Bestandteil einfügt (vgl. Text VII, S. 365).

Eine *Gemeinschaft* zeichnet sich laut Wörterbuchdefinition durch die Gemeinsamkeiten von Interessen und Anschauungen einer Gruppe von Menschen, Völkern und dergleichen aus. Dieser Erklärungsansatz lässt sich in allen Nachschlagewerken finden, die eine Erläuterung zum angeführten Begriff bereitstellen (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden, Ušakov und Wahrig). *Gemeinschaft* als Staatenbündnis ist in keinem der angegebenen DDR-Wörterbücher verzeichnet, wohingegen in beiden BRD-Lexika Angaben zur Staatengemeinschaft als Bündnispartnerschaft gemacht werden. Die *sozialistische Gemeinschaft* wird jedoch nicht erwähnt, stattdessen werden westliche Vereinigungen aufgezählt, wie zum Beispiel Verteidigungsgemeinschaft oder die Europäische Gemeinschaft (vgl. Wahrig). Verweise auf *Gemeinschaften* von Staaten lassen sich auf sowjetischer Seite bei Barchudarov finden, wobei auch hier ein Eintrag zur *sozialistischen Gemeinschaft* fehlt.

Gemeinschaft im Sinne eines sozialistischen Staatenbündnisses, das für die Sicherung des Friedens eintritt und auf internationaler Ebene um Machtzuwachs und vergrößerten Einflussbereich kämpft, ist in keinem der bearbeiteten Nachschlagewerke vermerkt, scheint in den Texten der DDR und der Sowjetunion jedoch eindeutig auf. Die Verwendungsgebiete des Russischen und Deutschen sind hierbei nahezu identisch, weshalb das erläuterte Wort eine **Lehnbedeutung** aus dem offiziellen Sprachgebrauch des Sowjetrussischen darstellt.

Genosse/Genossin

(russ. tovarišč)

Genosse, die Abkürzung für Parteigenosse, als Anredeform für Parteimitglieder aller sozialistischer oder kommunistischer Parteien ist fester Bestandteil ihrer Parteisprache und tritt demnach sowohl in der Sowjetunion als auch in der DDR in Erscheinung. Mit der Anrede *Genosse* kann zum einen auf ein bestimmtes Parteimitglied wie zum Beispiel *Genosse Stalin* (vgl. Text I, S. 36) beziehungsweise *tovarišč Mikojan* (vgl. Text 3, S. 95) und zum anderen auf alle anwesenden *Genossen (tovarišči)* im Zuge einer Ansprache oder Rede (vgl. Text IV, S. 44 und Text 3, S. 68) referiert werden.

Das Lexem *Genosse* bedeutet im Allgemeinen Parteimitglied einer Arbeiterpartei (vgl. Klappenbach/Steinitz) oder einer linksgerichteten Partei (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). In den sowjetischen Wörterbüchern wird zusätzlich noch darauf verwiesen, dass alle sowjetischen Staatsbürger als *Genossen* bezeichnet werden. Diese Verwendung der Anredeform *Genosse* als Staatsbürger der Sowjetunion wird in der DDR nicht übernommen, da Bürger der DDR grundsätzlich Bürger sind und keine *Genossen*.

Genosse als Kurzform für Parteigenosse in der Parteisprache linker Arbeiterparteien ist keine Erfindung der bolschewistischen Partei, sondern wurde aus dem Deutschen ins Russische übernommen. Bekanntlich war die deutsche Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts Vorbild für viele andere, so auch für die russische, die zahlreiche Benennungen aus dem Deutschen entnahm. Somit stellt das russische Wort *tovarišč* eine **Lehnbedeutung** aus dem Deutschen dar. Dieses Beispiel weist abermals auf die Komplexität der russisch-deutschen Lehnbeziehungen im Bereich der offiziellen Rede in der DDR und der Sowjetunion hin, da viele sowjetische Termini eigentlich aus dem Deutschen stammen und zum Teil mit mehr oder weniger leichten Bedeutungsverschiebungen wieder ins Deutsche der DDR rücküberführt wurden. *Genosse*, jedoch, behielt im Grunde seine ursprüngliche Bedeutung. Die Erweiterung zur Bezeichnung aller Staatsbürger der Sowjetunion wurde in der DDR nicht übernommen.

Gesellschaft, gesellschaftlich

(russ. občestvo, občestvennyj)

Der Terminus *Gesellschaft* nimmt im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch einen hohen Stellenwert ein, da die *gesellschaftlichen Entwicklungen* (*obščestvennye razvitija*) in den sozialistischen Länder (vgl. Text VII, S. 368 und Text 3, S. 90) Ausdruck ihrer Fortschrittlichkeit sind. Die sozialistische im Gegensatz zur kapitalistischen *Gesellschaft* ist fortschrittlich und frei von Ausbeutung und Unterdrückung (vgl. Text VII, S. 367). Ziel einer jeden revolutionären Arbeiterbewegung ist der *gesellschaftliche Fortschritt* (*obščestvennyj progress*) (vgl. Text IV, S. 20 und Text 6, S. 16) im Sinne des *Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft* (*stroitel'stvo socialističeskogo občestvo*) (vgl. Text VII, S. 369 und Text 3, S. 75).

Gesellschaft in der soeben beschriebenen Bedeutung ist als Gesamtheit der Menschen, die unter den gleichen sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen leben, definiert. Dieser Erklärungsansatz sowie die *sozialistische Gesellschaft* als Beispiel lassen sich in der Sowjetunion (vgl. Barchudarov), der DDR (vgl. Klappenbach/Steinitz) und der BRD (vgl. Mannheimer Duden) finden. *Gesellschaftlich* als dazugehöriges Adjektiv wird in allen angeführten Wörterbüchern als die *Gesellschaft* betreffend charakterisiert. Verweise auf den *gesellschaftlichen Fortschritt* sind lediglich bei Klappenbach/Steinitz angeführt.

Der Stellenwert der *Gesellschaft* und des *gesellschaftlichen Umbaus* ist im sozialistischen Gefüge sehr hoch. Da Stalin bereits in den 30er Jahren beschlossen hatte, dass der Aufbau der *sozialistischen Gesellschaft* in der Sowjetunion abgeschlossen sei, begann

man nach dem Zweiten Weltkrieg die *gesellschaftlichen* Systeme in den unter sowjetischen Einfluss stehenden Ländern umzugestalten. Die *gesellschaftlichen Entwicklungen* und *Fortschritte* in den nunmehr sozialistischen Ländern wurden auch in der Politik der sozialistischen DDR häufig thematisiert. Das große Bedeutungsausmaß der *sozialistischen Gesellschaft* und des Aufbaus selbiger ist sowjetischen beziehungsweise marxistisch-leninistischen Ursprungs. *Gesellschaft* und *gesellschaftlich* in der offiziellen Sprache der DDR scheinen aufgrund dessen eine marxistisch-leninistische **Lehnbedeutung** zu sein, die in der sowjetischen *Gesellschaft* ihre Vollendung fand.

Gesellschaftsordnung

(russ. obščestvennyj stroj)

Wie eine Gesellschaft im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Sinne beschaffen ist, wird durch die jeweilige *Gesellschaftsordnung* eines Staates ausgedrückt. Zu Zeiten des Ostblocks wurde das Weltgeschehen im wesentlichen von zwei entgegengesetzten *Gesellschaftsordnungen* bestimmt, der sozialistischen und der kapitalistischen. In den untersuchten Texten tritt das Lexem *Gesellschaftsordnung* in erster Linie in Zusammenhang mit der Politik der friedlichen Koexistenz auf, welche als die einzige Form des friedlichen Zusammenlebens von *Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung* (*gosudarstva s različnym social'nym stroem*) bestimmt wird (vgl. Text VII, S. 370 und Text 3, S. 93). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion und der DDR natürlich als die für den Frieden eintretende angesehen wird (vgl. Text VII, S. 376 und Text 6, S. 6).

In den DDR-Nachschlagewerken wird die *Gesellschaftsordnung* an sich nicht erklärt. Es werden lediglich Beispiele angeführt, wie *sozialistische, kommunistische, kapitalistische Gesellschaftsordnung* (vgl. Klappenbach/Steinitz) und *Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung* (vgl. Leipziger Duden 1979) und darauf verwiesen, dass es sich bei diesem Begriff um terminologisches Vokabular des dialektischen Materialismus handelt (vgl. Klappenbach/Steinitz). Die durchgesehenen sowjetischen Lexika definieren *stroj* kurz und bündig als System des gesellschaftlichen Aufbaus. Die BRD-Wörterbücher beschreiben das Lexem *Gesellschaftsordnung* als die Beschaffenheit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen innerhalb einer Gesellschaft.

Gesellschaftsordnung als Terminus des dialektischen Materialismus wurde bereits im 19. Jahrhundert innerhalb der sozialistischen Bewegung Deutschlands thematisiert und infolge des Aufkeimens der bolschewistischen Bewegung in Russland ins Russische

übertragen. Im Zuge der Entwicklung der Sowjetunion und der weltpolitischen Lage wurde die Phrase *Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung* mit der Politik der friedlichen Koexistenz in der Sowjetunion verbunden. Diese Floskel in ihrer sowjetischen Bedeutung wurde in die politische Rede der DDR übertragen, weshalb an dieser Stelle von einer **Lehnübersetzung** die Rede ist.

H

Hegemoniepolitik

(russ. gegemonizm)

Hegemoniepolitik wird stets auf kapitalistisch-imperialistischer Seite betrieben und ist im Grunde ein negativ behaftetes Wort. *Hegemoniepolitik* ist eine Form der Politik der imperialistischen Großmächte, ihre Vorherrschaft über gewisse Gebiete der Welt, unter anderem über Westeuropa, zu festigen und auszudehnen. In den Texten der DDR betrifft dies zumeist die Revanche- und *Hegemoniepolitik* Westdeutschlands (vgl. Text V, S. 41), wohingegen in den sowjetischen Reden zumeist von der amerikanischen *Hegemoniepolitik* (vgl. Text 9, S. 19) die Rede ist.

Das griechisch-stämmige Wort *Hegemonie* bedeutet im Grunde Vorherrschaft oder Vormachtstellung eines Staates aufgrund wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Überlegenheit und ist an sich nicht negativ behaftet. Das russische Lexem *gegemonija* entspricht genau dieser Bedeutung und ist neutral. Die Ableitung *gegemonizm*, die in keinem der beiden sowjetischen Nachschlagewerke gefunden wurde, scheint eine Eigenart der politischen Rede in der Sowjetunion zu sein, deren Suffix *-izm* dem deutschen Suffix *-ismus* entspricht und durch seine Zufügung ein unbestimmtes Wort pejorativ wertet. Die genaue Übersetzung würde wohl *Hegemonismus* lauten. Dieses Lexem wurde in den analysierten Texten der DDR jedoch nicht gefunden, stattdessen wird zur Beschreibung des imperialistischen Strebens nach Überlegenheit und Vorherrschaft des Westens der Begriff *Hegemoniepolitik* verwendet.

Es kann sein, dass in anderen Reden oder Texten von Parteifunktionären der SED das Wort *Hegemonismus* auftaucht, das die direkte **Lehnübersetzung** des sowjetrussischen Terminus *gegemonizm* darstellen würde. Da dies in den vorliegenden Texten jedoch nicht der Fall ist, beschränkt sich die Übernahme ins Deutsche an dieser Stelle auf die **Lehnübertragung** *Hegemoniepolitik*.

I

Imperialismus, Imperialisten, imperialistisch

(russ. imperializm, imperialisty, imperialističeskij)

Der *Imperialismus* als letztes Stadium des Kapitalismus, bevor dieser zusammenbricht und somit den Weg für die sozialistische und in weiterer Folge kommunistische Entwicklung in der Gesellschaft ebnet, ist eines der meistgebrauchten Schlagwörter zur Bezeichnung des ideologischen Feindes in den untersuchten Texten. Das dazugehörige Substantiv *Imperialist* und das Adjektiv *imperialistisch* stehen ihm in der Häufigkeit der Anwendung in nichts nach. *Imperialismus* steht für Ausbeutung und Unterdrückung (vgl. Text I, S. 19 und Text 6, S. 17), für aggressive und kriegsträchtige Politik (vgl. Text VII, S. 371 und Text 6, S. 17). Der Kampf gegen den *Imperialismus* und seine Handlanger (vgl. Text IV, S. 46 und Text 3, S. 89) ist zugleich der Kampf für den Frieden und die internationale Sicherheit (vgl. Text IV, S. 31 und Text 5, S. 30).

Imperialismus wird in den sowjetischen sowie DDR-Wörterbüchern als höchstes und letztes Stadium des Kapitalismus beschrieben, das die Konzentration von Produktion und Kapital in Monopolen nach sich zieht und in weiterer Folge zu Auseinandersetzungen zwischen den *imperialistischen* Mächten um die Neuaufteilung der Welt führt. Dieser Erklärungsansatz entspringt dem dialektischen Materialismus (vgl. Klappenbach/Steinitz) und wird auch in der Mannheimer Dudenausgabe mit dem Verweis marxistische Wirtschaftstheorie wiedergegeben. Die Grundbedeutung des aus dem Lateinischen stammenden Wortes lautet Macht- und Besitzerweiterungsdrang einer Großmacht (vgl. Wahrig). Das Substantiv *Imperialist* und das Adjektiv *imperialistisch* beruhen lexikalisch auf der Definition des *Imperialismus*.

Die marxistische Bestimmung des Begriffs *Imperialismus* schwappte wie so viele andere Termini im 19. Jahrhundert von Deutschland nach Russland, wo das Wort im Grunde keine erkennbare Bedeutungsänderung erfuhr. Es handelt sich hierbei im Grunde um eine **Lehnbedeutung** aus dem marxistischen Sprachgebrauch ins Russische. In die politische Sprache der DDR wurde dieser Terminus und das dazugehörige Wortfeld über den Weg der Sowjetunion wieder rücküberführt.

(sozialistischer/proletarischer) Internationalismus, internationalistisch

(russ. socialističeskij/proletarskij internacionalizm, internacional'nyj)

Der *sozialistische* oder *proletarische Internationalismus* ist das Fundament auf dem der Zusammenschluss der sozialistischen Staaten beruht (vgl. Text VII, S. 366), der den

Machteinfluss des Sozialismus weltweit stärken soll. Vor allem in den sowjetischen Texten wird auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung, der gegenseitigen Achtung und der Selbstständigkeit der einzelnen Parteien und Staaten verwiesen, welche der *proletarische Internationalismus* allen sozialistischen Bündnispartnern gewährt (vgl. Text 5, S. 6). Die *internationalistische Solidarität (internacional'nyj solidarnost')* innerhalb der Arbeiterklasse (vgl. Text 3, S. 107) und mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern (vgl. Text VI, S. 151) ist Teil der *internationalistischen Pflicht (internacional'nyj dolg)* aller sozialistischen Bruderparteien (vgl. Text VI, S. 158 und Text 3, S. 107). Hierbei ist die Einheit der eigenen Reihen (vgl. Text 3, S. 107) von wesentlicher Bedeutung, wie auf sowjetischer Seite immer wieder betont wird. Diese Geschlossenheit soll der Durchsetzung der sowjetischen Interessen im Weltgeschehen dienen und die Vormachtstellung der KPdSU im sozialistischen System bestätigen.

Allgemein wird *Internationalismus* als Streben nach überstaatlicher Gemeinschaft (vgl. Mannheimer Duden) definiert. Diese Beschreibung wird auch in allen übrigen deutschen Wörterbüchern beibehalten. Die Darstellung des marxistisch-leninistischen Terminus *internacionalizm* als Zusammenschluss der Arbeiter aller Länder zum Kampf gegen das Kapital (vgl. Barchudarov und Ušakov) wird in den DDR-Nachschlagewerken als *proletarischer Internationalismus* übernommen. Des Weiteren wird bei Klappenbach/Steinitz der Begriff *sozialistischer Internationalismus* mit dem Zusatz Neuprägung der DDR versehen und als auf dem *proletarischen Internationalismus* beruhende Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander erläutert. Der Bezug zur gegenseitigen Hilfe für die Verteidigung der Freiheit aller Völker wird bei Barchudarov hergestellt und ist in keinem anderen Nachschlagewerk verzeichnet. Auch in den BRD-Lexika werden Einträge zum Terminus *proletarischer Internationalismus* gefunden, wobei auf den marxistischen Hintergrund referiert wird (vgl. Wahrig). *Internationalistisch* als dazugehöriges Adjektiv wird in den DDR-Nachschlagewerken interessanterweise nicht angeführt, wobei es die beiden BRD-Lexika aufweisen. In den sowjetischen Wörterbüchern sind zwei mögliche Adjektive angegeben, die mit dem Substantiv *Internationalismus* zusammenhängen, zum einen *internacionalističeskij*, das der Form nach eher mit *Internationalismus* verwandt wäre, in den analysierten russischen Texten jedoch nicht verwendet wird, und zum anderen *internacional'nyj*. Warum das Adjektiv *internacional'nyj*, das sowohl *international* als auch *internationalistisch* bedeuten kann, in den russischen Reden eher zur Geltung kommt und warum in den deutschen Texten *internationalistisch* statt *international* verwendet wird, kann

an dieser Stelle nicht geklärt werden, obwohl es sich hierbei um ein interessantes Detail handelt.

Internationalismus und *internationalistisch* sind Teil des marxistisch-leninistischen Basiswortschatzes und deswegen im politischen Sprachgebrauch der Sowjetunion und der DDR gleichermaßen vertreten. Speziell die Wendung *sozialistischer Internationalismus* ist sowjetischer Prägung, da dadurch die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Reihen untereinander symbolisiert wird, was dem Machteinfluss der Sowjetunion zu Gute kommt. *Internationalismus* scheint demnach eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen zu sein, wohingegen *internationalistisch* eher eine **Lehnübertragung** darstellt.

J

K

Kapital

(russ. kapital)

Das *Kapital* in Form des *Finanz-* (*finansovyj kapital*) und *Monopolkapitals* (*monopolističeskij kapital*) richtet sich gegen die Arbeiterklasse und versucht jegliche Arbeiterbewegung zu unterdrücken (vgl. Text I, S. 14; Text VII, S. 380 und Text 5, S. 15; Text 6, S. 23). Wegen der Benachteiligung der arbeitenden Menschen in den *Ländern des Kapitals* (*strany kapitala*) (vgl. Text I, S. 13) muss auf sozialistischer Seite für die Interessen der Völker in diesen Ländern gekämpft werden (vgl. Text VII, S. 371). *Kapital* ist im sozialistischen Weltverständnis ein Wort mit negativer Konnotation und wird ideologisch mit den kapitalistischen Ausbeuterstaaten verbunden.

Die Grundbedeutung von *Kapital* ist Geldsumme oder Vermögen (vgl. Duden 1942), die in allen Nachschlagewerken angeführt wird. In den DDR- sowie Sowjetwörterbüchern lässt sich unter anderem auch die Definition der Politökonomie finden, die *Kapital* als einen Wert, der durch die Ausbeutung von Arbeitern Gewinn bringt, deutet. Unter anderem ist bei Barchudarov ebenfalls die Phrase *Länder des Kapitals* (*strany kapitala*) eingetragen, wobei in diesem Fall *Kapital* mit Kapitalisten oder Kapitalismus gleichgesetzt wird. Verweise auf die politökonomische Auslegung der Bedeutung von *Kapital* sind auch in der Mannheimer Dudenauflage und bei Wahrig anzutreffen, wobei diese als marxistisch gekennzeichnet sind.

Kapital als Bestandteil der politökonomischen Terminologie nimmt in den durchgesehenen Reden immer einen negativen und ausbeutenden Stellenwert ein, der dem Feind der Arbeiterklasse, dem Kapitalismus, zugeschrieben wird. In den Wörterbüchern der

BRD wird die sozialistisch-kommunistische Deutungsweise des Begriffs *Kapital* als marxistisch charakterisiert. Diese linksgerichtete Bedeutung dieses Lexems ist jedoch die einzig mögliche Variante in den politischen Reden der Parteifunktionäre der SED und der KPdSU. *Kapital* als marxistischer Terminus gelang über den Weg des Deutschen in den sowjetischen Sprachgebrauch und stellt deshalb eine **Lehnbedeutung** aus dem Deutschen ins Russische dar. Bedeutungsveränderungen wurden im Laufe der Zeit nicht vorgenommen, da es sich um Stammvokabular der marxistischen Lehre handelt.

Kapitalismus, kapitalistisch

(russ. kapitalizm, kapitalističeskij)

In der Freund-Feind-Schematik der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus und *Kapitalismus* nimmt der *Kapitalismus* im sozialistischen Gefüge die Position des Feindes ein. Das System des *Kapitalismus* ist im Begriff unterzugehen, was an den Spannungen und Krisen (vgl. Text VII, S. 376 und Text 3, S. 73; Text 5, S. 12) in den *kapitalistischen Ländern* (*kapitalističeskie strany*) (vgl. Text VII, S. 380 und Text 3, S. 70) erkennbar ist. Die *kapitalistische Ausbeutung* (*kapitalističeskaja ekspluatacija*) der Menschen (vgl. Text VII, S. 379 und Text 2, S. 8) durch die *kapitalistischen Monopole* (*kapitalističeskie monopolii*) (vgl. Text 5, S. 26) wird den Hoffnungen der sozialistisch-kommunistischen Staaten zufolge nicht mehr lange geduldet werden, wodurch ein Übergang vom *Kapitalismus* zum Sozialismus (vgl. Text VII, S. 367) in den noch *kapitalistischen Ländern* gefördert wird. Im *wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus* (*ekonomičeskoe sorevnovanie socializma s kapitalizmom*), der eine friedliche Form des Kampfes zwischen den beiden Wirtschaftsformen darstellt, gewinnt über kurz oder lang sowieso der Sozialismus (vgl. Text IV, S. 45-46 und Text 3, S. 69).

Im Duden von 1942 wird der Begriff *Kapitalismus* als „individualistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren treibende Kraft das Gewinnstreben ist“ (Duden 1942, S. 277-278) geführt. Diese Grundbedeutung behält dieser Terminus auch bei. Die marxistisch-leninistische Auslegung des Terminus *Kapitalismus* geht jedoch weiter und fügt die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, die alleinige Besitzer der Produktionsmittel sind, hinzu (vgl. Klappenbach/Steinitz). Eine ähnliche Beschreibung ist auch in den analysierten sowjetischen Wörterbüchern eingetragen. Auch Wahrig verweist auf die marxistische Theorie und fügt die Ausbeutung der Arbeiter durch die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten, in einem Extrapunkt hinzu.

Das Lexem *Kapitalismus* und das dazugehörige Adjektiv *kapitalistisch* werden in den durchgesehenen Texten nur in ihrer marxistischen Bedeutungsvariante verwendet. *Kapitalismus* als Sinnbild der Unterdrückung der werktätigen Schicht durch die Klasse der Besitzenden ist der Grundumsatz der marxistischen Lehre. *Kapitalismus* in seiner marxistischen Bedeutung gelang im 19. Jahrhundert von Deutschland nach Russland und behielt als Grundwort der Arbeiterbewegung seine Bedeutung bei. *Kapitalismus* und *kapitalistisch* sind **Lehnübersetzungen** vom Deutschen ins Russische.

Klasse-

(russ. klassovyj)

Zusammensetzungen mit *Klasse-* verweisen auf die gesellschaftliche *Klasse* im marxistischen Sinne. Die am häufigsten auftretende Wortverbindung mit *Klasse* in den analysierten Texten ist *Klassenkampf* (*klassovaja bor'ba*). Der *Klassenkampf* in den kapitalistischen Ländern ist unausweichlich und nimmt zu. Diese Gesetzmäßigkeit wird nicht von der kommunistischen Bewegung initiiert, sondern ist Teil einer geschichtlichen Entwicklung (vgl. Text IV, S. 20 und Text 3, S. 96). Außerdem wird die friedliche Koexistenz als eine Form des *Klassenkampfes* zwischen Sozialismus und Kapitalismus beschrieben (vgl. Text IV, S. 22 und Text 5, S. 37). Andere deutsche Wortfügungen mit *Klasse-* sind *Klassengegensätze* oder *Klassenauseinandersetzungen*, wobei diese in den sowjetrussischen Reden keine direkten Entsprechungen aufweisen, sondern lediglich umschrieben werden wie zum Beispiel mit *klassy s različnymi interesami* (*Klassen mit unterschiedlichen Interessen*) (vgl. Text I, S. 55; Text VII, S. 368 und Text 3, S. 90).

Klasse als politisch-soziologische Kategorie bezeichnet eine durch die gleiche wirtschaftliche und soziale Lage und aufgrund dessen durch gemeinsame Interessen verbundene Gruppe der Gesellschaft (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Im dialektischen Materialismus wird diese Definition erweitert, indem das Hauptunterscheidungsmerkmal der einzelnen *Klassen* mit ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln zusammenhängt, wodurch der gesellschaftliche Reichtum einer *Klasse* ermittelt werden kann (vgl. Klappenbach/Steinitz). Der Begriff *Klassenkampf* ist in allen Nachschlagewerken verzeichnet, wird im Duden von 1942 jedoch noch nicht näher erläutert. Auch in den sowjetischen Lexika wird der Terminus angeführt, ohne näher auf ihn einzugehen. In den Wörterbüchern aus der DDR und der BRD wird *Klassenkampf* ausführlicher in bezug auf den dialektischen Materialismus beziehungsweise den Marxismus im Allgemeinen erklärt. In der DDR wird *Klassenkampf* als Auseinandersetzung zwischen den ausgebeuteten und ausbeutenden *Klassen*

in kapitalistischen Gesellschaften beschrieben (vgl. Klappenbach/Steinitz und Leipziger Duden 1968). Ähnliche Darstellungen finden sich auch in den BRD-Wörterbüchern.

Klasse und *Klassenkampf*, in ihrer marxistischen Bedeutungsvariante in Deutschland geprägt, sind ihrer Form nach eine **Lehnbedeutung** (*Klasse* - *klass*) und eine **Lehnübertragung** (*Klassenkampf* - *klassovaja bor'ba*) aus dem Deutschen. Die Verbindung von friedlicher Koexistenz als *Klassenkampf* zwischen Sozialismus und Kapitalismus wurde jedoch aus dem ideologischen Sprachgebrauch der Sowjetunion entlehnt.

kollektiv, kollektive Sicherheit

(russ. kollektivnyj, kollektivnaja bezopasnost')

Kollektiv bedeutet gemeinsam, wodurch im sozialistischen Gebrauch zumeist das Gemeinsame in einer Handlung oder einer Sache verdeutlicht wird. Besonders in bezug auf die *kollektiven Erfahrungen* (*kollektivnyj opyt*) der sozialistischen Gemeinschaft wird der Bezug auf das Gemeinsame, welcher das Lernen von der marxistisch-leninistischen Entwicklung in anderen Ländern, vor allem von der Sowjetunion, begünstigt, hergestellt (vgl. Text VII, S. 368 und Text 6, S. 8). *Kollektive Lösungen* (*kollektivnoe rassmotrenie* < kollektive Betrachtung) globaler Probleme werden jedoch unter der Zusammenarbeit der sozialistischen und kapitalistischen Staaten angestrebt. Diese Kooperation ist aufgrund der Gefährdung der Menschheit durch einen neuen atomaren Krieg unumgänglich (vgl. Text IX, S. 337 und Text 5, S. 23). Auf dieser Grundlage beruht auch das *System der kollektiven Sicherheit* (*sistema kollektivnoj bezopasnosti*) in Europa, das von der Sowjetunion zur Verbesserung der internationalen Lage in Europa propagiert wird. Aufgrund dieses Systems sollten die internationalen Spannungen abgebaut und der weltweite Friede garantiert werden (vgl. Text II, S. 712 und Text 2, S. 29-30; Text 6, S. 27).

Zusammengefasst lautet die Beschreibung der Dudenausgabe von 1942 für *kollektiv* gemeinschaftlich, gruppenweise. Ähnliche Definitionsansätze sind auch in allen anderen Wörterbüchern zu finden, wobei die sowjetischen Nachschlagewerke unter *kollektivnyj* zusätzlich noch ‚auf den Prinzipien des Kollektivismus beruhend‘ (vgl. Barchudarov und Ušakov) als Eintrag führen. Kollektivismus stellt unter anderem das Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität dar, welche auf die Allgemeinheit des Besitzes und der Arbeit aufbaut (vgl. Ušakov). Dieses Erklärungsmodell ist jedoch auf die in der Kontextanalyse auftretenden Wortverbindungen nicht übertragbar.

Die Verwendung von *kollektiv* anstelle von gemeinsam für die Bezeichnung von Gegenständen, welche die ganze sozialistische Gemeinschaft oder die gesamte Welt betreffen,

ist sowjetischen Ursprungs. *Kollektiv* ist ein Schlagwort, welches das Miteinander von Aktionen versinnbildlichen soll. Die gleiche Verwendungsweise von *kollektiv* in der DDR und der Sowjetunion lässt auf eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen schließen. Der Terminus *kollektive Sicherheit* hingegen stellt eine **Lehnübersetzung** aus dem Sowjetrussischen dar.

kolonial, Kolonie

(russ. kolonial'nyj, kolonija)

Die Befreiung der früheren *Kolonien* (vgl. Text 9, S. 20) stellt eine große Wende in der sozialistischen Geschichtsschreibung dar, indem sie den endgültigen Untergang des Imperialismus einläutet. Die unter der *kolonialen Unterdrückung* (*kolonial'noe ugnetenie*) durch die imperialistischen Mächte leidenden Völker (vgl. Text I, S. 19 und Text 5, S. 30) befreien sich von ihren *kolonialen* Fesseln, wodurch die *Kolonialherrschaft* des Imperialismus endlich zusammenbricht (vgl. Text IV, S. 19 und Text 2, S. 23; Text 3, S. 82).

Die Darstellung des lateinischstämmigen Wortes *Kolonie* in der Dudenausgabe von 1942 fasst folgende Begriffe zusammen: Ansiedelung, Schutzgebiet, Siedeland, Randsiedlung (vgl. Duden 1942). Dies entspricht nicht unbedingt der sozialistisch-kommunistischen Deutung dieses Lexems, die unter einer *Kolonie* ‚ein durch einen imperialistischen Staat unterworfenen und wirtschaftlich ausgebeutetes Gebiet‘ versteht (vgl. Klappenbach/Steinitz). Ähnliche Erklärungsansätze weisen auch die beiden untersuchten sowjetischen Lexika auf (vgl. Barchudarov und Ušakov). Die Wörterbuchdefinitionen in den BRD-Wörterbüchern sind milder in ihrem Urteil über die *Kolonien* und beschreiben sie als ausländische Besetzung eines Staates, die zu diesem Staat in einem politischen sowie wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis steht (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Verweise auf imperialistische Ausbeuterstaaten werden nicht angeführt.

Kolonien oder *koloniale* Gebiete, welche unter dem Joch der imperialistischen Ausbeuterstaaten stehen, sind Deutungszusammenhänge, die marxistisch-leninistischem Gepräge entstammen und sowohl in der Sowjetunion als auch der DDR auf gleiche Weise in den politischen Sprachgebrauch eingebaut werden. Die sozialistische Bedeutungsvariante von *Kolonie* und *kolonial* sind beides **Lehnbedeutungen** aus dem Sowjetrussischen.

Kommunismus, Kommunisten, kommunistisch

(russ. kommunizm, kommunisty, kommunističeskij)

Grundziel der marxistisch-leninistischen Lehre ist der *Sieg des Kommunismus (pobeda kommunizma)* auf der ganzen Welt (vgl. Text IV, S. 43 und Text 2, S. 38). Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unabdingbar, dass die *Kommunisten* untereinander unterstützend und solidarisch handeln (vgl. Text VII, S. 366 und 381 und Text 5, S. 22; Text 6, S. 22). Diese *Einheit der kommunistischen Bewegung (edinstvo kommunističeskogo dviženija)* begünstigt nämlich den *kommunistischen Aufbau (kommunističeskoe stroitel'stvo)* nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den restlichen sozialistischen Ländern (vgl. Text VII, S. 364 und 381 und Text 3, S. 107 und 96).

Kommunismus wird im DDR-Wörterbuch von Klappenbach/Steinitz als „die auf den Sozialismus folgende klassenlose Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der sämtliche Produktionsmittel Volkseigentum und alle Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden“ (Klappenbach/Steinitz, S. 2159) definiert. Ein im Großen und Ganzen dieser Beschreibung ähnelndes Erklärungsmodell lässt sich im sowjetischen Nachschlagewerk von Barchudarov finden, wobei die sowjetische Darstellung ausführlicher auf die theoretische Bestimmung des *Kommunismus* eingeht. Auch der Mannheimer Duden schließt sich dieser marxistischen Deutungsweise an und fügt zusätzlich hinzu, dass es sich hierbei um eine politische Bewegung handelt, die sich gegen den Kapitalismus richtet. *Kommunist* als Anhänger des *Kommunismus* und *kommunistisch* als zum Kommunismus gehöriges Adjektiv werden in keinem der bearbeiteten Lexika näher besprochen.

Die Wortkette *Kommunismus, Kommunisten, kommunistisch* entspringt dem Zentrum der marxistischen Lehre. Lenin nahm diese Lehre mitsamt seiner aus dem Deutschen stammenden Terminologie auf und entwickelte sie weiter. Die Teilung der Entwicklung vom Kapitalismus zum *Kommunismus* stammt von Marx, der jedoch noch keine genaue Definition der verschiedenen Phasen anstrebte. Unter Lenin kam es zur strikten Zweiteilung in die Phase des Sozialismus und die Phase des *Kommunismus* (vgl. Reich 1968, S. 123-124). Diese leninistische Bedeutungserweiterung wurde in der politischen Rede der DDR übernommen, weshalb die Wortgruppe *Kommunismus, Kommunisten, kommunistisch* in gewissem Sinne eine **Lehnbedeutung** ist.

Konterrevolution, konterrevolutionär

(russ. kontrrevoljucija, kontrrevoljucionnyj)

Das französischstämmige Wort *Konterrevolution* mit dem Präfix *konter-*, das *gegen* bedeutet, entspricht dem deutschen Begriff *Gegenrevolution*. *Konterrevolutionäre Kräfte* (*kontrrevoljucionnye sily*) in den sozialistischen Staaten betreiben Aktionen gegen den Sozialismus und Kommunismus und versuchen somit die alte Ordnung wieder herzustellen, wodurch sie aus sozialistischer Sichtweise nachhaltig den Frieden in Europa und der Welt gefährden (vgl. Text VI, S. 144 und Text 6, S. 14-15). *Konterrevolutionäre* Anschläge werden immer von außen, vorrangig von imperialistischen Kreisen, unterstützt (vgl. Text IX, S. 338 und Text 6, S. 14). Damit wird versucht die Ausbreitung des Sozialismus-Kommunismus in der Welt zu verhindern.

Wie bereits erwähnt wurde, handelt es sich bei *Konterrevolution* um ein Wort, das in seiner Bedeutung und Form aus dem Französischen entlehnt wurde und die deutsche Bedeutung *Gegenrevolution* trägt. Dieser Bedeutungsansatz ist in allen deutschsprachigen Nachschlagewerken zu finden, wohingegen die sowjetischen Lexika spezifischer auf die gegen die sozialistischen Revolutionen gerichteten Bewegungen, die versuchen die vorrevolutionären Verhältnisse wiederherzustellen, eingehen (vgl. Ušakov). Ähnliche Darstellungsweisen sind in den Leipziger Dudenausgaben verzeichnet, wobei hier die gegenrevolutionären Handlungsträger als reaktionäre Klassen beschrieben werden (vgl. Leipziger Duden 1968). In den BRD-Wörterbüchern werden neben der allgemeinen Darstellung der *Gegenrevolution* ähnliche Definitionsansätze angeführt, wobei diese mit dem Kennzeichen marxistisch aufgelistet werden.

Der Begriff *Konterrevolution* und das dazugehörige Adjektiv *konterrevolutionär* werden vor allem im sozialistischen Raum für gegen den Sozialismus im eigenen Lande gerichtete Aktionen, welche die alte Ordnung durch ausländische Hilfe wiederherzustellen versuchen, herangezogen. Diese Verwendungsweise speziell im Zusammenhang mit gegen den Sozialismus und seine Einflussbereiche gerichtete Handlungen ist sowjetischen Ursprungs. Aufgrund dessen stellt das Wortpaar *Konterrevolution, konterrevolutionär* im offiziellen Sprachgebrauch der DDR eine **Lehnbedeutung** aus der offiziellen sowjetrussischen Rede dar.

Kooperation

(russ. kooperacija, kooperirovanie)

Kooperation wird in den deutschen wie in den russischen Texten vor allem in Zusammenhang mit der *Kooperation und Spezialisierung der Produktion (specializacija i kooperacija/kooperirovanie proizvodstva)* innerhalb der sozialistischen Länder (vgl. Text VI, S. 141 und Text 3, S. 78; Text 6, S. 11) angewendet. Dies soll in erster Linie der Maximierung der Wirtschaftsleistung der sozialistischen Gemeinschaft dienen und in weiterer Folge helfen den Kapitalismus im wirtschaftlichen Wettbewerb zu überrunden. In den sowjetrussischen Reden wird für das lateinischstämmige Lexem abwechslungsweise *kooperacija* und *kooperirovanie* in der gleichen Bedeutung verwendet.

Das ursprünglich lateinische Wort *Kooperation* wird in der Dudenausgabe von 1942 noch als Zusammenwirken beschrieben, wobei in den untersuchten Texten *Kooperation* im politökonomischen Sinne verwendet wird. Demnach wird unter *Kooperation* eine Form der Arbeitsorganisation verstanden, bei der viele Menschen und Betriebe gleichzeitig an miteinander verbundenen Arbeitsprozessen teilnehmen (vgl. Barchudarov und Leipziger Duden 1968). Die Mannheimer Dudenausgabe beschreibt *Kooperation* zusammengefasst ebenfalls als Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher oder politischer Ebene (vgl. Mannheimer Duden). Das Vorkommen zweier russischer Varianten für das deutsche Lexem *Kooperation* lässt sich dadurch begründen, dass das auf dem eigentlichen Substantiv *kooperacija* beruhende Verb *kooperirovat* eine substantivierte Ableitung bilden kann, die *kooperirovanie* lautet und in den angegebenen Texten gleichwohl verwendet wird wie *kooperacija*.

Kooperation in seiner politökonomischen Verwendungsweise wurde durch die Schriften von Marx, also über den Weg des Deutschen, in die politische Sprache der Bolschewiken aufgenommen und in seiner Definition im Zuge des Aufbaus der Planwirtschaft in der Sowjetunion den realen Bedingungen angepasst. Die *Kooperation und Spezialisierung der Produktion* in allen sozialistischen Ländern über ihre Staatsgrenzen hinaus, wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg initiiert und stellt in dieser Verwendungsvariante eine Bedeutungserweiterung dar. Die DDR als Teil der sozialistischen Gemeinschaft nimmt an dieser Arbeitsteilung der sozialistischen Wirtschaftsform teil und übernimmt infolgedessen auch die Bedeutung der *Kooperation* der Staaten sozialistisch-kommunistischer Prägung, weshalb an dieser Stelle von einer **Lehnbedeutung** die Rede ist.

Koordinierung

(russ. koordinacija)

Koordinierung in den analysierten Texten aus der DDR und der Sowjetunion bedeutet die *Koordinierung der außenpolitischen Handlungen* (*koordinacija vnešnepolitičeskoj dejatel'nosti*) der sozialistischen und kommunistischen Staaten (vgl. Text VII, S. 368 und Text 6, S. 9). Vor allem in bezug auf den Warschauer Vertrag, der als Zentrum der außenpolitischen *Koordinierung* gilt, wird dieser Zusammenhang hergestellt (vgl. Text IX, S. 334). Die außenpolitische *Koordinierung* in diesem Sinne stellt sowohl in den russischen als auch deutschen Texten eine stehende Phrase dar, die nicht weiter erläutert werden muss, da sie für sich alleine bereits genug Erklärung beinhaltet.

Koordinierung als substantivierte Ableitung des Verbs *koordinieren* entspringt dem Lateinischen und wird sowohl in den sowjetischen als auch den deutschen Wörterbüchern nicht sehr ausführlich als etwas aufeinander Abgestimmtes (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz, Ušakov und Wahrig) erklärt. Diese Beschreibung trifft auf den Wortgebrauch in den untersuchten Texten zu, wobei der Kontext der gemeinsamen außenpolitischen Tätigkeit innerhalb des sozialistischen Staatenbündnisses immer gleich ist. Diese Gebundenheit der Wortverwendung lässt auf eine **Lehnbedeutung** der sowjetrussischen Anwendungsweise dieses Lexems schließen.

Kräfte

(russ. sily)

Kräfte als Mehrzahlwort wird in den bearbeiteten Texten in der Bedeutung von einflussausübender gesellschaftlicher Gruppe (vgl. Barchudarov und Wahrig) verwendet. Hierbei kann es sich entweder um *Kräfte* des sozialistischen oder des kapitalistischen Lagers handeln, die einander gegenüberstehen. *Kräfte* als Wort an sich ist also neutral und kann sowohl für die eigene als auch für die gegnerische Seite eingesetzt werden. In bezug auf die den Sozialismus vertretenden Gruppierungen, wird von den demokratischen, fortschrittlichen und um Freiheit und Frieden kämpfenden *Kräften* gesprochen (vgl. Text I, S. 17; Text IV, S. 21; Text VII, S. 365 und Text 3, S. 96; Text 6, S. 5; Text 9, S. 17). Die kapitalistischen *Kräfte* hingegen vertreten den Imperialismus und die Reaktion und sind grundsätzlich aggressiv, weshalb sie bekämpft werden müssen (vgl. Text IV, S. 42; Text VII, S. 372 und Text 6, S. 14; Text 3, S. 96).

Kräfte als Pluralform und in der soeben erläuterten Anwendungsmöglichkeit wird in den sowjetischen sowie in den BRD-Wörterbüchern angeführt und näher als gesellschaftlich

gleich ausgerichtete Gruppe von Menschen, die Einfluss ausübt, erklärt (vgl. Barchudarov und Wahrig). In den DDR-Nachschlagewerken fehlen Angaben zu dieser Bedeutungsvariante.

Der vermehrte Gebrauch von *Kräfte* als Sinnbild der handelnden Gewalt in den Ländern des Sozialismus oder Kapitalismus spiegelt sich auch im Ausdruck Kräfteverhältnis wieder, der vor allem auf sozialistischer Seite gebraucht wird. Die ganze Kräfte metaphorik wird in den sowjetischen Texten sehr ausgereizt, was wiederum Einfluss auf die Anwendung dieses Begriffs in der politischen Sprache der DDR nimmt. *Kräfte* in der erwähnten Definition ist keine Spezialität des Sowjetrussischen, wird in der Sowjetunion jedoch überaus gerne für die Verallgemeinerung spezieller Eigenschaften, welche auf sozialistischer Seite dem Sozialismus oder dem Kapitalismus zugeschrieben werden, gebraucht. Diese Verwendungsweise ist in den DDR- und Sowjet-Texten gleich und stellt in diesem Sinne eine **Lehnbedeutung** dar.

Kreise

(russ. krugi)

Kreise als Ausdruck für eine gesellschaftliche Gruppe wird im sozialistischen Sprachgebrauch fast ausschließlich zur Benennung des Gegners, der dem Sozialismus in irgendeiner Art feindlich gegenüber steht, gebraucht. Die Rede ist von (*aggressiven*) *imperialistischen Kreisen* (*agressivnye imperialističeskie krugi*) (vgl. Text IV, S. 27 und Text 6, S. 26) oder von den *herrschenden Kreisen* (*pravjaščie krugi*) in der BRD, in Bonn oder in den kapitalistischen Ländern im Allgemeinen, die sich gegen den sozialistischen Machtbereich richten (vgl. Text IV, S. 25 und Text 3, S. 83 und 92). Vor allem in der DDR wird der Begriff *herrschende Kreise* in bezug auf die Regierung in der Bundesrepublik, die der DDR feindlich gesinnt ist, angewendet.

Kreise im übertragenen Sinn bedeutet gesellschaftliche Gruppe oder Schicht, die durch denselben sozialen Status oder Beruf geprägt ist (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz und Wahrig). Diese Erklärung lässt sich in Sowjet-, DDR- und BRD-Wörterbüchern finden und entspricht im Grunde der oben erläuterten Verwendungsweise von *Kreise*. Auf die negative Konnotation des Begriffs wird jedoch in keinem der Nachschlagewerke eingegangen. Aufgrund der negativen Wertung dieses Ausdrucks in den untersuchten Texten, liegt jedoch die Annahme nahe, dass es sich hierbei um ein sozialistisches Spezifikum handelt. Um hierzu handfeste Beweise liefern zu können, müssten noch zahlreiche zusätzliche Texte aus dem sozialistisch-kommunistischen Einflussbereich untersucht werden, von einer Tendenz in diese Richtung kann jedoch ausgegangen werden.

Kreise wird in den Texten der DDR und der Sowjetunion häufig als Bezeichnung für handlungstragende Gruppierungen in den der sozialistischen Gemeinschaft feindlich gesinnten Machtsphären verwendet. Ich nehme an, dass es sich hierbei um eine **Lehnbedeutung** aus dem sowjetrussischen Sprachgebrauch handelt, obwohl diese Vermutung nicht eindeutig belegt werden kann.

Krise des Kapitalismus

(russ. krizis kapitalizma)

Die *Krise des Kapitalismus* ist eine der maßgeblichen Lehrformeln der Politökonomie. Die *allgemeine Krise des Kapitalismus (obščij krizis kapitalizma)* ist stetiger Begleiter des Kapitalismus und vertieft sich im Laufe der Zeit immer mehr (vgl. Text VII, S. 378 und Text 6, S. 16). Die *zyklische Krise (očerednoj krizis)*, die von Zeit zu Zeit das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Ländern negativ beeinflusst, äußert sich im Anstieg der Inflation und Arbeitslosigkeit (vgl. Text VII, S. 378 und Text 6, S. 17).

Die Begriffe *allgemeine Krise* und *zyklische Krise des Kapitalismus* entstammen der Politökonomie, wobei Krise in dieser Bedeutung nur in den sowjetischen Lexika ausführlicher als periodische Überproduktion von Waren in den kapitalistischen Ländern, die zur Vernichtung der Kleinunternehmer, der Kürzung der Produktion und Arbeitslosigkeit führt (vgl. Ušakov), beschrieben wird. Das ursprünglich griechische Wort Krise bedeutet im Grunde Lage oder Situation, die den Höhe- und Wendepunkt einer schwierigen Entwicklung markiert (vgl. Mannheimer Duden).

Krise des Kapitalismus als politökonomischer Terminus wurde von Marx geprägt und stellt somit im Russischen eine **Lehnübersetzung** aus dem Deutschen dar.

L

Lager

(russ. lager')

Die Lagersymbolik wird im sozialistischen Sprachgebrauch ähnlich wie die Kräfte metaphorik verwendet, um die einflussreichen Gruppen des Kapitalismus und des Sozialismus zu benennen und in diesem Fall von einander abzugrenzen. Die Teilung der Welt in zwei *Lager* während des Kalten Krieges beziehungsweise des Bestehens des Ostblocks ist ausschlaggebend für die Verwendung dieses Sinnbilds. Das *sozialistische Lager (socialističeskij lager')* kennzeichnet das Positive in der Gemeinschaft der sozialistischen Länder (vgl. Text IV, S. 42 und Text 3, S. 101), deren Wirtschaftsentwicklung stetig steigt

(vgl. Text IV, S. 33 und Text 2, S. 10), wohingegen das *kapitalistische Lager* (*kapitalističeskij lager*) den rückständigen Imperialismus charakterisiert, der im DDR-Kontext Grund für die Spaltung Deutschlands ist (vgl. Text I, S. 17).

Das ursprünglich aus dem Deutschen stammende Wort *Lager*, das zur Fachsprache des Militärs gehört, wo mit *Lager* vorübergehende einfache Wohnanlagen für Armeeingehörige (vgl. Ušakov) bezeichnet werden, wurde in diesem Sinne ins Russische übernommen. Die übertragene Bedeutung von *Lager*, die in unserem Fall besprochen wird, lautet Gruppe von Menschen, Parteien oder Staaten, welche die gleichen politischen Ansichten und Überzeugungen teilen (vgl. Klappenbach/Steinitz und Ušakov). Im Mannheimer Duden wird zusätzlich die Weltanschauung als Kriterium einer gewissen Lagerzugehörigkeit erwähnt und seltsamerweise die Phrase ‚ins westliche *Lager* überwechseln‘ angeführt und in eine Reihe mit dem feindlichen *Lager* gestellt (vgl. Mannheimer Duden). Es mutet ein wenig eigenwillig an, dass in einem BRD-Wörterbuch das westliche *Lager* mit dem Feind verbunden wird, was auf die Entnahme dieses Beispiels aus der sozialistischen Phraseologie schließen lässt.

Die Lagerteilung der Welt während der Zeit des Kalten Krieges wurde auf sozialistischer Seite geprägt, wobei der sowjetische Sprachgebrauch hierbei wohl als Vorbild diente. Aufgrund dessen fällt *Lager* in der offiziellen Rede der DDR unter die Kategorie **Lehnbedeutung**.

M

Marxismus-Leninismus, marxistisch-leninistisch (russ. marksizm-leninizm, marksistsko-leninskij)

Der *Marxismus-Leninismus* als Lehre des Sozialismus und Kommunismus wurde von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt. Auf den Grundsätzen des *Marxismus-Leninismus* ist die Politik in der Sowjetunion und in allen von ihr beeinflussten Staaten, also auch der DDR, aufgebaut (vgl. Text IV, S. 45 und Text 3, S. 99). Grundlage eines sozialistisch oder kommunistisch regierten Staates ist die *marxistisch-leninistische Partei* (*marksistsko-leninskaja partija*) (vgl. Text IV, S. 45 und Text 3, S. 100), die sich in ihrer Politik an die *marxistisch-leninistische Lehre* (*marksistsko-leninskoe učenie*), die von Chruščev auf dem 22. Parteitag in Hinblick auf die Politik der friedlichen Koexistenz weiterentwickelt wurde, hält (vgl. Text IV, S. 46 und Text 3, S. 103; Text 6, S. 22).

Der *Marxismus-Leninismus* wird in den untersuchten Wörterbüchern erst nach dem Zweiten Weltkrieg erwähnt und als der von Lenin weiterentwickelte Marxismus, der auf den Theorien von Marx und Engels beruht, beschrieben (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz

und Mannheimer Duden). In diesem Sinne stammt der *Marxismus-Leninismus* aus dem sowjetischen Sprachgebrauch und wurde von dort in die Welt hinausgetragen. Die sowjetische Anwendung des *Marxismus-Leninismus* wird in der DDR übernommen, weshalb bei den Termini *Marxismus-Leninismus* und *marxistisch-leninistisch* von einer **Lehnübersetzung** die Rede ist.

Masse

(russ. massa)

Die breiten *Massen der Bevölkerung* (*massy naselenija*) bestimmen in der sozialistischen Gesellschaft maßgeblich das politische Geschehen mit, oder anders gesagt, die Macht geht vom Volke aus. So lautet das Credo der marxistisch-leninistischen Lehre. Dieser Massencharakter, welcher dadurch der Bevölkerung eines Staates zugeschrieben wird, verallgemeinert die Wünsche, Forderungen und Einstellungen der einzelnen Individuen maßgeblich und lässt diese im wahrsten Sinne des Wortes zu einer *Masse* verschmelzen. Die *Volksmassen* (*narodnye massy*) können sowohl in bezug auf die Bevölkerung eines oder mehrerer sozialistischer Staaten angewendet werden, wobei versucht wird, gemäß dem Willen des Volkes (vgl. Text I, S. 34-35 und Text 6, S. 30) zu handeln. Andererseits wird auch auf die *Massen der Bevölkerung* anderer kapitalistischer Länder, die von den Kapitalisten beherrscht werden, aber immer wieder den Widerstand prüfen und für ihre eigenen Interessen und Rechte eintreten, referiert (vgl. Text I, S. 16; Text II, S. 730 und Text 2, S. 19 und 27). In jedem Fall werden die breiten *Volksmassen* positiv bewertet und sind die eigentlichen Träger der Macht, die sie in den sozialistisch geprägten Herrschaftsformen bereits ausüben und in den kapitalistischen Machtsphären erst erringen müssen.

Im sozialistisch-kommunistischen Raum wird *Masse* mit der werktätigen Bevölkerung gleichgesetzt (vgl. Barchudarov und Klappenbach/Steinitz). Diese als marxistisch gekennzeichnete Bedeutungsvariante im Mannheimer Duden betont vor allem den revolutionären Charakter der *Masse*, die sich gegen ihre Unterdrückung in der Gesellschaft zu wehren versucht (vgl. Mannheimer Duden). Außerdem wird *Masse* in den BRD-Wörterbüchern auch im negativen Sinne als unstrukturierte Menschenmenge, die aufgrund des Fehlens individuellen Denkverhaltens konformistisch agiert und im Zuge dessen seine Urteilsfähigkeit einbüßt, erläutert (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Dieser Erklärungsansatz ist in den DDR- und Sowjet-Nachschlagewerken nicht verzeichnet, in denen die *Masse* als etwas rein Positives in Erscheinung tritt.

Masse als Schicht der werktätigen Bevölkerung eines Landes zählt zur sozialistisch-kommunistischen Wortbedeutung, die vor allem im Zuge der Oktoberrevolution an Macht gewann. Lenins Vision vom Massenaufstand der Proletarier in den übrigen europäischen Industrieländern nach der russischen Revolution erfüllte sich jedoch nicht, weshalb die Massenbewegung zunächst nur auf sowjetischem Boden erprobt wurde. Die revolutionäre *Masse*, die sich gegen die kapitalistische Macht auflehnt, wurde wohl vor allem in Russland und der späteren Sowjetunion geprägt, weshalb *Masse* in diesem Sinne eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen darstellt.

Militarisierung

(russ. militarizacija)

Militarisierung wird in erster Linie mit der Aufrüstung in kapitalistischen Ländern sowie mit der damit verbundenen Rüstungsindustrie in Zusammenhang gebracht. Hierbei erweist sich das Geschäft mit der sich ausdehnenden *Militarisierung* als äußerst profitabel, weshalb die Kriegstätigkeit der USA in vielen Teilen der Welt als Motor für die eigene Wirtschaftsleistung betrachtet wird (vgl. Text VI, S. 147 und Text 2, S. 7; Text 9, S. 25). Die DDR konzentriert sich vor allem auf die *Militarisierung* in Westdeutschland, welche die Grenzen der DDR und damit das Bestehen der ganzen Deutschen Demokratischen Republik gefährdet (vgl. Text III, S. 293).

Militarisierung und *militarizacija* leiten sich sowohl im Russischen als auch im Deutschen vom dazugehörigen Verb *militarisieren* beziehungsweise *militarizirovat'* ab. Unter *Militarisierung* wird einerseits die Errichtung militärischer Anlagen oder das Aufstellen von Truppen und andererseits die Unterstellung eines Landes, seiner Wirtschaft und dergleichen unter den Dienst militärischer Interessen verstanden (vgl. Barchudarov und Mannheimer Duden).

Militarisierung als permanente Kriegsvorbereitung des Westens gegen den Osten wird auf sowjetischer Seite vor allem in Verbindung mit der US-amerikanischen Rüstungsindustrie angewendet, wobei diese Bedeutung in der DDR hinsichtlich der Truppenaufstockung und Grenzsicherung der BRD gebraucht wird. Beide Anwendungsbereiche verweisen auf das Wettrüsten während des Kalten Krieges. Die Bedrohung des Sozialismus-Kommunismus durch die *Militarisierung* des Westens wird von der Sowjetunion als großes Drohgebilde empfunden, und speziell die DDR fühlt sich durch die militärischen Aktivitäten in der BRD gefährdet. *Militarisierung* in diesem Sinne ist eine **Lehnbedeutung** aus der sowjetischen

Propagandasprache, wobei dieser Begriff an sich keine neue Bedeutung erhält, sondern lediglich der Kontext, in dem er vorkommt, entlehnt wird.

Militarismus, Militaristen, militaristisch

(russ. militarizm, militaristy, militarističeskij)

Die Kräfte des *Militarismus* (*sily militarizma*) sind in den imperialistischen Reihen angesiedelt (vgl. Text IV, S. 25 und Text 6, S. 30) und werden im DDR-Umfeld aber auch in der Sowjetunion mit den *westdeutschen Militaristen* (*zapadnogermanskije militaristy*), die mit ihrer Revanchepolitik die DDR und somit den Sozialismus in Europa gefährden, in Verbindung gebracht (vgl. Text IV, S. 33 und Text 5, S. 33). Der Einfluss der *militaristischen* und reaktionären Kreise in den kapitalistischen Ländern nimmt stetig zu (vgl. Text I, S. 21 und Text 2, S. 19) und erinnert an die *militaristisch-faschistischen* Diktaturen während des Zweiten Weltkriegs (vgl. Text 2, S. 34; Text 6, S. 30).

Militarismus wird im Sowjet-Wörterbuch von Barchudarov als reaktionäre Politik der Rüstung und Kriegsvorbereitung imperialistischer Staaten beschrieben und auf diese Weise in den untersuchten Texten auch verwendet. Die Erklärungsansätze in den deutschsprachigen Nachschlagewerken sind komplizierter und ausführlicher. In der DDR folgt man im Großen und Ganzen der sowjetischen Definition, wobei hier ein großes Augenmerk auf die Unterordnung der Volksmassen unter die militärische Herrschaft der reaktionären Schicht gelegt wird (vgl. Klappenbach/Steinitz und Leipziger Duden 1968). In der BRD wird die Begriffsklärung zu *Militarismus* abstrakter gehalten, indem er im Grunde als militärisches Denken in der Politik, im Staat und in der Gesellschaft beschrieben wird (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig).

Militarismus als Erscheinung des Imperialismus, der den Sozialismus bedroht, greift auf den sowjetischen Gebrauch dieses Lexems zurück, weshalb es sich bei diesem Begriff in der offiziellen Sprache der DDR um eine **Lehnbedeutung** aus der politischen Rede der Sowjetunion handelt. Gleiches gilt für das Substantiv *Militaristen* und das Adjektiv *militaristisch*, die zum Wortfeld *Militarismus* gehören.

Monopol(-), Monopolist, monopolistisch

(russ. monopolija, monopolist, monopolističeskij)

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung unterstützt die Bildung von *Monopolen*, die mithilfe ihrer steigenden Profite eine eigene Klasse, nämlich das *Monopolkapital* (*monopolističeskij kapital*), das den Imperialismus unterstützt und sich die Staatsorgane

unterzuordnen versucht, bildet (vgl. Text I, S. 19; Text VII, S. 380 und Text 2, S. 7 und 15; Text 5, S. 9), um die Rechte und Interessen der Werktätigen zu hintergehen (vgl. Text IV, S. 35 und Text 9, S. 17). Deshalb wird zum Kampf gegen das *Monopolkapital* aufgerufen, um die Auflösung der kapitalistischen *Monopole* zu ermöglichen (vgl. Text I, S. 23; Text VII, S. 380 und Text 5, S. 19). Zentrum der Monopolmächte sind die USA, die mithilfe ihrer *monopolistischen* Bourgeoisie die Interessen des *Monopolkapitals* vertreten (vgl. Text V, S. 62 und Text 9, S. 13; Text 6, S. 23). *Monopolisten*, die um Märkte buhlen und etwaige Fehlschläge in ihren Aktionen auf den Schultern der Werktätigen abwälzen, lassen sich auch in Westdeutschland finden (vgl. Text II, S. 731).

Die Grundbedeutung des griechischstämmigen Wortes *Monopol* lautet Alleinhandel (vgl. Duden 1942). *Monopol* in der Bedeutung von Vereinigungen kapitalistischer Unternehmen auf Grundlage konzentrierten Kapitals zur Beherrschung der Produktion, um größtmöglichen Profit zu erwirtschaften, kann in den DDR-Wörterbüchern und im sowjetischen Nachschlagewerk von Barchudarov gefunden werden. Das *Monopolkapital* stellt hierbei das in diesen Vereinigungen konzentrierte Kapital dar (vgl. Leipziger Duden 1951). Auf Seiten der BRD werden solche *Monopole* als Unternehmen oder Unternehmensketten mit marktbeherrschender Stellung beschrieben, die entweder als alleinige Anbieter oder Nachfrager auftreten und deswegen die Preise bestimmen können (vgl. Wahrig und Mannheimer Duden). *Monopolisten* sind in diesem Erklärungsmodell die Inhaber solcher *Monopole* (vgl. Klappenbach/Steinitz, Barchudarov und Wahrig).

Die Wortkette *Monopol, Monopolist, monopolistisch* und dazugehörige Wortfügungen werden in der sozialistischen Weltanschauung zum Teil anders verstanden als im Westen, wo *Monopole* lediglich eine spezielle, wenn vielleicht auch nicht gerade wünschenswerte, Form der Unternehmensbildung darstellen. Im Sozialismus-Kommunismus hingegen sind *Monopole* die Ausgeburt des Kapitalismus und Imperialismus, welche die Arbeiterklasse unterdrücken und deshalb vernichtet werden müssen. Diese Definition stammt zum Teil von Marx, weshalb die Wortgruppe um *Monopol* und ihre Bedeutung eine Entlehnung vom Deutschen ins Russische darstellt. Die starke Ideologisierung des Begriffs entspringt jedoch der sowjetischen Propagandasprache, die vor allem der USA die Monopolbildung vorwirft, und wird in der DDR übernommen, weshalb eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen vorliegt.

Nationalismus, nationalistisch

(russ. nacionalizm, nacionalističeskij)

Nationalismus im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch steht für die Überschätzung der eigenen Nation, sei es nun ein abtrünniges sozialistisches Land, das sich gegen die Sowjetunion wendet (vgl. Text 6, S. 22) oder ein kapitalistischer beziehungsweise imperialistischer Staat wie zum Beispiel die BRD, die in *nationalistischer* Art und Weise Propaganda gegen die DDR betreibt (vgl. Text V, S. 38). *Nationalistische* Bestrebungen in den eigenen Reihen müssen, der Meinung der Sowjetunion folgend, bekämpft werden (vgl. Text 5, S. 24).

Nationalismus bedeutet die Überschätzung der eigenen und Missachtung anderer Nationen. Auf sozialistisch-kommunistischer Seite wird hinzugefügt, dass dies die Bestrebungen der reaktionären, bürgerlichen Ideologie sind (vgl. Klappenbach/Steinitz und Ušakov). Diese Auffassung wird in den BRD-Wörterbüchern nicht geteilt.

Die DDR-deutsche Definierung des Begriffs *Nationalismus* stimmt mit der sowjetischen überein und unterscheidet sich von der westdeutschen Darstellung in ihrer ideologischen Bestimmung. Die Anwendungsgebiete von *Nationalismus* divergieren in den durchgesehenen deutschen und russischen Texten, in Hinblick darauf, dass *nationalistische* Tendenzen laut der Sowjetunion vor allem sozialistische Abweichler befallen, wohingegen *Nationalismus* in der DDR in den meisten Fällen mit Westdeutschland verbunden wird. Der ideologische Kontext, dass nationalistische Handlungen in erster Linie das sozialistische System schädigen, stimmt jedoch überein. In dieser Bedeutungsvariante stellen *Nationalismus* und *nationalistisch* eine **Lehnbedeutung** aus der sowjetischen Ideologie dar.

Neokolonialismus, neokolonialistisch

(russ. neokolonializm, neokolonialističeskij)

Neokolonialismus im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch bezeichnet die weiter bestehende wirtschaftliche Ausbeutung und politische Bevormundung der ehemaligen Kolonien durch ihre früheren Kolonialherren, die imperialistischen Mächte (vgl. Text IV, S. 19; Text VII, S. 381 und Text 9, S. 20-21). Diese *neokolonialistische* Politik des Imperialismus und Kapitalismus muss zum Wohle der befreiten Völker bekämpft werden (vgl. Text VII, S. 374 und Text 5, S. 27).

Der Terminus *Neokolonialismus* ist eine Neuprägung, die den Zustand der weiteren wirtschaftlichen und zum Teil politischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den entwickelten Industriestaaten nach der formalen Beendigung ihrer Kolonialherrschaft in

diesen Ländern beschreibt (vgl. Wahrig). Diese Grunddefinition entspricht auch der Bedeutungsvariante in den DDR-Wörterbüchern, welche den Begriff entwickelte Industriestaaten jedoch durch imperialistische Staaten ersetzen und außerdem hinzufügen, dass die Entfaltung der nationalen Selbstständigkeit und die progressive Entwicklung in diesen Ländern durch die *neokolonialistische* Politik behindert wird (vgl. Klappenbach/Steinitz und Leipziger Duden 1968). Einträge zu *Neokolonialismus* und *neokolonialistisch* sind in den beiden sowjetischen Lexika noch nicht verzeichnet. Dieses Fehlen kann darauf zurückgeführt werden, dass die beiden Nachschlagewerke aus den 30er beziehungsweise 50er Jahren des 20. Jahrhunderts stammen und *neokolonialistische* Tendenzen nach dem Verlust der Kolonien erst allmählich in Erscheinung traten.

Neokolonialismus und das bezeichnende Adjektiv *neokolonialistisch* benennen einen Sachverhalt, der vor dem Zweiten Weltkrieg noch nicht existierte und sowohl auf Seiten des Westens als auch des Ostens definiert werden musste. Da an dieser Stelle die Beschreibungen der sowjetischen Wörterbücher fehlen, muss zunächst die Untersuchung der Texte aus der DDR und der Sowjetunion zur Bestimmung der Lehnbeziehung des Lexems *Neokolonialismus* dienen. Im Sowjetrussischen wie im DDR-Deutschen handelt es sich um die gleiche Verwendungsweise und die gleiche Bedeutung des Wortes, wobei die ideologische Prägung beider Länder hierfür ausschlaggebend ist. Die imperialistischen Nationen, welche ihre Macht in den von der Kolonialherrschaft befreiten Ländern auch künftig ausüben versuchen, um sie weiterhin auszubeuten und in ihrer Entwicklung zu hindern, sind Teil der sozialistisch-kommunistischen Weltauffassung. Da in ideologischer Hinsicht die Sowjetunion Vorbildcharakter für die sozialistischen Staaten in Europa hat, kann davon ausgegangen werden, dass die ideologische Wertung des Begriffspaares *Neokolonialismus* und *neokolonialistisch* sowjetischen Ursprungs ist und von der DDR übernommen wurde, weshalb in diesem Fall für eine **Lehnbedeutung** plädiert wird.

Nichteinmischung

(russ. nevmešatel'stvo)

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten (nevmešatel'stvo vo vnutrennie dela) eines anderen Staates ist ein wichtiges Prinzip der sozialistischen Gemeinschaft. *Nichteinmischung* beschreibt in erster Linie die Achtung der Souveränität sozialistischer Staaten durch ihre kapitalistischen Nachbarn. Vor allem in der politischen Rede der DDR, die sich permanent von der BRD bedroht fühlt, ist dieser Grundsatz oder anders ausgedrückt diese Forderung sehr präsent (vgl. Text III, S. 296 und Text 2, S. 33). Andererseits sind

ebenfalls alle Angehörigen des sozialistischen Staatenbündnisses dazu aufgefordert, sich nicht in die innere Politik eines anderen Bündnisstaates einzumischen. Dieses Prinzip wird vor allem auf sowjetischer Seite gepredigt, die auf den Charakter der Gleichberechtigung, der *Nichteinmischung* in die inneren Angelegenheiten sowie die Eigenständigkeit der einzelnen Parteien und Länder der sozialistischen Staaten untereinander besteht (vgl. Text V, S. 41 und Text 5, S. 6).

Das völkerrechtliche Prinzip des Sichnichteinmischens in die Angelegenheiten eines anderen Staates als Grunddefinition für das angeführte Lexem lässt sich in allen Nachschlagewerken, in denen der Begriff *Nichteinmischung* vermerkt ist, finden (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden, Ušakov und Wahrig). Eine Abweichung in der Wortbeschreibung zwischen sozialistisch geprägten Wörterbüchern und den Lexika der BRD ist nicht feststellbar.

Die Anwendung des allgemeinen Begriffs der *Nichteinmischung* für die Behauptung der Souveränität sozialistischer Staaten entspringt aller Wahrscheinlichkeit nach dem Bedürfnis, die rechtliche Legitimität der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen sozialistischen Länder in Europa zu untermauern und ihren eingeschlagenen sozialistischen Weg zu respektieren. Dies trifft vor allem auf die Gründung der DDR zu, die durch die damit verbundene Zweiteilung Deutschlands Anspruch auf die Anerkennung ihrer Grenzen suchte. Außerdem beteuert die Sowjetunion sich in Hinblick auf die Selbstständigkeit der neu entstandenen sozialistischen Staaten an das Prinzip der *Nichteinmischung* zu halten und die interne Politik der dort herrschenden Parteien nicht zu kontrollieren. Diese spezielle Anwendungsweise des erläuterten Lexems entspringt der sowjetischen Forderung nach Respektierung der Souveränität jener Republiken, die sich nach 1945 in Europa dem sozialistischen System angeschlossen haben. In weiterer Folge wird die Nichteinmischungs-Politik auch in den eigenen Reihen in bezug auf die Unabhängigkeit der erwähnten Länder von der sowjetischen Oberhoheit proklamiert. Aufgrund des eben angeführten Erklärungsmodells stellt *Nichteinmischung* im sozialistischen Sprachgebrauch eine **Lehnbedeutung** aus der politischen Rede der Sowjetunion dar.

nichtkapitalistisch, nichtsozialistisch

(russ. nekapitalističeskij, nesocialističeskij)

Nichtkapitalistisch und *nichtsozialistisch* sind Adjektive, die in der sozialistisch-kommunistischen Welt zur Beschreibung der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Entwicklungswege in den von der Kolonialherrschaft unabhängig gewordenen Ländern, die

nicht klar den sozialistischen Richtlinien folgen, aber auch nicht mit kapitalistischen Varianten vergleichbar sind, sondern in ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Organisation irgendwo außerhalb der kapitalistisch-sozialistischen Zweiteilung der Welt stehen, verwendet. Der *nichtkapitalistische Entwicklungsweg* (*nekapitalističeskij put' razvitija*) in manchen Ländern Afrikas und Asiens ermöglicht die Zusammenarbeit mit diesen Staaten der sogenannten *nichtsozialistischen* Welt (vgl. Text V, S. 21; Text IX, S. 336 und Text 6, S. 19; Text 9, S. 16).

Nekapitalističeskij und *nesocialističeskij* werden in den angeführten sowjetischen Wörterbüchern nicht erwähnt. Dies kann wiederum auf die frühe Erscheinungszeit dieser Nachschlagewerke zurückgeführt werden, da die Befreiung der ehemals kolonialen Länder erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hatte und die sich damit bildende Terminologie erst später entwickelte. Eine Definition zu *nichtsozialistisch* ist in keinem der analysierten Lexika zu finden, wobei der Begriff bei Klappenbach/Steinitz zumindest angeführt wird. *Nichtkapitalistisch* hingegen ist sowohl im DDR-Wörterbuch von Klappenbach/Steinitz als auch im BRD-Nachschlagewerk von Wahrig verzeichnet. Hierbei bestehen jedoch Unterschiede in den Bedeutungsansätzen, da in der DDR der *nichtkapitalistische* Weg lediglich eine Zwischenetappe zum Übergang zur sozialistischen Entwicklung markiert, wohingegen in der BRD auf die eigene Entwicklungsform dieser Länder, die weder sozialistisch noch kapitalistisch sind, verwiesen wird. Außerdem wird bei Wahrig angeführt, dass *nichtkapitalistisch* dem Sprachgebrauch sozialistischer Länder entspringt.

Die Schöpfung der erläuterten Wörter fand im sozialistischen System statt und aufgrund der generellen Vorbildwirkung der Sowjetunion, was außenpolitische Handlungen oder Begrifflichkeit angeht, kann von einer Entlehnung der sowjetrussischen Lexeme in die Sprachen der sozialistischen Bruderländer ausgegangen werden. *Nichtkapitalistisch* und *nichtsozialistisch*, die sich in ihrer Form und in ihrer Bedeutung an das sowjetrussische Vorbild anlehnen, sind demzufolge **Lehnübersetzungen** aus der politischen Sprache der Sowjetunion.

O

P

progressiv

(russ. progressivnyj)

Progressiv wird im gleichen Kontext wie *fortschrittlich*, das bereits erklärt wurde, verwendet, weshalb nicht näher auf die Anwendungsgebiete dieses Lexems eingegangen wird. Im Grunde handelt es sich hierbei um die latinisierte Form von *fortschrittlich*, die in den sowjetischen Texten nur in der lateinischen Abwandlung vorliegt und in dieser Gestalt in den offiziellen Sprachgebrauch der DDR übertragen wurde. Es darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass *progressiv* in der Bedeutung von *fortschrittlich* bereits vor der Gründung der DDR in der deutschen Sprache existierte und demnach ebenso eine **Lehnbedeutung** darstellt wie *fortschrittlich*.

Prozess

(russ. process)

Längerfristige Entwicklungsabläufe, mit dem Ziel der Umstrukturierung der Gesellschaft in einem oder mehreren Ländern werden in den untersuchten deutschen und russischen Texten meistens mit dem Ausdruck *Prozesse* umschrieben. Hierbei handelt es sich entweder um *revolutionäre Weltprozesse* (*mirovye revoljucionnyje processy*) (vgl. Text VII, S. 363 und Text 5, S. 22) oder um *historische Prozesse* (*istoričeskie processy*) (vgl. Text VII, S. 381 und Text 2, S. 6), die in bezug auf die Entwicklung des weltweiten gesellschaftlichen Fortschritts stattfinden. Der gesellschaftliche Fortschritt umfasst natürlich die Ausdehnung des Machtbereichs des Sozialismus bei gleichzeitigem Schwinden des kapitalistischen Einflusses in der Welt durch die Befreiung der von den Kolonialherren unterdrückten Völker (vgl. Text 2, S. 6 und 8 und Text 7, S. 363-364).

Das ursprünglich aus dem Lateinischen stammende Wort *Prozess* benennt in der soeben erläuterten Bedeutungsvariante einen gesetzmäßig verlaufenden Vorgang, der einen Entwicklungsablauf darstellt (vgl. Klappenbach/Steinitz, Ušakov und Mannheimer Duden). Im Großen und Ganzen lassen sich keine wesentlichen Abweichungen in den Definitionsansätzen der analysierten Nachschlagewerke feststellen, weshalb davon ausgegangen wird, dass das Wort *Prozess* an sich nicht ideologisch gebunden ist.

Eine ideologische Wertung erfährt der Mehrzahl Ausdruck des Begriffs *Prozess* erst im Zuge der Zunutzhmachung der Emanzipationsbestrebungen der ehemaligen Kolonien für die Aufwertung der Position des sozialistischen Systems in der Welt, das sich durch diese Vorgänge bestärkt fühlt und auf eine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche

Umstrukturierung dieser Länder im sozialistischen Sinne hofft. Aufgrund dieser Überlegungen wird im Zuge der nationalen Befreiungsbewegungen in manchen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas von *revolutionären Weltprozessen* historischen Ausmaßes gesprochen. *Prozess* in diesem spezifischen Kontext stellt ein Charakteristikum des sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauchs dar, weshalb in diesem konkreten Fall eine **Lehnbedeutung** aus der sowjetischen Propagandasprache vorliegt.

Q

R

Reaktion, Reaktionär, reaktionär

(russ. reakcija, reakcioner, reakcionnyj)

Der Begriff *Reaktion* stellt in den durchgearbeiteten Texten eine gegenrevolutionäre Bewegung dar, die sich gegen die fortschrittlichen gesellschaftlichen Strömungen in einem noch kapitalistischen oder schon sozialistischen Land richtet, indem sie versucht die alte Ordnung entweder zu bewahren oder wieder herzustellen. Dies geschieht unter Einflussnahme imperialistischer und kapitalistischer Kreise, die militaristisch und aggressiv agieren (vgl. Text III, S. 290; Text VI, S. 146 und Text 2, S. 19; Text 3, S. 96 und 98; Text 6, S. 17). In den Texten aus der DDR wird vor allem Westdeutschland als Zentrum der *reaktionären* Strömung gegen die DDR beschrieben (vgl. Text II, S. 715; Text V, S. 52) und generell mit dem Einfluss des Imperialismus und Kapitalismus in Beziehung gesetzt.

Das lateinischstämmige Wort *Reaktion* bezeichnet in seiner Grundbedeutung eine Gegenwirkung (vgl. Duden 1942). Im politischen Bereich kann *Reaktion* in abwertender Konnotation Widerstand gegen gesellschaftlichen Fortschritt, gegen revolutionäre Bestrebungen und Verteidigung der alten überholten Verhältnisse (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig) bedeuten. In den DDR- und Sowjet-Nachschlagewerken wird diese Definition durch den Klassenaspekt erweitert, indem die ausbeutenden Klassen mithilfe *reaktionärer* Handlungen versuchen das Wirken der fortschrittlichen revolutionären Klassen zu unterbinden, um ihre Rechte und ihren Herrschaftsanspruch zu bewahren (vgl. Barchudarov und Klappenbach/Steinitz).

Die Verbindung der Wortkette *Reaktion, Reaktionär, reaktionär* mit den ständigen Klassenauseinandersetzungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten entstammt dem ideologischen Vokabular der Kommunistischen Partei Russlands, die sich in ihren revolutionären Aktionen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts durch *reaktionäre*

Kräfte des zaristischen Russlands verhindert fühlte. Das Wortfeld rund um die politische *Reaktion* wurde später nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen, da sich viele der neu entstandenen sozialistischen Staaten durch imperialistische *Reaktionäre* gefährdet fühlten und Protestaktionen in der eigenen Bevölkerung grundsätzlich als *reaktionäre* Aktionen verstanden wurden. Aufgrund dieses in der DDR und der Sowjetunion gebrauchten Kontextes von *Reaktion*, *Reaktionär* und *reaktionär* handelt es sich hierbei um eine **Lehnbedeutung** aus dem sowjetrussischen Sprachgebrauch.

Revanche(-), Revanchisten, revanchistisch (russ. revanš, revanšist, revanšistskij)

Das ursprünglich französische Wort *Revanche*, das soviel wie Rache bedeutet, wird in den vorliegenden Parteitagsreden vor allem oder fast ausschließlich in bezug auf Westdeutschland verwendet, indem der BRD *Revancheabsichten* gegenüber der DDR unterstellt werden, die sich von den *revanchistischen* Kreisen in Westdeutschland in ihrer Existenz gefährdet fühlt. Die Pläne der westdeutschen *Revanchisten* beinhalten laut den analysierten Texten die gewaltsame Wiedervereinigung Deutschlands mittels der Vernichtung der DDR und gleichzeitiger Einverleibung ihres Staatsgebietes durch die Bundesrepublik. Die *Revanchepolitik* Westdeutschlands gründet vor allem auf der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der damit verbundenen Zweiteilung des Staates (vgl. Text IV, S. 26; Text V, S. 39-41, 57 und 61 und Text 2, S. 31; Text 5, S. 34-35).

In der Dudenausgabe von 1942 wird unter dem Eintrag *Revanche* lediglich die Begriffsklärung Vergeltung, Rache angeführt und das Substantiv *Revanchisten* und das Adjektiv *revanchistisch* sind gar nicht erst verzeichnet. Im DDR-Nachschlagewerk von Klappenbach/Steinitz wird *Revanche* und *Revanchepolitik* mit Militarismus und der Bourgeoisie imperialistischer Staaten verbunden, die sich nach einem verlorenen Krieg mithilfe militärischer Mittel zu rächen versuchen. Weniger ideologisch gebunden wird das Lexem *Revanche* in den untersuchten sowjetischen Wörterbüchern erklärt, wo es als Vergeltung für eine erlittene Niederlage im Spiel oder im Krieg beschrieben wird. Ähnliche Erklärungsansätze sind auch in den BRD-Lexika aufgelistet. Interessante Verweise zu *Revanchist* und *revanchistisch* lassen sich in der Mannheimer Dudenausgabe finden. *Revanchist*, als jemand der auf eine Revanche sinnt, und *revanchistisch* als dazugehöriges Adjektiv werden dort als russischstämmig und dem kommunistischen Sprachgebrauch zugehörig beschrieben. Demnach sind die russischen Ableitungen *Revanchist* und

revanchistisch des französischen Begriffs *Revanche* ins Deutsche und vor allem ins Deutsche der DDR entlehnt worden.

Die Bedeutung und Verwendungsweise der Wortgruppe *Revanche*, *Revanchisten*, *revanchistisch* sind in den Parteitagereden der SED und der KPdSU gleich. Das Wort *Revanche* an sich behält seinen ursprünglichen Wortinhalt bei, wobei im ideologischen Kontext *Revancheabsichten* nur für den imperialistischen Gegner angewendet werden kann. Der Terminus *Revanche* für sich genommen stellt keine Entlehnung aus dem Sowjetrussischen dar, das Substantiv *Revanchist* und das Adjektiv *revanchistisch* jedoch werden aus dem Russischen entlehnt. Aufgrund dieser Feststellungen wird *Revanchist* als **Fremdwort** und *revanchistisch* als **assimiliertes Fremdwort** aus dem Russischen gekennzeichnet.

Revisionismus

(russ. revizionizm)

Revisionismus wird in den sowjetischen Texten vor allem zur Bezeichnung des Abweichertums in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens gebraucht. Der rechte *Revisionismus* der jugoslawischen Kommunisten, der sich in der Ablehnung der Politik der friedlichen Koexistenz äußert und isolierend auf das ganze Land wirkt, muss bekämpft werden (vgl. Text 3, S. 100; Text 5, S. 24). In der DDR wird in Hinblick auf die Irrlehre des jugoslawischen Kommunismus eher auf die dogmatische und sektiererische Haltung der Parteispitze Jugoslawiens hingewiesen. Der Terminus *Revisionismus* wird in den analysierten Reden lediglich einmal für die Abweichung Jugoslawiens von der sowjetischen Richtung verwendet, indem versichert wird, dass in der DDR keine Gefahr des *Revisionismus* vorherrschen würde (vgl. Text I, S. 55).

Revisionismus bezeichnet eine politische Richtung, welche nach der Änderung einer Verfassung oder eines völkerrechtlichen Vertrages strebt (vgl. Wahrig). Die sozialistisch-kommunistische Definition erläutert *Revisionismus* als politische Strömung, die eine Revision der für veraltet empfundenen Lehren des Marxismus-Leninismus fordert und sie mit bürgerlich ökonomischen, philosophischen und politischen Theorien umzugestalten versucht (vgl. Klappenbach/Steinitz und Ušakov). In der Mannheimer Dudenausgabe wird diese kommunistisch-sozialistische Bedeutungsvariante als den orthodoxen Marxismus durch Sozialreformen erneuernde Bestrebung wiedergegeben.

Der Begriff *Revisionismus* stammt aus dem Lateinischen und wird in seiner politischen Bedeutung, die bereits erläutert wurde, im sozialistischen System als gefährliche

Strömung betrachtet, welche das bestehende marxistisch-leninistische Programm einer Veränderung unterziehen will. Es ist ein wenig seltsam, dass die jugoslawische Haltung, die sich gegen die von Chruščev angestrebte Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in bezug auf die friedliche Koexistenz richtet, als *Revisionismus* verstanden wird, da sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens eigentlich gegen diese Veränderungen in der Parteilehre wehrt und keine eigenständige Richtungsänderung anstrebt. *Revisionismus* im angeführten DDR-Text hingegen deutet auf die Konformität der SED mit der marxistisch-leninistischen Lehre der Sowjetunion hin, wobei in dieser Phrase wohl der Knackpunkt der wirklichen Begriffsklärung von *Revisionismus* liegt, die im Grunde Übereinstimmung mit der sowjetischen Auslegung der marxistisch-leninistischen Theorien lautet. In diesem Sinne wird *Revisionismus* in den politischen Sprachgebrauch der DDR übernommen, weshalb es sich um eine **Lehnbedeutung** aus der sowjetrussischen Ideologiesprache handelt.

Revolution, Revolutionär, revolutionär
(russ. revoljucija, revoljucioner, revoljucionnyj)

Das lateinischstämmige Wort *Revolution*, das insbesondere durch die Französische *Revolution* inhaltlich geprägt wurde, wird in der offiziellen Sprache der DDR und der Sowjetunion in erster Linie in zwei Bereichen angewendet: Einerseits handelt es sich hierbei um die *wissenschaftlich-technische Revolution (naučno-techničeskaja revoljucija)*, welche mittels der fortschrittlichen Errungenschaften in Wissenschaft und Technik und der damit verbundenen Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens die Herrschaft der kapitalistischen Monopole als anachronistisch erscheinen lässt (vgl. Text V, S. 40 und Text 9, S. 11). Andererseits wird *Revolution* als Benennung des politischen Umsturzes verwendet. Im Sinne der letzteren Bedeutung werden auch das dazugehörige Substantiv *Revolutionär* und das Adjektiv *revolutionär* gebraucht. Die *sozialistische Revolution (socialističeskaja revoljucija)* in Russland, der DDR oder anderswo ist immer mit der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft verbunden (vgl. Text VI, S. 157; Text VII, S. 373 und Text 6, S. 24; Text 9, S. 8). Der progressive *revolutionäre Weltprozess (mirovoj revoljucionnyj process)* breitet sich nach der Teilung Europas in einen sozialistischen und kapitalistischen Block vor allem in Lateinamerika in Form des nationalen Befreiungskampfes der Völker aus (vgl. Text VII, S. 376, 380 und 382 und Text 5, S. 22; Text 6, S. 6). Ein wesentlicher Bestandteil dieses *revolutionären* Kampfes ist das Zusammenwirken der *revolutionären Kräfte (revoljucionnye sily)*, nämlich des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes der Völker (vgl. Text VII, S. 364 und Text 6, S. 5).

Die *wissenschaftlich-technische Revolution* wird eigentlich nur bei Klappenbach/Steinitz ausführlicher beschrieben und in den beiden untersuchten BRD-Wörterbüchern getrennt voneinander erwähnt; es wird also von einer technischen oder wissenschaftlichen *Revolution* (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Die *wissenschaftlich-technische Revolution* wird als eine Neuprägung der DDR aufgelistet und bezeichnet, kurz gesagt, einen Umwälzungsprozess der gesellschaftlichen Produktivkräfte (vgl. Klappenbach/Steinitz). *Revolution* im Sinne der *sozialistischen Revolution* wird in der DDR und in der Sowjetunion als ein grundlegender Umsturz der gesellschaftlich-politischen Verhältnisse in einem Land verstanden, bei dem die unterdrückte die herrschende Klasse stürzt und eine neue Gesellschaftsordnung aufbaut (vgl. Barchudarov und Klappenbach/Steinitz). In den analysierten Nachschlagewerken der BRD stellt eine *Revolution* einen gewaltsamen willkürlichen Umsturz der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse dar (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig) und nimmt somit einen negativen Beigeschmack an, der in den sozialistisch-kommunistischen Wörterbüchern fehlt.

Die *wissenschaftlich-technische Revolution* als Wendepunkt des technischen Produktionsablaufs und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen ist in den Wörterbüchern der BRD sowie in der Sowjetunion nicht verzeichnet, obwohl der Terminus in den Texten der Sowjetunion vorkommt. Es kann aufgrund der vorliegenden Materialien nicht klar festgestellt werden, ob es sich hierbei um eine Lehnprägung aus dem Sowjetrussischen handelt oder vielleicht sogar der umgekehrte Fall möglich ist, obwohl dies eher für unwahrscheinlich gilt. Die *sozialistische Revolution* oder *Revolution* in seiner sozialistischen Definition ist jedoch eindeutig eine Erfindung der Sowjetunion, in der die erste *sozialistische Revolution*, das heißt die Oktoberrevolution oder die Große Sozialistische Oktoberrevolution (vgl. Barchudarov), stattfand. Die Wortkette *Revolution, Revolutionär, revolutionär* in ihrem sozialistischen gesellschaftserneuernden Sinne kennzeichnet somit eine **Lehnbedeutung** aus dem offiziellen Vokabular des Sowjetrussischen.

S

schöpferisch

(russ. tvorčeskij)

Schöpferisch wird zum einen mit der marxistisch-leninistischen Lehre in Beziehung gesetzt, indem davon gesprochen wird, wie der Marxismus-Leninismus im Zuge der historischen Entwicklungen in der Welt und in der Gesellschaft angewendet beziehungsweise

weiterentwickelt werden kann (vgl. Text IV, S. 46; Text VII, S. 368 und Text 3, S. 103). Zum anderen wird in den untersuchten Texten auch auf die *schöpferische* Arbeit des von der Ausbeutung befreiten Volkes in der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung referiert, wobei es sich hier nicht ausschließlich um künstlerische Arbeit handeln muss, sondern sich auch auf die ganz normale Produktion in Fabriken beziehen kann (vgl. Text VII, S. 376 und Text 3, S. 70). *Schöpferisch* wird demnach immer mit einer positiv bewerteten Tätigkeit in Verbindung gesetzt, die in irgendeiner Weise dem Wohle des ganzen Volkes dient.

Schöpferisch in seiner lexikalischen Bedeutung weist auf schaffende und gestalterische Aktivitäten hin, die gleichzeitig etwas Neues und Bedeutendes darstellen. Solche und so ähnliche Einträge lassen sich zum Begriff *schöpferisch* in den angeführten Wörterbüchern finden (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden). Im DDR-Nachschlagewerk von Klappenbach/Steinitz sind außerdem Beispiele zur *schöpferischen* Anwendung des Marxismus-Leninismus und zur *schöpferischen* Arbeit der Werktätigen verzeichnet. Solche Verweise fehlen in den BRD-Lexika. Auch Ušakov notiert zu *schöpferisch* einen Beispielsatz von Stalin, in dem dieser die *schöpferischen* Kräfte des Proletariats anspricht.

Der Zusammenhang von *schöpferisch* und Marxismus-Leninismus beziehungsweise den Leistungen der Werktätigen wird speziell im sozialistisch-kommunistischen Umfeld hergestellt und kommt schon bei Stalin vor. Die marxistisch-leninistischen Lehren und die Mühen und Taten der arbeitenden Menschen, welche die *schöpferischen* Elemente in der Umgestaltung der Gesellschaft darstellen, werden von der Sowjetunion in die offizielle Rede der DDR übernommen und charakterisieren bezüglich des Adjektivs *schöpferisch* in der soeben beschriebenen Anwendungsform eine **Lehnbedeutung**.

Sektierertum, sektiererisch

(russ. sektantstvo, sektantskij)

Sektierertum in der politischen Rede der Sowjetunion oder der DDR bezeichnet immer eine Form des Abwechlertums von der sowjetischen Linie des Sozialismus-Kommunismus in den eigenen Reihen, weshalb dieses Wort oft in einem Atemzug mit Dogmatismus und manchmal auch Revisionismus genannt wird. *Sektiererische* Einstellungen und Beschränktheit führen grundsätzlich ins Nichts und müssen überwunden werden, da sie der Entwicklung in den betroffenen Ländern schaden (vgl. Text I, S. 22, 34 und 53; Text IV, S. 44-47 und Text 3, S. 99-100 und 103). Der Terminus *Sektierertum* findet in der Sowjetunion

häufigere Anwendung als in der DDR, wo man sich im Grunde keiner *sektiererischen* Bewegungen bewusst ist. Dies lässt sich ganz leicht darauf zurückführen, dass Abweichungen anderer sozialistischer Bruderländer von der Generallinie der Sowjetunion für die KPdSU bedrohlicher erscheinen als für die DDR, die lediglich bestrebt ist, nicht ins *Sektierertum* abzuschweifen.

Grundsätzlich bedeutet das aus dem Lateinischen entlehnte Wort Sektierertum Zugehörigkeit zu einer Sekte, in der Art einer Sekte und dergleichen (vgl. Klappenbach/Steinitz, Barchudarov und Wahrig). In den sowjetischen Wörterbüchern wird das Lexem *Sektierertum* als Vertretung beschränkter und dogmatischer Ansichten in einer auf ihre eigenen Interessen abzielenden Gruppe umschrieben und wurde in diesem Zusammenhang bereits von Lenin gebraucht (vgl. Barchudarov). Die Leipziger Dudenausgabe beschreibt *Sektierertum* als politisch und ideologisch schädliche Meinungen in der Arbeiterbewegung (vgl. Leipziger Duden 1979). Die Mannheimer Dudenausgabe führt nur die kommunistische Bedeutungsvariante von *sektiererisch* an und fügt dabei hinzu, dass es sich um „vermeintlich“ radikale Einstellungen in den *sektiererischen* Kreisen handelt, wodurch die Straffälligkeit solcher Gruppierungen relativiert wird (vgl. Mannheimer Duden).

Sektierertum und *sektiererisch* definieren im Grunde Abweichungen einer kleinen nur auf sich bezogenen Gruppe von der Parteilinie. Dies ist die Ursprungsbedeutung der kommunistischen Variante des besprochenen Terminus. Im Kreise der sozialistischen Gemeinschaft ist *Sektierertum* vor allem mit der Abwendung eines sozialistischen Landes von der sowjetischen Vorgabe verbunden. Diese Definition wird auch auf die Anwendung des Begriffs in der offiziellen Rede der DDR übertragen. Das Wortpaar *Sektierertum*, *sektiererisch* stellt in diesem Sinne eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen dar.

Solidarität

(russ. solidarnost')

Solidarität mit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, *Solidarität* mit den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, *Solidarität* mit allen um ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit ringenden Völkern und *Solidarität* mit allen für den Sozialismus kämpfenden Ländern (vgl. Text I, S. 12; Text IV, S. 36; Text VII, S. 365 und Text 2, S. 16; Text 5, S. 17; Text 6, S. 12). *Solidarität* wird mit allen Kräften, Bewegungen und Staaten, die sich entweder für die Befreiung der Arbeiterklasse oder der unterdrückten Völker einsetzen, geteilt. Denn diese handeln im sozialistisch-kommunistischen Sinne für den Fortschritt der Gesellschaft. Es muss an dieser Stelle jedoch darauf hingewiesen werden, dass in den

sowjetischen Texten der kommunistische Kontext überwiegt und in den Reden der DDR eher auf die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker eingegangen wird.

Das ursprünglich lateinisch-französische Wort *Solidarität* bezeichnet das Gemeinschaftsbewusstsein einer Gruppe, das auf Übereinstimmung von Anschauungen und Zielen beruht (vgl. Duden 1942, Mannheimer Duden und Wahrig). Auch in der Sowjetunion lautet die Definition zu *Solidarität* ähnlich, wobei hier in den Beispielen Bezug auf die proletarische *Solidarität* unter den Werktätigen genommen wird (vgl. Barchudarov und Ušakov). Im DDR-Nachschlagewerk von Klappenbach/Steinitz umschreibt *Solidarität* vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl der unterdrückten Klassen, die füreinander eintreten (vgl. Klappenbach/Steinitz). *Solidarität* als Grundvokabel der Arbeiterbewegung, deren Prinzipien auch die gegenseitige Unterstützung umfassen, ist im Mannheimer Duden als allfällige Bedeutungsvariante aufgelistet.

Der Solidaritätsbegriff beschreibt eine wichtige Grundeinstellung in der Arbeiterbewegung und in allen sozialistisch-kommunistischen Parteien. Der Anwendungsbereich von *Solidarität* wird im Zuge der aufkeimenden Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika auch auf dieses Feld übertragen. Diese Übertragung fand jedoch, die Daten des analysierten Materials heranziehend, eher in der DDR als in der Sowjetunion statt, da in der Sowjetunion viel mehr von Hilfeleistungen für diese Völker gesprochen wird. Es ist schwierig dieses Lexem aufgrund des vorliegenden Schemas zu bestimmen, da nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, ob die *Solidarität* der Arbeiterbewegung nicht eine Erfindung des gesamteuropäischen Kommunismus ist oder ob es sich hierbei um eine Innovation der russischen kommunistischen Bewegung handelt. Sollte letzteres der Fall sein, würde *Solidarität* in den offiziellen Reden der DDR natürlich eine **Lehnbedeutung** aus dem Russischen darstellen.

Souveränität, souverän

(russ. suverenitet, suverennyj)

Souveränität als völkerrechtlicher Terminus für die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eines Staates wird im sozialistischen System häufig für die Bezeichnung der neu erworbenen Eigenstaatlichkeit der Völker in den ehemaligen Kolonien angewendet (vgl. Text IV, S. 25; Text VII, S. 375 und Text 3, S. 92; Text 5, S. 26). Auch die DDR ringt zu Beginn ihres Bestehens um die Anerkennung ihrer *Souveränität* außerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft. Aufgrund dessen wird vor allem in den Texten der DDR aber auch in

den politischen Reden der Sowjetunion immer wieder auf die *Souveränität* der Deutschen Demokratischen Republik verwiesen (vgl. Text II, S. 717; Text IV, S. 28; Text IX, S. 336 und Text 6, S. 27).

Souveränität ist ein Terminus des internationalen Rechts (vgl. Barchudarov), der die Unabhängigkeit und Oberhoheit eines Staates in bezug auf seine inneren und auswärtigen Angelegenheiten beschreibt (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden). Der Grundkonsens zu *Souveränität* ist in allen durchgesehenen Wörterbüchern gleich und wird durch keine eventuellen sozialistischen oder kommunistischen Bedeutungsvarianten erweitert.

Souveränität ist als rechtlicher Begriff festgelegt. Die Häufigkeit der Anwendung dieses Begriffs in den vorliegenden Texten scheint eher damit zusammen zu hängen, dass in der sozialistischen Welt die Befürchtung besteht, dass manchen sozialistischen oder befreiten Staaten diese *Souveränität* auf kapitalistischer Seite nicht zuerkannt wird. Diese Kontextgebundenheit von *souverän* und *Souveränität* könnte auf die Entstehung der UdSSR zurückzuführen sein, deren Republiken ebenfalls um die Anerkennung in der restlichen Welt kämpfen mussten. In dieser Hinsicht handelt es sich beim Wortpaar *Souveränität, souverän* zwar nicht um eine Lehnbedeutung im klassischen Sinne, sondern um eine **Lehnbedeutung** in erweiterter Form, da der Kontext entlehnt wurde.

Sozialismus, sozialistisch

(russ. socializm, socialističeskij)

Sozialismus als Übergangsstufe zum Kommunismus, der die endgültige Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft darstellt, ist durch und durch positiv besetzt. *Sozialismus* bedeutet Friede, wirtschaftlicher Aufschwung, soziale Sicherheit und Freiheit der Völker (vgl. Text VII, S. 376 und Text 3, S. 72 und 107; Text 6, S. 13). Völker, die sich zum *Übergang zum Sozialismus (perechod k socializmu)* bereit erklärt haben, müssen zunächst den *Aufbau des Sozialismus (stroitel'stvo socializma)* in ihrem Land in Angriff nehmen (vgl. Text VII, S. 367; Text IV, S. 31 und Text 2, S. 41 und 8). Im Konkurrenzverhältnis zum Kapitalismus stellt sich der *Sozialismus* dem wirtschaftlichen Wettbewerb mit ihm und wird diesen auch gewinnen (vgl. Text IV, S. 46 und Text 3, S. 68-69). Denn die *Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder (edinstvo i spločonnost' socializma)* verhilft ihnen zur weiteren Stärkung ihrer Wirtschaftskraft und des gesamten *sozialistischen Systems (socialističeskaja sistema)* (vgl. Text IV, S. 45-46; Text VII, S. 364 und Text 6, S. 7-8).

Zum Eintrag *Sozialismus* lassen sich in einigen der analysierten Nachschlagewerke zwei Erklärungspunkte finden: einerseits wird mit *Sozialismus* die Lehre an sich bezeichnet (vgl. Ušakov, Barchudarov und Klappenbach/Steinitz), andererseits benennt der Terminus *Sozialismus* eine spezifische Gesellschaftsordnung, die auf der Herrschaft der Arbeiterklasse beruht und in der alle Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum darstellen, wodurch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist (vgl. Leipziger Duden 1968). Der *Sozialismus* stellt die erste Phase des Übergangs zum Kommunismus dar (vgl. Ušakov, Barchudarov und Klappenbach/Steinitz) und wird im Mannheimer Duden als Wortschöpfung von Karl Marx angeführt.

Wie bereits im Zuge der Beschreibung des Kommunismus erklärt wurde, stammt die terminologische Bezeichnung der Vorstufe des Kommunismus als *Sozialismus* von Lenin (siehe Kommunismus), weshalb sich der Begriff *Sozialismus* in seinen vorliegenden Gebrauchsvarianten in gewisser Hinsicht als eine Neuprägung der kommunistischen Sprache Russlands erweist. Demzufolge kennzeichnet *Sozialismus* im politischen Sprachgebrauch der DDR eine **Lehnbedeutung** aus der Parteisprache der KPdSU.

T

U

Übergang

(russ. perechod)

Übergang wird im vorliegenden Textmaterial in der übertragenen Bedeutung von Umwandlung, Umformung verwendet und kommt im Großen und Ganzen nur in der Phrase *Übergang zum Sozialismus (perechod k socializmu)* oder Kommunismus vor. Der *Übergang* verschiedener Länder zum Sozialismus vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg wird als eine grundsätzlich fortschrittliche Entwicklung angesehen (vgl. Text VII, S. 380 und Text 2, S. 21). Der *Übergang* zum Kommunismus wurde in der Sowjetunion bereits vollzogen und wird in den übrigen sozialistischen Ländern noch angestrebt (vgl. Text IV, S. 17).

Übergang im übertragenen Sinne bezeichnet den Vorgang des Übergehens zu etwas anderem (vgl. Barchudarov und Wahrig). Der *Übergang* des Sozialismus zum Kommunismus wird in DDR-, BRD- und Sowjet-Wörterbüchern angeführt (vgl. Klappenbach/Steinitz, Wahrig und Barchudarov), wohingegen die Phrase *Übergang zum Sozialismus* in keinem der untersuchten Nachschlagewerke vermerkt ist.

Die Floskel *Übergang zum Sozialismus* oder zum *Kommunismus* entspringt dem kommunistischen Wortschatz der Sowjetunion, die als erster Staat der Welt den *Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus* schaffte. *Übergang* in diesem speziellen Kontext und in der Bedeutungsvariante zur „fortschrittlicheren Gesellschaftsform übergehen“ stellt eine **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen dar.

Umgestaltung

(russ. preobrazovanie)

Umgestaltung wird in ähnlicher Weise wie *Aufbau* verwendet. Die sozialistische *Umgestaltung* der Gesellschaft betrifft vor allem die Wirtschaft, durch deren Anpassung an die sozialistischen Verhältnisse das soziale Leben der Bevölkerung umgestaltet und verbessert wird (vgl. Text IV, S. 17 und Text 6, S. 19-20).

Umgestaltung wird in den meisten deutschen Wörterbüchern zwar erwähnt (vgl. Duden 1942, Leipziger Duden 1951, Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden und Wahrig), jedoch kaum erläutert. Lediglich das BRD-Nachschlagewerk von Wahrig beschreibt *Umgestaltung* als das Umgestalten oder Umgestaltetwerden. Die analysierten Sowjet-Lexika hingegen bezeichnen den Begriff *Umgestaltung* auch als grundlegende Änderung einer Sache oder als Reform (vgl. Barchudarov und Ušakov). Diese in unserem Fall zutreffende Erklärungsvariante fehlt in den deutschsprachigen Wörterbüchern zur Gänze.

Umgestaltung wie sie in den soeben getätigten Ausführungen verstanden wird, wird in der politischen Sprache der DDR aus dem offiziellen Sprachgebrauch der Sowjetunion übernommen, weshalb dieses Lexem eine **Lehnbedeutung** kennzeichnet.

Unabhängigkeit

(russ. nezavisimost')

Die *Unabhängigkeit* eines Landes kann in den bearbeiteten Texten sowohl nationaler als auch ökonomischer Natur sein. Das Wesentliche dabei ist, dass Völker oder Länder, die um ihre *Unabhängigkeit* vom kolonialen Joch kämpfen, zu unterstützen sind. Staaten, die ihre *nationale Unabhängigkeit (nacional'naja nezavisimost')* bereits errungen haben, sehen sich oft mit wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit vom früheren Kolonialherren konfrontiert, weshalb die *Unabhängigkeit* der befreiten Völker zu stärken ist (vgl. Text VII, S. 374-375 und Text 3, S. 90-91; Text 6, S. 19).

Der Begriff *Unabhängigkeit* wird in der Mannheimer Dudenausgabe als das Unabhängigsein von etwas definiert und bei Wahrig als Selbstständigkeit oder Freiheit

umschrieben. Diese Angaben in den beiden BRD-Wörterbüchern stimmen mit den Erklärungsansätzen im DDR-Nachschlagewerk von Klappenbach/Steinitz und der beiden sowjetischen Lexika überein (vgl. Barchudarov und Ušakov). Verweise auf politische und ökonomische *Unabhängigkeit* werden lediglich im DDR-Lexikon von Klappenbach/Steinitz gefunden. Beschreibungen zur politischen *Unabhängigkeit* eines Staates im Sinne von staatlicher Eigenständigkeit sind bei Ušakov verzeichnet.

Die fehlenden Angaben zur nationalen, politischen oder ökonomischen *Unabhängigkeit* eines Landes in den Wörterbüchern der BRD lassen noch keine klaren Rückschlüsse darauf zu, ob die *Unabhängigkeit* eines Staates in Westdeutschland nicht einen ähnlichen Stellenwert wie in der DDR hatte. Der spezielle sozialistische Kontext, in dem für die *Unabhängigkeit* der von der Kolonialmacht zu befreienden oder bereits befreiten Länder und Völker eingetreten wird, wurde jedoch in der Sowjetunion geschaffen, die um diese befreiten Staaten buhlt, um sich ein größeres Einflussgebiet im internationalen Vergleich mit dem Kapitalismus zu sichern. Dieses Weltbild findet natürlich auch in der DDR Anklang und wird vokabularisch gleich gedeutet. Das Modell der nationalen und wirtschaftlichen *Unabhängigkeit* der befreiten Länder wird sowohl in die offizielle Politik als auch in den offiziellen Wortgebrauch übernommen, weshalb an dieser Stelle von einer **Lehnbedeutung** die Rede ist.

V

Volk, Völker

(russ. narod, narody)

Volk oder seine Mehrzahlform *Völker* gehört zu den am meisten verwendeten Wörtern in den untersuchten Texten, da in allen sozialistisch oder kommunistisch regierten Staaten das *Volk* die machtausübende Gewalt schlechthin sein sollte. Inwieweit dieses Prinzip in der Realität verwirklicht wurde, sei an dieser Stelle dahingestellt. *Volk* als Begriff in den vorliegenden Reden symbolisiert die breite Masse eines bestimmten Staates oder mehrerer Länder. Grundsätzlich werden die Rechte des *Volkes* in kapitalistisch-imperialistischen Staaten mit Füßen getreten, wohingegen der Sozialismus als Herrschaftsform dem *Volk* die nötige Macht verleiht, um selbst über seine Geschicke zu bestimmen. Als Volksvertretung im sozialistischen System erweisen sich die marxistisch-leninistischen Parteien, die dem Willen des *Volkes* dienen. Mit der Einzahlform wird im Grunde immer ein bestimmtes *Volk* bezeichnet, wie zum Beispiel das amerikanische, das sowjetische, das deutsche *Volk* (vgl. Text I, S. 23; Text VII, S. 376 und Text 3, S. 70, 85 und 95). Der Mehrzahlausdruck *Völker*

tritt im Analysematerial abstrakter in Erscheinung, indem er grob gesagt auf alle *Völker* der Welt referieren kann. So werden im Sozialismus beispielsweise die Interessen der *Völker* (*interesny narodov*) vertreten, zu denen auch ihr Selbstbestimmungsrecht zählt, das vor allem von den um ihre Befreiung kämpfenden *Völkern* angestrebt wird. Ein klar definiertes Ziel des Sozialismus und Kommunismus ist es im Geiste der Freundschaft eine große sozialistische *Völkerfamilie* (*sem'ja narodov*) zu bilden (vgl. Text IV, S. 25 und 46; Text V, S. 21; Text VII, S. 368 und 374 und Text 2, S. 28; Text 5, S. 6; Text 6, S. 12, 16 und 30).

Das Wort *Volk* wird in allen Lexika als Bezeichnung für die Bevölkerung eines Landes oder die Angehörigen eines Staates angeführt (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz und Wahrig). Darüber hinaus ergeben sich Unterschiede in den Erklärungsvarianten zwischen den sozialistisch geprägten und den BRD-Wörterbüchern. In der DDR und der Sowjetunion benennt der Begriff *Volk* außerdem die werktätige Schicht der Bevölkerung, die im kapitalistischen System von der herrschenden Klasse ausgebeutet und unterdrückt wird (vgl. Ušakov, Barchudarov und Klappenbach/Steinitz). Diese Bedeutungsvariante fehlt in den vorliegenden Nachschlagewerken der BRD, wohingegen *Volk* als Synonym für die einfachen Leute oder die untere Schicht der Gesellschaft verzeichnet ist (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). Diese Erklärungsmöglichkeit wird auch bei Barchudarov angeführt, wobei in diesem Werk darauf hingewiesen wird, dass dieser Beschreibungsansatz nur für ausbeuterische Klassengesellschaften zutrifft. *Volk* als Gemeinschaft von Menschen gleicher Sprache, Kultur und Geschichte lässt sich nur in den Nachschlagewerken der BRD finden (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig).

Volk als Verallgemeinerungsform einer größeren Anzahl von Angehörigen eines bestimmten Staates und *Volk* als die arbeitende, werktätige Schicht der Bevölkerung werden in den analysierten Texten der DDR und der Sowjetunion oft in verschwommener Art und Weise angewendet. Wenn auf das *Volk* eines Landes Bezug genommen wird, handelt es sich immer um die arbeitende Klasse, speziell wenn von der Bevölkerung kapitalistischer oder vom Kapitalismus unterdrückter Länder die Rede ist. Vor allem der Plural *Völker* stellt immer ein Gemisch dieser beiden Bedeutungsvarianten dar, denn die unterdrückten *Völker* gehören immer der ausgebeuteten werktätigen Gesellschaftsschicht einzelner kapitalistischer Staaten an. Bei *Völkern* der sozialistischen Gemeinschaft fällt das Klassenkriterium natürlich weg, da in diesen Ländern alle Menschen die gleichen Rechte, Privilegien und den gleichen Status inne haben. *Volk* oder *Völker* in der soeben ausgeführten Form, werden aus der offiziellen Sprache der Sowjetunion als **Lehnbedeutungen** in die politische Rede der DDR übernommen.

W

Welt-

(russ. mirovoj)

Zusammensetzungen mit *Welt* sind im sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauch sehr beliebt. Zu den im analysierten Textmaterial am häufigsten auftretenden Wortverbindungen mit *Welt* zählen *Weltsozialismus* (*mirovoj socializm*), *Weltherrschaft* (*mirovoe gospodstvo*) und *Weltsystem* (*mirovaja sistema*). Der *Weltsozialismus*, sprich das weltweite System des Sozialismus, wird durch seine anhaltenden Erfolge gestärkt. Dieses System, das alle sozialistisch aber auch kommunistisch geprägten Staaten umfasst, wird auch das sozialistische *Weltsystem* genannt (vgl. Text VII, S. 364 und Text 5, S. 30; Text 6, S. 7 und 15). Dem gegenüber steht das feindliche kapitalistische *Weltsystem*, das es in den Auseinandersetzungen zwischen den beiden *Weltsystemen* zu schlagen gilt (vgl. Text IV, S. 44 und Text 3, S. 70-71), um das imperialistische Streben nach *Weltherrschaft* zu durchkreuzen (vgl. Text III, S. 290 und Text 2, S. 19).

Wortzusammensetzungen mit *Welt* werden im Russischen mit dem Adjektiv *mirovoj*, das dem deutschen Adjektiv *weltweit* entspricht, wiedergegeben. Im Sinne von weltweit, weltumspannend ist auch das Glied *Welt-* in den zu erläuternden Wortverbindungen *Weltsozialismus*, *Weltherrschaft*, *Weltsystem* zu verstehen. In den sowjetischen Nachschlagewerken ist keiner dieser Begriffe verzeichnet, wohingegen die deutschsprachigen Wörterbücher *Weltherrschaft* als Herrschaft über die Welt beschreiben (vgl. Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden und Wahrig). *Weltsozialismus* hingegen wird in keinem angeführten Lexikon erwähnt und ein Eintrag zu *Weltsystem* lässt sich nur im DDR-Nachschlagewerk von Klappenbach/Steinitz finden, wo der erwähnte Begriff als Gesamtheit von Staaten mit den gleichen sozialen und wirtschaftlichen Interessen und Zielen umschrieben wird.

Weltsozialismus und die Teilung in ein kapitalistisches und sozialistisches *Weltsystem* sind Prägungen, die im Zuge der Machterweiterung des Sozialismus als weltweit einflussnehmendes Gesellschaftssystem nach dem Zweiten Weltkrieg an Bedeutung gewinnen konnten. Die Führungsrolle im sozialistischen *Weltsystem* nimmt natürlich die Sowjetunion, die auch das Ursprungsland der beiden erwähnten Termini zu sein scheint, ein. *Weltherrschaft* hingegen ist ein Begriff, der bereits früher in allen möglichen ideologischen Variationen Verwendung fand. Der Bezug auf die imperialistische *Weltherrschaft* entstammt jedoch der sozialistischen Propaganda, deren Vorreiterin die sowjetische Propagandasprache ist. *Weltsozialismus* und *Weltsystem* werden demzufolge als **Lehnübersetzungen** und die

Weltherrschaft des Imperialismus als **Lehnbedeutung** aus dem Sowjetrussischen typologisiert.

Werktätige

(russ. *trudjaščiesja*)

Werkstätige stellen in den sowjetischen und DDR-Texten die arbeitenden Menschen dar, wobei alle Menschen, die irgendeiner realen Arbeit nachgehen, gemeint sind. Die klassische Beschränkung auf den Fabrikarbeiter, die aus den Anfangszeiten der kommunistischen und Arbeiterbewegung stammt, fällt somit weg, was auch sinnvoll ist, wenn man berücksichtigt, dass in sozialistisch und kommunistisch regierten Ländern nicht nur Fabrikarbeiter, sondern auch Bauern, Lehrer, Wissenschaftler, Techniker und dergleichen tätig waren. Wenn auf die *Werkstätigen* Bezug genommen wird, dann meistens im kapitalistischen Kontext, indem auf die Interessensgegensätze zwischen den *Werkstätigen* und den Monopolen in kapitalistischen Gesellschaften verwiesen wird. Diese äußern sich darin, dass die Rechte und die Lebensqualität der arbeitenden Menschen gemindert werden, weshalb sich alle *Werkstätigen* über kurz oder lang zum Kampf für ihre Rechte, ihre Interessen und ihre Freiheit erheben werden (vgl. Text I, S. 19 und 43; Text IV, S. 35 und Text 2, S. 7; Text 6, S. 20-21; Text 9, S. 17).

Das Substantiv *Werkstätiger* ist in der Dudenausgabe von 1942 noch nicht verzeichnet und wird lediglich in zwei deutschsprachigen Wörterbüchern definiert, nämlich in der DDR-Ausgabe von Klappenbach/Steinitz und im BRD-Nachschlagewerk von Wahrig. Wahrig beschreibt einen *Werkstätigen* als jemanden, der in einem Arbeitsverhältnis stehend für Lohn arbeitet. Im Grunde hält sich auch der Eintrag bei Klappenbach/Steinitz an diese Bedeutungsvorgabe, wobei besonders darauf hingewiesen wird, dass ein *Werkstätiger* seinen Lebensunterhalt durch seine eigene Arbeit verdient und nicht auf Kosten einer fremden Arbeiterschaft. *Werkstätige* umfassen somit Arbeiter, Angestellte, Genossenschaftsbauern und Angehörige der Intelligenz. In den sowjetischen Beispielexemplaren wird erst bei Barchudarov ausführlicher auf den Terminus *trudjaščiesja* eingegangen und ähnlich wie in der DDR herausgestrichen, dass ein *Werkstätiger* von seiner eigenen Arbeit lebt. Aber auch Ušakov führt die substantivierte Form des Adjektivs „werkstätig“ bereits an.

Werkstätige als Bezeichnung der arbeitenden Bevölkerung greift weiter als die Termini Arbeiter oder Proletariat, weshalb dieses Wort im Staatswesen und im Zuge der Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen immer häufiger Anwendung fand. Der Ursprung dieser Tendenz ist in der Sowjetunion zu suchen, da das sozialistische und später kommunistische

Staatswesen dort zuerst in Erscheinung trat und in weiterer Folge in den Sprachgebrauch der deutschen Sozialisten aufgenommen wurde und in der offiziellen Sprache der DDR zum Synonym für Arbeiter avancierte. Die substantivierte Form des im Deutschen bereits vorhandenen Adjektivs *werk tätig* (vgl. Duden 1942) kennzeichnet daher eine **Lehnübersetzung** aus dem Russischen.

Wettbewerb

(russ. *sorevnovanie*)

Der friedliche wirtschaftliche *Wettbewerb* zwischen den beiden Gesellschaftssystemen oder, genauer ausgedrückt, zwischen Sozialismus und Kapitalismus entspringt der Politik der friedlichen Koexistenz, deren Grundlage es ist, ideologische Konflikte nicht mehr mit Waffengewalt auszufechten, sondern über den friedlichen Weg des wirtschaftlichen *Wettbewerbs* miteinander um die Vormachtstellung in der Welt zu kämpfen. Natürlich glauben die Sowjetunion und alle an sie gebundenen sozialistischen Staaten an den Sieg des sozialistischen Systems in diesem Wettstreit um die besseren wirtschaftlichen Erträge (vgl. Text III, S. 285 - 286; Text IV, S. 45-46 und Text 3, S. 68-69 und 74).

Die Grundidee eines *Wettbewerbs* besteht darin, um die besten Leistungen und Resultate zu wetteifern (vgl. Barchudarov, Klappenbach/Steinitz und Wahrig). Ausgehend von der Sowjetunion wurde der Begriff sozialistischer *Wettbewerb* entwickelt, der innerhalb der sozialistischen Gesellschaft in Form eines kameradschaftlichen und ungezwungenen Miteinanders zur Steigerung der qualitativen und quantitativen Arbeitsproduktion führen soll (vgl. Ušakov und Klappenbach/Steinitz). Diese sozialistische Bedeutungsvariante von *Wettbewerb* wird zum Teil mit dem um Marktanteile und Profite kämpfenden wirtschaftlichen *Wettbewerb* des Kapitalismus (vgl. Mannheimer Duden) verbunden, um zu zeigen, dass die sozialistische Wirtschaft im gierigen kapitalistischen *Wettbewerb* nicht nur bestehen, sondern auch gewinnen wird.

Der *Wettbewerb* zwischen den beiden bestehenden gesellschaftlichen Systemen, dem Kapitalismus und dem Sozialismus, ist eine Innovation der sowjetischen Außenpolitik, um bewaffnete Konflikte im Zeitalter der Atombombe zu vermeiden und über anderem Weg den Kapitalismus zu besiegen. Diese politische Phrase wurde auch in die offizielle Sprache der DDR aufgenommen, indem die Bedeutung des Begriffs *Wettbewerb* erweitert wurde, weshalb es sich hierbei um eine **Lehnbedeutung** aus dem politischen Sprachgebrauch der Sowjetunion handelt.

wissenschaftlich-technisch

(russ. naučno-techničeskij)

Der *wissenschaftlich-technische Fortschritt (naučno-techničeskij progress)* wird durch die *wissenschaftlich-technische Revolution (naučno-techničeskaja revoljucija)*, welche die bahnbrechenden Erfindungen und Entwicklungen in Wissenschaft und Technik umfasst, eingeleitet. Aufgrund der damit verbundenen Weiterentwicklung der Produktionsweise in Industrie und Landwirtschaft werden der sozialistischen Wirtschaft die Möglichkeiten geboten, den Kapitalismus zu besiegen, da jedweder Fortschritt in den gesellschaftlichen Entwicklungen sozialistischer Staaten die Macht der kapitalistischen Monopole schwinden lässt (vgl. Text V, S. 40; Text VI, S. 147 und Text 6, S. 16; Text 9, S. 11). Nichtsdestotrotz wird eine *wissenschaftlich-technische* Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus nicht ausgeschlossen, um die neuesten Errungenschaften beider Seiten miteinander zu verbinden (vgl. Text IX, S. 333 und Text 6, S. 28).

Einträge zu *wissenschaftlich-technisch* werden nur in zwei der untersuchten Wörterbücher aufgelistet: in der Leipziger Dudenausgabe von 1979, in der lediglich ein Verweis zur *wissenschaftlich-technischen Revolution* angeführt wird, und im sowjetischen Nachschlagewerk von Barchudarov, in dem sich die Adjektivkombination *wissenschaftlich-technisch* auf die technischen Wissenschaften im Allgemeinen bezieht. Weitere Angaben oder Beschreibungen werden nicht dazu gemacht.

Die Verbindung von wissenschaftlich und technisch, die sowohl in Texten der DDR als auch in Texten der Sowjetunion vorkommt und auf gleiche Weise verwendet wird, ist in keinem BRD-Nachschlagewerk verzeichnet, obwohl hierbei auch in den DDR-Ausgaben Nachholbedarf bestehen würde. Dies deutet darauf hin, dass es sich um ein Novum des sozialistisch-kommunistischen Sprachgebrauchs handelt. Aufgrund des vorliegenden Analysematerials wird bezüglich der Lexemverbindung *wissenschaftlich-technisch* für eine **Lehnübersetzung** aus dem Sowjetrussischen plädiert.

X

Y

Z

Zusammenarbeit

(russ. *sotrudničestvo*)

Zusammenarbeit ist ein im sozialistischen Staatenbündnis unausweichliches Wort, da es grundsätzlich den Sinn der gemeinschaftlichen sozialistischen Arbeitsteilung beschreibt. Wirtschaftliche *Zusammenarbeit* zwischen den sozialistischen Staaten soll zu höheren Produktionsleistungen führen und damit verbunden den stetigen Aufschwung des Sozialismus garantieren. *Freundschaft und Zusammenarbeit (družba i sotrudničestvo)* (vgl. Text I, S. 20 und Text 6, S. 7) ist unabdingbar, um als Weltsystem erfolgreich zu sein und den Kapitalismus im wirtschaftlichen Wettbewerb zu schlagen. Deswegen wurden während des Bestehens des Sozialismus in Europa zahlreiche *Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (dogovory o družbe, sotrudničestve i vzaimnoj pomošči)* zwischen den sozialistischen Ländern abgeschlossen (vgl. Text VII, S. 366 und Text 6, S. 11). Der Begriff der *Zusammenarbeit* wird auch auf internationaler Ebene in Zusammenhang mit allen grundsätzlichen Sicherheitsthemen und gegenseitigen Abrüstungsverträgen zwischen Ost und West verwendet, indem von der gegenseitig vorteilhaften *Zusammenarbeit* mit der kapitalistischen Welt gesprochen wird (vgl. Text VII, S. 371-372 und Text 6, S. 32).

Das Substantiv *Zusammenarbeit* wird in der Duden Ausgabe von 1942 noch nicht angeführt. Entsprechende sowjetische Angaben werden bei Ušakov jedoch schon in den 30er Jahren gemacht. *Zusammenarbeit* ist die substantivierte Form des Verbs *zusammenarbeiten (sotrudničat')* und wird als solches auch in der BRD geführt (vgl. Mannheimer Duden und Wahrig). In der DDR sowie in der BRD lassen sich Einträge zur wirtschaftlichen und internationalen *Zusammenarbeit* zwischen einzelnen Staaten und Staatengemeinschaften finden (vgl. Klappenbach/Steinitz, Mannheimer Duden und Wahrig), was auf den gleichen Wortinhalt in beiden Gesellschaftsformen schließen lässt. Allein der ideologische Kontext divergiert.

Zusammenarbeit als Inbegriff der geteilten Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft und eines jeden einzelnen bezeichnet eine Grundidee des Sozialismus und Kommunismus. Die *Zusammenarbeit* zwischen den Völkern der UdSSR, den Arbeitsbrigaden, den Betrieben (vgl. Ušakov) umfasst die Idee des sozialistischen Wirtschaftssystems. Der Begriff der sozialistischen *Zusammenarbeit* wurde bereits früh im Zuge des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion geprägt. Aufgrund der Verschiebungen der internationalen Machtverhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg, die den Sozialismus zur

Weltmacht beförderten, erhielt der Terminus *Zusammenarbeit* einen weltweiten Charakter. *Zusammenarbeit* stellt in diesem Sinne eine **Lehnbedeutung** aus dem sowjetischen Sprachgebrauch dar.

4.4 Resultate der Analyse

Der Arbeitstitel der vorliegenden Arbeit lautet „Sowjetrussische Lexik in der politischen Sprache der ehemaligen DDR“. Demzufolge wurde versucht, den Einfluss des Sowjetrussischen oder des offiziellen Sprachgebrauchs in der Sowjetunion auf die politische Rede in der DDR zu ergründen. Das herangezogene Themenfeld der außenpolitischen Tätigkeiten oder internationalen Beziehungen beider Staaten bestimmte für diese Untersuchung ein Lexik-Korpus, das in erster Linie ideologisiert zu sein scheint. Die ideologische Prägung der Sowjetunion wurde auf alle sozialistischen Staaten in ihrem Einflussbereich einschließlich der DDR übertragen. Diese marxistisch-leninistische Ideologie bestimmt in hohem Maße die Verwendungsweise und den Kontext der analysierten Lexik, weshalb die inhaltliche Komponente der untersuchten Wörter immer mit den sowjetrussischen Varianten übereinstimmt. Welche Art der Lehnbeziehung zwischen den einzelnen sowjetrussischen und DDR-deutschen Begriffen tatsächlich vorliegt, wurde im Analyseteil versucht zu erklären. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen nun im Anschluss näher beleuchtet und unterteilt werden.

Zunächst kann das aus den durchgesehenen Texten herausgefilterte Korpus aufgrund seiner Lehnbeziehungen zwischen den besprochenen russischen Lexemen und ihren deutschen Entsprechungen grob in zwei Hauptgruppen unterteilt werden. Einerseits wurden Wörter und Wortbedeutungen aus dem sowjetrussischen Sprachgebrauch in die politische Sprache der DDR aufgenommen und andererseits sind Termini, die aus den Schriften von Marx und Engels stammen und im 19. Jahrhundert über das Deutsche in den Sprachgebrauch des russischen Kommunismus geflossen sind, über die Sowjetunion wieder in die politische Rede eines deutschen Staates, nämlich der DDR, rückgeflossen. Dieser Rückfluss beinhaltet Begriffe, die seit ihrer Entstehung keinen Bedeutungsveränderungen unterzogen wurden und solche, die aufgrund ihrer Anpassung an die realen Gegebenheiten in der Sowjetunion inhaltlich erweitert und verändert wurden und inklusive dieser weiterentwickelten Wortinhalte in den politischen Sprachgebrauch der DDR eingegliedert wurden.

1. Entlehnungen aus dem sowjetrussischen Sprachgebrauch

Diese Gruppe macht den Löwenanteil der sowjetrussischen und DDR-deutschen Lehnbeziehungen aus. Hierbei handelt es sich vor allem um Lehnbedeutungen aus dem Sowjetrussischen, durch die im deutschen Sprachgebrauch bereits vorhandene Wörter in ihrer Bedeutung zumeist erweitert und spezifiziert wurden. Diese Bedeutungsveränderungen wurden jedoch nur in der DDR übernommen und in der BRD in den allermeisten Fällen als marxistisch-leninistische oder DDR-deutsche Besonderheit angesehen. Sowjetrussische Begriffe, die im Deutschen keine Entsprechungen fanden, wurden übersetzt oder übertragen, wobei Lehnübersetzungen weitaus häufiger zu finden sind. Aus dem Russischen entnommene Fremdwörter oder assimilierte Lehnwörter flossen nur ganz selten in den Sprachgebrauch der DDR ein. Überdies sind im Grunde alle diese Wörter Internationalismen, die in ihrer russifizierten Form in das Deutsche der DDR übernommen wurden. Zur Verbildlichung dieser Ausführungen folgt die tabellarische Auflistung der Lexeme, die zu der vorliegenden Gruppe gehören.

Lehnbedeutungen

Abenteuer	faschistisch	Militarismus	schöpferisch
abenteuerlich	Freunde	Militaristen	Sektierertum
Abenteurer	Freundschaft	militaristisch	sektiererisch
Aggression	freundschaftlich	Nationalismus	Solidarität
aggressiv	Gemeinschaft	nationalistisch	Souveränität
Antikommunismus	Internationalismus	Neokolonialismus	souverän
Arena	kollektiv	neokolonialistisch	Übergang
Aufbau	kolonial	Nichteinmischung	Umgestaltung
Befreiung	Kolonie	progressiv	Unabhängigkeit
bürgerlich	Konterrevolution	Prozess	Volk
Bruder	konterrevolutionär	Reaktion	Völker
Brüder	Koordinierung	Reaktionär	Weltherrschaft
brüderlich	Kräfte	reaktionär	Wettbewerb
Diversion	Kreise	Revisionismus	Zusammenarbeit
Dogmatismus	Lager	Revolution	
Faschismus	Masse	Revolutionär	
Faschisten	Militarisierung	revolutionär	

Lehnübersetzungen

antiimperialistisch	friedliche Koexistenz	nichtkapitalistisch	Werktätige
antisowjetisch	friedliebend	nichtsozialistisch	wissenschaftlich- technisch
nationale Befreiungsbewegung	Marxismus-Leninismus	Weltsozialismus	
nationaler Befreiungskampf	marxistisch-leninistisch	Weltsystem	

Lehnübertragungen

befreite Länder/Staaten	Hegemoniepolitik	internationalistisch
-------------------------	------------------	----------------------

aus dem Sowjetrussischen übernommene Fremdwörter

Aggressor	Revanchisten
-----------	--------------

aus dem Sowjetrussischen übernommene assimilierte Lehnwörter

revanchistisch

2. Deutsche Entlehnungen aus der Terminologie von Marx und Engels, die über den Weg der Sowjetunion in die offizielle Sprache der DDR rückgeflossen sind

Die Grundterminologie aus den Schriften von Marx und Engels stellt die Basis der kommunistischen Lexik in der Sowjetunion, die auf ihrer Inhaltsebene zum großen Teil an die historischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in Russland und später in der Sowjetunion angepasst wurde, dar. Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der Sowjetunion machte dies erforderlich. Außerdem veränderte sich der internationale Kontext nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich, da sich die Sowjetunion nun neben den Vereinigten Staaten als Weltmacht präsentieren konnte, weshalb die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Sozialismus/Kommunismus und Kapitalismus an entscheidendem Gewicht zulegten. Die Abänderungen in den Lehren von Marx und Engels durch Lenin und andere führende Politiker der Sowjetunion wurden unter dem Begriff Marxismus-Leninismus, der als führende Lehre des Sozialismus in Europa auch das staatliche Grundkonzept der DDR umfasste, zusammengefasst. Alle dem Marxismus-Leninismus zugehörigen

Wortgefüge sind mittels Bedeutungsentlehnungen und –erweiterungen aus dem Sowjetrussischen in die deutsche Sprache der DDR rückgeflossen.

Nichtsdestotrotz blieben manche Begriffe in ihrer von Marx und Engels angestammten Grundbedeutung bestehen. Auch diese Begriffe wurden in die politische Sprache der DDR übertragen, wobei zu berücksichtigen ist, dass es sich hierbei um Lexeme handelt, die in selbiger Bedeutung in der deutschen kommunistischen und Arbeiterbewegung bereits vor der Gründung der DDR verwendet wurden und somit in der deutschen Sprache nicht neu sind. Ohne ihren Gebrauch in der Sowjetunion wären sie aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch nie in den politischen Wortschatz der DDR aufgenommen worden, da sich dieser grundsätzlich an das sowjetische Vorbild anlehnt.

a) Entlehnungen ohne Bedeutungsveränderungen durch das Sowjetrussische

Genosse/Genossin	imperialistisch	kapitalistisch
Imperialismus	Kapital	Krise des Kapitalismus
Imperialisten	Kapitalismus	

b) Entlehnungen mit Bedeutungsveränderungen durch das Sowjetrussische

Arbeiterbewegung	fortschrittlich	Kooperation
Arbeiterklasse	Gesellschaft	Monopol
ausbeuten	gesellschaftlich	Monopolist
Ausbeuter	Klasse	monopolistisch
Ausbeutung	Klassenkampf	Sozialismus
Bourgeoisie	Kommunismus	sozialistisch
Epoche	Kommunisten	
Fortschritt	kommunistisch	

5 Schlussbemerkungen

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass die Lehnbedeutungen (circa 75 Prozent) den Hauptanteil der außenpolitisch motivierten und aus dem Sowjetrussischen entnommenen Lexik der DDR ausmachen. Weit abgeschlagen werden noch Lehnübersetzungen (circa 13 Prozent) verzeichnet und kaum zu berücksichtigen lassen sich noch drei Lehnübertragungen (circa 2,5 Prozent) und drei aus dem Russischen übernommene Fremdwörter und assimilierte Lehnwörter (circa 2,5 Prozent) finden. Das ursprünglich aus dem Deutschen kommende

Lehngut, dessen Bedeutung im Laufe der sowjetischen Geschichte beibehalten wurde, nimmt ebenfalls einen kleinen, aber nicht verschwindenden Raum im gesamten untersuchten Korpus ein (circa 7 Prozent).

Die hohe Frequenz an Lehnbedeutungen lässt sich damit erklären, dass durch die ideologische Gebundenheit der DDR an die Sowjetunion, die in allen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Bereichen Vorbildcharakter für die Deutsche Demokratische Republik hatte, auch eine sprachliche Bindung an das marxistisch-leninistische Gedankengut aufgebaut wurde. Diese Bindung äußert sich darin, dass der Wortsinn prägnanter Begriffe des offiziellen Sprachgebrauchs der Sowjetunion auf die in der DDR bereits existierenden Äquivalente übertragen wurde, um den gleichen gedanklichen oder anders ausgedrückt ideologischen Kontext wie in der Sowjetunion herstellen zu können. Denn die gleiche Verwendungsweise der gleichen Ausdrücke in den gleichen Zusammenhängen bewirkt die absolute Konformität des sozialistischen Weltbilds ohne Abweichungen und Schwankungen.

Dieser Gleichklang der sozialistischen Länder, die sich um die Sowjetunion, den großen Bruder, zusammenschlossen, war der erklärte Endzweck der KPdSU. Diese sprachliche wie ideologische Einheit der sozialistischen Gemeinschaft hätte den Kapitalismus, der in sich immer uneins und individualistisch sein wird, schwächen und schlussendlich zum Fall bringen sollen. Um den sozialistisch-kommunistischen Wortschatz nach dem Zweiten Weltkrieg über Staatsgrenzen hinweg besser definieren zu können, wäre die Erstellung weiterer Einzeluntersuchungen zum politisch gebrauchten Wortschatz in sozialistisch oder kommunistisch regierten Ländern notwendig, um diese letztendlich miteinander vergleichen zu können und Ähnlichkeiten sowie Unterschiede zwischen den verschiedenen Einzelsprachen herausfiltern zu können.

6 Anhang

6.1 Zusammenfassung

6.1.1 Краткое изложение дипломной работы на русском языке

Советско-русская лексика в языке политики бывшей ГДР

Данная работа посвящается вопросу влияния слов и словосочетаний употребленных в области политики Советского Союза на немецкий язык ГДР. Целью дипломной работы является представление соотношений заимствований в немецком

языке ГДР и в русском языке Советского Союза в сфере политической лексики. Работа состоит из четырех разделов:

- 1) исторический фон
- 2) связанность между политикой и языком
- 3) общие изменения языка в ГДР и в Советском Союзе
- 4) анализ слов

В первом разделе настоящей работы отражается историческая среда, в которой развивались политические и идеологические значения проанализированных слов и словосочетаний. В этом представляется происхождение Советского Союза, и его влияние на развитие Средней и Восточной Европы после Второй Мировой Войны. Прежде всего обращается внимание на основание Германской Демократической Республики и на ее строительство и падение.

Второй раздел представляет собой обсуждение связанности между политикой и языком. Язык как средство коммуникации служит для распространения мнений и целей. В этой функции язык занимает важное место в сфере политики и также идеологии. Так как политика охватывает разные функции государства, такие как экономика, образование, культуру или, например управление правосудием, язык употребляющийся в политике тоже состоит из лексики и стилей различных областей общества.

Так же политический язык обладает непосредственной задачей, связи между политикой и идеологией, и непосредственно с народом. Таким образом язык может служить средством пропаганды, агитации и убеждения. Поэтому политика и идеология сильно влияют на смысл слов и понятием, важных в общей и конкретной дискуссиях. Речь здесь идет о идеологической оценке понятия слова. Вернемся к теме данной дипломной работы, где можно установить что например, слово *капитал* в социализме оценивается как отрицательное явление а в капитализме он положителен, хотя основное определение понятия этого слова в обеих идеологических системах совпадает.

Влияние идеологической области на понятие и употребление слов тоже представляет собой причину различного развития политической лексики в Германской Демократической Республике и в Федеративной Республике Германии, так как Федеративная Республика следовала капитализму, а Демократическая Республика -

социализму. Советский Союз и его Коммунистическая Партия являлись образцом ГДР не только в переустройстве общества и политической системы, а также в употреблении официального языка.

По этой причине третий раздел посвящается сопоставлению общих изменений языка в Германской Демократической Республике и в Советском Союзе. Переход к социализму или к коммунизму изменил употребление языка в сфере политики, за что и существуют многочисленные подобию в политической лексике ГДР и Советского Союза. Они состоят в следующем:

- неологизмы: названия новых политических и идеологических перемен. Один из больших примеров *пятилетка* > *Fünfjahrplan*
- изменение смысла слов; т.е. изначальные и вторичные, возникшие вследствие адаптации на новую действительность, такие как например *капитал (капитализм)* > *Kapital* - в значении, как совокупность всех капиталистов
- шаблонные словосочетания: такие как например *антиимпериалистическая борьба против эксплуатации* > *antiimperialistischer Kampf gegen Ausbeutung*
- аббревиатура: как средство упрощения текста слов путем сокращения, как например *МТС = машино-тракторная станция* > *MTS = Maschinen-und-Traktoren-Station*

Так же существуют совпадения в официальном стиле обеих стран, таких как употребление бюрократизма в политической речи, или как неизбежная противоположенность в понятии дружбы и вражды.

Четвертый раздел занимается анализом выбранных слов, классификацией заимствованных отношений и представлением результатов рассмотрения. Сначала ограничивается область деятельности внешнеполитической лексикой Германской Демократической Республики и Советского Союза. При этом рассматриваются речи, произнесенные на съездах партии ГДР и Советского Союза, ихние доклады о международной деятельности. Потом сравниваются немецкая и русская речь в

докладах, где находятся равные или похожие слова и словосочетания, которые образуют корпус нашего мышления и общения.

После этого исследуется официальное определение лексического материала в толковых словарях Советского Союза, Германской Демократической Республики и Федеративной Республики Германии. Для определения полного понятия выбранных слов и словосочетаний, анализируется контекст данного лексического материала. Анализ контекста должен помочь установить подобности в его употреблении, оценке и определении. В результате делается резюме и классификация заимствований по схеме немецкого германиста – В. Беца¹.

Бец различает заимствованное слово (*Lehnwort*) и кальку (*Lehnprägung*). Заимствованными словами являются иностранные слова (*Fremdwort*), переиженные со своими иностранными звуками, как например *Revisionist* > *ревизионист* и ассимилированные слова (*assimiliertes Lehnwort*) перенесенные с адаптацией иноязычных звуков к родноязычным, как например *revisionistisch* > *ревизионистский*. Кальки разделяются на группы семантических кальк (*Lehnbedeutung*) и заимствованных словообразований (*Lehnbildung*).

Под термином семантическая калька понимается перенесение значения иноязычного слова, хотя понятие в родном языке уже существует. Например *aggression* > *Aggression* как враждебные действия капитализма или империализма против социалистическо-коммунистической системы. О заимствованном словообразовании говорится, если иноязычное слово, независимо от его структуры новообразуется (*Lehnschöpfung*) или с родноязычным материалом структурально переводится. Такое заимствование структуры иноязычного слова можно еще раз разделять на две группы – словообразовательная калька (*Lehnübersetzung*), это точный перевод иноязычного слова, как например мирное *cocуществование* > *friedliche Koexistenz* и полукалька (*Lehnübertragung*), это частичный перевод иноязычного слова, как например *gegemonizm* > *Hegemoniepolitik*. Переводы понятием использованной типологии заимствований взяты из Лингвистического Энциклопедического Словаря².

К концу данной дипломной работы предлагаются результаты анализа. В ходе моих исследований показалось, что в официальной речи Советского Союза, так же

¹ BETZ, Werner: Deutsch und Lateinisch. Die Lehnbildungen der althochdeutschen Benediktinerregel. Bonn: Bouvier 1949. и BETZ, Werner: Lehnwörter und Lehnprägungen im Vor- und Frühdeutschen. In: Maurer, Friedrich/ Rupp, Heinz (Hg.): Deutsche Wortgeschichte. Berlin, New York: de Gruyter ³1974.

² ЯРЦЕВА, В. Н. (главный редактор): Лингвистический Энциклопедический Словарь. Москва: Советская Энциклопедия 1990.

существует и социалистическая и коммунистическая лексика Маркса, Энгельса и немецкого рабочего движения девятнадцатого и раннего двадцатого веков. Это связано с тем, что основные понятия коммунизма и социализма создавались немецкими философами Карл Марксом и Фридрих Энгельсом. Большинство этих терминов имеют латинское или греческое происхождение, хотя их особенное значение для мирового рабочего движения обосновано в Германии. По этой причине проанализированная лексика разделяется на две группы:

- 1) прямые заимствования из русского языка Советского Союза
- 2) обратные заимствования терминов немецкого социализма и коммунизма из партийного языка Коммунистической Партии Советского Союза, возвращенные в официальный язык Германской Демократической Республике путем Советского Союза

Ко второй группе также относятся выражения, с не измененными и измененными значениями, адаптирующими их на советскую действительность.

В данной таблице представлены результаты количественного анализа заимствований из русского языка Советского Союза в официальный язык ГДР.

семантические кальки (около 75 процентов)

Abenteuer	bürgerlich	Gemeinschaft	Koordinierung
abenteuerlich	Bruder	Gesellschaft	Kräfte
Abenteurer	Brüder	gesellschaftlich	Kreise
Aggression	brüderlich	Internationalismus	Lager
aggressiv	Diversion	Klasse	Masse
Antikommunismus	Dogmatismus	Klassenkampf	Militarisierung
Arbeiterbewegung	Epoche	kollektiv	Militarismus
Arbeiterklasse	Faschismus	kolonial	Militaristen
Arena	Faschisten	Kolonie	militaristisch
Aufbau	faschistisch	Kommunismus	Monopol
ausbeuten	Fortschritt	Kommunisten	Monopolist
Ausbeuter	fortschrittlich	kommunistisch	monopolistisch
Ausbeutung	Freunde	Konterrevolution	Nationalismus
Befreiung	Freundschaft	konterrevolutionär	nationalistisch
Bourgeoisie	freundschaftlich	Kooperation	Neokolonialismus

neokolonialistisch	Revisionismus	Solidarität	Unabhängigkeit
Nichteinmischung	Revolution	Souveränität	Volk
progressiv	Revolutionär	souverän	Völker
Prozess	revolutionär	sozialistisch	Weltherrschaft
Reaktion	schöpferisch	Sozialismus	Wettbewerb
Reaktionär	Sektierertum	Übergang	Zusammenarbeit
reaktionär	sektiererisch	Umgestaltung	

словообразовательные заимствования (около 15,5 процентов)

antiimperialistisch	friedliche Koexistenz	marxistisch-leninistisch	Werktätige
antisowjetisch	friedliebend	nichtkapitalistisch	wissenschaftlich- technisch
nationale Befreiungsbewegung	Hegemoniepolitik	nichtsozialistisch	
nationaler Befreiungskampf	internationalistisch	Weltsozialismus	
befreite Länder/Staaten	Marxismus-Leninismus	Weltsystem	

советские термины перенесенные из лексики немецкого социализма и коммунизма девятнадцатого и раннего двадцатого века без изменений их значения (около 7 процентов)

Genosse/Genossin	Imperialisten	Kapital	kapitalistisch
Imperialismus	imperialistisch	Kapitalismus	Krise des Kapitalismus

заимствованные слова (около 2,5 процентов)

Aggressor	Revanchisten	revanchistisch
-----------	--------------	----------------

Исследование выбранного лексического материала показало, что самую большую группу представляют собой семантические кальки. Это объясняется тем, что идеологические связи между ГДР и Советским Союзом, вызванные одинаковыми марксистско-ленинскими воззрениями и повлияли на язык употребленный в сфере политики обоих государств. В этом случае нужно отметить, что идеологические и политические взгляды Коммунистической Партии Советского Союза явились исключительным образцом Социалистической Партии ГДР и других социалистическо

управленных государств Европы. Вследствие совокупности определения идеологически важных понятий создается одинаковый идеологический контекст, благодаря которому укрепляется целая система социализма и коммунизма во всем мире.

6.1.2 Deutsches Abstract

Der Untersuchungsgegenstand dieser Diplomarbeit umfasst den Einfluss des offiziellen Wortschatzes der Sowjetunion auf den politischen Sprachgebrauch in der DDR. Da es sich hierbei um einen sehr umfangreichen Forschungsbereich handelt, wurde die Analyse auf das Gebiet der internationalen Politik der beiden Staaten fokussiert. Um das sowjetrussische Lehnwort in der politischen Sprache der DDR näher klassifizieren zu können, wurde das Einteilungsschema von Betz (vgl. Betz 1949 und 1974) herangezogen, das zwischen Lehnwort, Lehnbildung und Lehnbedeutung unterscheidet. Lehnwörter werden entweder direkt in ihrer fremden Lautgestalt (russ. *revizionist* < dt. *Revisionist*) oder in lautlich angepasster Form (russ. *revizionistskij* < dt. *revisionistisch*) übernommen. Lehnbildungen bilden das fremdsprachige Wort mit eigenem Sprachmaterial entweder neu oder nach (russ. *mirnoe sosuščestvovanie* < dt. *friedliche Koexistenz*). Lehnbedeutungen entnehmen lediglich den Wortinhalt eines fremdsprachigen Wortes, wodurch der Bedeutungsumfang eines in der eigenen Sprache bereits existierenden Wortes einerseits erweitert und andererseits ersetzt wird (russ. *socializm* < dt. *Sozialismus*).

Grundsätzlich kann bestätigt werden, dass Lehnbedeutungen (circa 75 Prozent) den zahlenmäßig größten Teil der Entlehnungen aus dem Sowjetrussischen in die offizielle Sprache der DDR ausmachen. Lehnbildungen (circa 15,5 Prozent) werden bei weitem nicht so häufig gefunden und Lehnwörter (circa 2,5 Prozent) stellen ganz und gar eine Minderheit des sowjetischen Lehnguts im Deutschen der DDR dar. Dieser Überhang an Lehnbedeutungen kann wohl darauf zurückgeführt werden, dass einige im Deutschen bereits existierende Begriffe durch das sowjetische Vorbild ideologisiert wurden. Dies spricht dafür, dass die Übernahme der sowjetischen Staatsideologie in der DDR auch vor dem offiziellen politischen Sprachgebrauch nicht Halt machte und deshalb ideologisch und politisch prägnante Termini und Wortfügungen aus dem Sowjetrussischen in das DDR-Deutsche entlehnt wurden.

Außerdem wurde deutlich, dass die Typologie von Marx und Engels sowie der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts einen wichtigen Nährboden für den kommunistischen Sprachgebrauch in der Sowjetunion darstellte und viele Begriffe

zunächst über das Deutsche ins Russische geflossen waren und über den Weg der Sowjetunion wieder in das Deutsche der DDR rücküberführt wurden. Aufgrund geschichtlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in der Sowjetunion wurden einige dieser Begriffe inhaltlich abgewandelt und einschließlich dieser Bedeutungsveränderungen in den Sprachgebrauch der DDR übernommen.

Schlussendlich kann angenommen werden, dass die politische und ideologische Vorbildwirkung der Sowjetunion auf andere sozialistisch-kommunistisch regierte Staaten auch einen entscheidenden Einfluss auf das politisch gebrauchte Vokabular in diesen Ländern ausübte. Um diese Annahme bestätigen zu können, müssten weitere Lexikvergleiche zwischen mehreren Sprachen kommunistisch-sozialistisch regierter Länder angestellt werden, die wiederum miteinander verglichen werden könnten, um Gemeinsames und Trennendes im politischen Sprachgebrauch kommunistisch-sozialistischer Parteien herausfiltern zu können.

6.2 Quellenverzeichnis

6.2.1 Wörterbücher

BARCHUDAROV, Stepan G. (Hg.): Slovar' russkogo jazyka v četyrech tomach. Akademija Nauk SSSR. Institut Jazykoznanija. 4 Bände. Moskva: Gosudarstvennoe Izdatel'stvo Inostrannyh i Nacional'nych Slovaroj 1957-61.

Der große Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Leipzig: Bibliographisches Institut ¹²1942.

Der Große Duden. Wörterbuch und Leitfaden der deutschen Rechtschreibung. Leipzig VEB Bibliographisches Institut ²⁰1979 (Nachdruck der 17., neubearbeiteten Auflage von 1976).

DROSDOWSKI, Günther (Hg.): Duden. Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in sechs Bänden. Mannheim, Wien, Zürich: Bibliographisches Institut, Dudenverlag 1976-1981.

KLAPPENBACH, Ruth/STEINITZ, Wolfgang (Hg.): Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. 6 Bände. Berlin: Akademie Verlag 1961-77.

KLIEN, Horst (Hg.): Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Bibliographisches Institut Leipzig. Lizenzausgabe für Österreich. Wien: Globus-Verlag ¹³1951 (Neudruck).

KLIEN, Horst (Hg.): Der große Duden. Wörterbuch und Leitfaden der deutschen Rechtschreibung. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut ¹⁶1968 (2. Nachdruck).

UŠAKOV, Dimitrij N. (Hg.): Tolkovyj slovar' russkogo jazyka I-IV. 4 Bände. Moskva: Gosudarstvennyj Institut „Sovetskaja Ėnciklopedija“ 1935-1940.

WAHRIG, Gerhard (Hg.): Deutsches Wörterbuch in sechs Bänden. Wiesbaden: Brockhaus und Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980-1984.

6.2.2 Parteitagsreden und -referate

Text I

GROTEWOHL, Otto: Der Kampf um den Frieden und die Nationale Front des demokratischen Deutschlands. Referat auf dem 3. Parteitag der SED. Berlin, 20. bis 24. Juli 1950. Berlin: Dietz 1950, S. 12-55.

Text II

ULBRICHT, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band IV: 1950-1954. 10 Bände. Berlin: Dietz 1953-68 (1958), S. 707-731.

Text III

ULBRICHT, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Band VII: 1957-1959. 10 Bände. Berlin: Dietz 1953-68 (1964), S. 283-299.

Text IV

ULBRICHT, Walter: 6. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 15. bis 21. Januar 1963. Referat: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Schlusswort des Genossen Walter Ulbricht zur Diskussion über die schriftlich vorgelegten Berichte, über das Programm und über das Referat. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin: Dietz ⁴1963, S. 17-48.

Text V

ULBRICHT, Walter: 7. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 17. bis 22. April 1967. Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus. Schlußansprache. Berlin: Dietz ²1967, S. 19-64.

Text VI

HONECKER, Erich: Reden und Aufsätze. Band 1. 12 Bände. Berlin: Dietz 1975-88 (1975), S. 138-158.

Text VII

HONECKER, Erich: Reden und Aufsätze. Band 4. 12 Bände. Berlin: Dietz 1975-88 (1988), S. 363-382.

Text VIII

HONECKER, Erich: Reden und Aufsätze. Band 8. 12 Bände. Berlin: Dietz 1975-88 (1988), S. 12-31.

Text IX

HONECKER, Erich: Reden und Aufsätze. Band 11. 12 Bände. Berlin: Dietz 1975-88 (1987), S. 331-341.

Text 1

STALIN, I. V.: Reč' na XIX s'ezde partii 14 oktjabrja 1952 g. Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury 1952, S. 5-14.

Text 2

CHRUŠČEV, N. S.: Otčetnyj doklad Central'nogo Komiteta Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza XX s'ezdu partii 14 fevralja 1956 goda. Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury 1956, S. 6-46.

Text 3

CHRUŠČEV, N. S.: O kontrol'nyh cifrach razvitija narodnogo chozjajctva SSSR na 1959-1965 gody. Doklad na vneočerednom XXI s'ezde Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 27 janvarja 1959 g. Moskva: Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury 1959, S. 68-107.

Text 4

CHRUŠČEV, N. S.: Otčet Central'nogo Komiteta Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza XXII s'ezdu partii 17 oktjabrja 1961 goda. Moskva: Izdatel'stvo «Pravda» 1961, S. 7-48.

Text 5

BREŽNEV, L. I.: Otčetnyj doklad Central'nogo Komiteta KPSS XXIII s'ezdu Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 29 marta 1966 goda. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1966, S. 6-42.

Text 6

BREŽNEV, L. I.: Izbrannye proizvedenija. V 3-ch tomach. Tom 2 1971-1975. 3 Bände. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1981, S. 5-32.

Text 7

BREŽNEV, L. I.: Otčet Central'nogo Komiteta KPSS i očerednye zadači partii v oblasti vnutrennej i vnešnej politiki. Doklad XXV s'ezdu KPSS 24 fevralja 1976 goda. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1976, S. 5-41.

Text 8

BREŽNEV, L. I.: Otčetnyj doklad Central'nogo Komiteta KPSS XXVI s'ezdu Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza i očerednye zadači partii v oblasti vnutrennej i vnešnej politiki. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1981, S. 6-41.

Text 9

GORBAČEV, M. S.: Političeskij doklad Central'nogo Komiteta KPSS XXVII s'ezdu Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza 25 fevralja 1986 goda. Moskva: Izdatel'stvo političeskoj literatury 1986, S. 7-26.

6.3 Literaturverzeichnis

ABROMEIT, Heidrun: Das Politische in der Werbung: Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag 1972. (Schriften zur politischen Wirtschaft- und Gesellschaftslehre 3)

ALTRICHTER, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion. München: Beck ²2001.

BETZ, Werner: Deutsch und Lateinisch. Die Lehnbildungen der althochdeutschen Benediktinerregel. Bonn: Bouvier 1949.

BETZ, Werner: Lehnwörter und Lehnprägungen im Vor- und Frühdeutschen. In: Maurer, Friedrich/ Rupp, Heinz (Hg.): Deutsche Wortgeschichte I. 3 Bände. Berlin, New York: de Gruyter ³1974-78 (1974). (Grundriß der Germanischen Philologie 17/I)

COMRIE, Bernard/STONE, Gerald: The Russian Language since the Revolution. Oxford: University Press 1978.

DAEHN, Horst: Das politische System der DDR. Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag 1985.

DIECKMANN, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Winter 1969. (Sprachwissenschaftliche Studienbücher Abteilung 2)

DIECKMANN, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg: Winter ²1975. (Sprachwissenschaftliche Studienbücher 2. Abteilung)

DIECKMANN, Walther: Deutsch politisch – politische Sprache im Gefüge des Deutschen. In: Kilian, Jörg (Hg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim, Wien [u.a.]: Dudenverlag 2005. (Thema Deutsch 6), S. 11-30.

DUDEN. DAS GROSSE FREMDWÖRTERBUCH. Mannheim [u.a.]: Dudenverlag ⁴2007.

- FESENKO, Andrej/FESENKO, Tat'jana: Russkij jazyk pri sovetach. N'ju Jork: Rausen Bros. 1955.
- FLEISCHER, Wolfgang: Die deutsche Sprache in der DDR. Grundsätzliche Überlegungen zur Sprachsituation (1983). In: Hellmann, Manfred; Schröder, Marianne (Hg.): Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung. Hildesheim: Olms 2008. (Germanistische Linguistik 192-194), S. 267-281.
- FLEISCHER, Wolfgang: Wortschatz der deutschen Sprache in der DDR. Fragen seines Aufbaus und seiner Verwendungsweise. Leipzig: Bibliographisches Institut ²1988.
- FORSTER, Iris: Lexikalische Verführer – euphemistischer Wortschatz und Wortgebrauch in der politischen Sprache. In: Kilian, Jörg (Hg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim, Wien [u.a.]: Dudenverlag 2005. (Thema Deutsch 6), S. 195-209.
- GOOD, Colin: Die deutsche Sprache und die kommunistische Ideologie. Bern, Frankfurt/M.: Lang 1975. (Europäische Hochschulschriften. Deutsche Literatur und Germanistik. 121)
- GRÜNERT, Horst: Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der ‚Paulskirche‘. Berlin, New York: de Gruyter 1974. (Studia Linguistica Germanica 10)
- HERMANNNS, Fritz: Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Wiegand, Herbert Ernst: Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. 6 Bände. Hildesheim, New York: Olms 1981-88 (1982). (Germanistische Linguistik 3-6/80), S. 87-108.
- JARCEVA, V. N. (glavnyj redaktor): Lingvističeskij Ėnciklopedičeskij Slovar'. Moskva: Sovetskaja Ėnciklopedija 1990.
- KAPPELER, Andreas: Russische Geschichte. München: Beck ³2002. (Beck Wissen 2076)
- KILIAN, Jörg: Sprache in der Politik. Ein einführender Überblick. In: Praxis Deutsch 125 (1994), S. 4-10.
- KLEIN, Josef: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1989, S. 3-50.
- LEINFELLNER, Elisabeth: Der Euphemismus in der politischen Sprache. Berlin: Duncker & Humblot 1971. (Beiträge zur politischen Wissenschaft 13)
- LEHMANN, Heidi: Russisch-deutsche Lehnbeziehungen im Wortschatz offizieller Wirtschaftstexte der DDR (bis 1968). Düsseldorf: Schwann 1972. (Sprache der Gegenwart. Schriften des Instituts für deutsche Sprache 21)
- MASLO, Manfred: Die Geschichte der SED. Diplomarbeit. Univ. Klagenfurt 1996.

- MOSER, Hugo: Die Sprache im geteilten Deutschland (1961). In: Hellmann, Manfred; Schröder, Marianne (Hg.): Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung. Hildesheim: Olms 2008. (Germanistische Linguistik 192-194), S. 85-111.
- MOSER, Hugo: Vorwort. In: Moser, Hugo (Hg.): Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost. Düsseldorf: Schwann 1964. (Die Sprache im geteilten Deutschland 1), S. 9-12.
- NYVELIUS, Jan: Russischer Spracheinfluß im Bereich der Landwirtschaft der DDR. In: Muttersprache 80 (1970), S. 16-29.
- REICH, Hans: Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR. München: Hueber 1968. (Münchner Germanistische Beiträge 1)
- RŽEVSKIJ, Leonid: Jazyk i totalitarizm. München: Buchdruckerei EINHEIT 1951. (Institut für die Erforschung der Geschichte und Kultur der UdSSR: Issledovanija i materialy)
- SCHÖFER, Erasmus: Die Sprache im Dienst des modernen Staates (1963). In: Hellmann, Manfred/Schröder, Marianne (Hg.): Sprache und Kommunikation in Deutschland Ost und West. Ein Reader zu fünfzig Jahren Forschung. Hildesheim: Olms 2008. (Germanistische Linguistik 192-194), S. 121-141.
- SCHROETER, Sabina: Die Sprache der DDR im Spiegel ihrer Literatur. Studien zum DDR-typischen Wortschatz. Berlin, New York: de Gruyter 1994. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 2).
- STARITZ, Dietrich: Geschichte der DDR 1949-1990. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1997. (Moderne deutsche Geschichte 11)
- STÖKL, Günther: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Kröner 1997. (Kröners Taschenausgabe 244)
- STRASSNER, Erich: Ideologie, Sprache, Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs. Tübingen: Niemeyer 1987. (Konzepte der Sprach- und Literaturwissenschaft 37)
- STRAUSS, Gerhard [u.a.]: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin, New York: de Gruyter 1989. (Schriften des Instituts für Deutsche Sprache 2).
- STURMS, Edite: Einige Bemerkungen zu den russisch-sowjetischen Einflüssen in der Sprache Mitteldeutschlands. In: Moser, Hugo (Hg.): Das Aueler Protokoll. Deutsche Sprache im Spannungsfeld zwischen West und Ost. Düsseldorf: Schwann 1964. (Die Sprache im geteilten Deutschland; 1), S. 119-126.

- VORDEREGGER, Karin: Die politische Metapher in der russischen Sprache der Gegenwart. Diplomarbeit. Univ. Wien 1996.
- WEBER, Hermann: Die DDR 1945-1990. München: Oldenbourg ⁴2006. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 20)
- WEISS, Daniel: Was ist neu am "newspeak"? Reflexionen zur Sprache der Politik in der Sowjetunion. In: Rathmayr, Renate (Hg.): Slavistische Linguistik 1985. Referate des XI. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens. München: Otto Sagner 1986, S. 247-325.
- WEISS, Daniel: Prolegomena zur Geschichte der verbalen Propaganda in der Sowjetunion. In: Weiss, Daniel (Hg.): Slavistische Linguistik 1994. Referate des XX. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens. München: Otto Sagner 1995, S. 343-391.
- WEISS, Daniel: Die Verwesung vor dem Tode. N.S. Chruščevs Umgang mit Fäulnis-, Aas- und Müllmetaphern. In: Weiss, Daniel (Hg.): Der Tod in der Propaganda. (Sowjetunion und Volksrepublik Polen). Bern [u.a.]: Lang 2000, S. 191-257.
- ZIMMERMANN, Hans Dieter: Die politische Rede. Der Sprachgebrauch Bonner Politiker. Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer 1969.

6.4 Lebenslauf

Name: Ulrike Scharinger

Geburtsdatum: 8. Dezember 1984

Geburtsort: Grieskirchen (Oberösterreich)

Ausbildung: **Juni 2003:** Matura am Bundesoberstufenrealgymnasium Grieskirchen (Oberösterreich) mit ausgezeichnetem Erfolg
seit Oktober 2003: Studium der SLAWISTIK/Russisch an der Universität Wien
30. Juli bis 25. August: Österreichisch-russisches Sommerkolleg in Nižnij Novgorod
27. Juni 2006: Abschluss des ersten Studienabschnitts des Diplomstudiums SLAWISTIK/Russisch an der Universität Wien mit Auszeichnung
21. bis 25. Mai 2007: Unterrichts- und Hospitationspraktikum in Deutsch als Fremdsprache am Österreich Institut Brno (Tschechien) im Ausmaß von 25 Unterrichtseinheiten
Sommersemester 2007: Abschluss der Lehrveranstaltungsfrequenz Deutsch als Fremd- und Zweitsprache am Institut für Germanistik der Universität Wien im Ausmaß von 18 Semesterwochenstunden und 6 Semesterwochenstunden Praktika

Fremdsprachen: Russisch: gut in Wort, sehr gut in Schrift
Englisch: sehr gut in Wort, gut in Schrift
Französisch: gut in Wort und Schrift
Tschechisch: Grundkenntnisse